

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 14 vom 3. April 1981

15. Jahrgang

1 DM

Steuererhöhungen in Kraft getreten

Staatliche Preistreiber am Werk

Jetzt: Kilometerpauschale erhöhen! 8 Prozent mehr Lohn durchsetzen!

Jetzt ist es soweit: Seit dem 1. April bereichert sich der Staat noch mehr auf Kosten der Bürger, auf Kosten besonders der arbeitenden Menschen. Benzin wurde um acht Pfennig je Liter, Schnaps um durchschnittlich eine Mark pro Flasche, drei Pfennig je Prozent Alkoholanteil/Liter, teurer. Bisher werden Maßnahmen, die die Folgen dieser Verteuerungen wenigstens mildern können, wie etwa eine Erhöhung der Kilometerpauschale, abgelehnt. Und gleichzeitig fordert man von den Arbeitern und Angestellten in den Tarifrunden die Zustimmung zu Lohnsenkungen.

Im Zusammenhang mit den allseitigen Kostensteigerungen von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs tritt der räuberische Charakter dieser Maßnahmen unverhüllt zutage. Wer kann es der Regierung noch abkaufen, bei der Erhöhung der Mineralölsteuer ginge es um ein „erzieherisches Mittel“, das zu einer Senkung des Ölverbrauchs führen soll, wenn gleichzeitig die Tarife im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bundesbahn usw. gestiegen sind und neue Steuererhöhungen noch innerhalb dieses Jahres bereits angekündigt wurden?

Mit den Auswirkungen der Steuererhöhungen vom 1. April wird uns seit November 1980 bereits die fünfte Benzinpreiserhöhung zugemutet! Während die Kaufkraft der Werktätigen



immer weiter sinkt, machen die Ölmultis ungeheure Profite, abgesichert durch den westdeutschen Staat, der sich kräftig an dem Raubzug beteiligt.

Der Steueranteil bei einem Preis von 1,47 DM pro 1 Liter Superkraftstoff liegt jetzt bei 68 Pfennig (52 Pfennig Mineralölsteuer und 17 Pfennig Mehrwertsteuer). Ein besonders drastisches Beispiel dafür, wie die indirekten Steuern dem Staat

zur Ausplünderung der Werktätigen dienen. Deshalb fordert die KPD in ihrem Aktionsprogramm auch die Beseitigung aller indirekten Steuern. Als Sofortmaßnahme, um die Auswirkungen der Steuererhöhung wenigstens abzumildern, fordern wir die generelle Erhöhung der Kilometerpauschale! Dies ist eine Forderung, die auch in den Gewerkschaften breiten Rückhalt hat. Dieser Forderung muß in diesen Tagen entschlossen Nachdruck verliehen werden, da man im Parlament offenbar nach einigem Hin und Her und verbalen Zugeständnissen bemüht ist, sich um diese Maßnahme herumzudrücken.

Und eins ist natürlich klar: Nicht das geringste Zugeständnis von Seiten der Arbeiterschaft und ihrer gewerkschaftlichen Vertretungen darf es in dieser Situation gegenüber den Lohnraubforderungen der Unternehmer geben. Die Arbeiter haben die reale Macht, die „lohnpolitische Wende“ im Interesse des Kapitals zu verhindern. Und die Stärke der Arbeiterklasse, die in der Tarifrunde zu spüren ist, muß auch gegen die staatliche Raubzugspolitik ins Feld geführt werden!

AEG-Zweigwerk Winnenden

Belegschaft streikte zwei Tage lang

WINNEDEN. — Von Dienstag nachmittag bis Donnerstag nachmittag letzter Woche traten die 1 400 Arbeiter des AEG-Zweigwerkes in Winnenden (Baden-Württemberg) in einen Streik gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der Konzernbosse.

Die AEG-Bosse wollen im Rahmen der Konzernsanierung bei AEG, die insgesamt rund 40 000 Arbeitsplätze kosten soll, die Produktion von Elektrowerkzeugen aus Winnenden nach Esslingen verlagern. Dadurch würden nach Angaben der IG Metall gleichzeitig 400 Arbeitsplätze vernichtet. Die Gesamtbelegschaft des Zweigwerkes in Winnenden wurde seit 1978 durch Rationalisierungsmaßnahmen bereits um mehr als 200 Beschäftigte von 2 050 auf jetzt 1 830 verringert.

Der Streik wurde am Donnerstag nachmittag vorerst ab-

gebrochen, nachdem AEG-Vorstandsvorsitzender Heinz Dürr zugesagt hatte, mit dem Betriebsrat in neue Verhandlungen über die Verlagerungspläne einzutreten.

Die IG-Metall-Führung hat bisher verhindert, daß im Gesamtkonzern von AEG ein gemeinsamer, wirkungsvoller Kampf der Belegschaften gegen den skrupellosen Rationalisierungsfeldzug zustandekommt. Immer häufiger legen einzelne AEG-Belegschaften spontan die Arbeit nieder, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen.

Streiks in ganz Polen

Die Arbeiterklasse zeigt ihre Kraft

Manöver in Polen verlängert

WARSAWA. — In ganz Polen ruhte am vergangenen Freitag für vier Stunden die Arbeit in den Betrieben. Mit dieser in beispielloser Geschlossenheit durchgeführten Kampfaktion stellte die polnische Arbeiterklasse erneut ihre große Kraft unter Beweis.

Zu den Warnstreiks hatte die Gewerkschaft Solidarität aufgerufen, als Verhandlungen mit der Regierung nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt hatten. Dabei ging es vor allem um den Polizeieinsatz auf Bauern und Arbeiter in der Stadt Bydgoszcz, in dessen Verlauf Funktionäre der Solidarität krankenhaushaus geschlagen wurden. Die Gewerkschaft fordert bei den Verhandlungen mit der Regierung unter anderem eine Bestrafung der Verantwortlichen für die Polizeiaktion und Garantien gegen künftige Vorkommnisse dieser Art.

Mit ausdrücklicher Beru-

fung auf die Ereignisse in Polen ist das unter dem Kommando des Sowjetmarschalls stehende Manöver „Sojus 81“ verlängert worden. Militärübungen der daran beteiligten Truppen aus der Sowjetunion, der DDR, der Tschechoslowakei und aus Polen finden unter anderem auch in der unmittelbaren Nähe Warschaus statt. Ein deutliches Zeichen dafür, daß Moskau es ernst meint mit seinen Drohungen gegen Polen. Die Gefahr eines sowjetischen Überfalls ist nicht gebannt. Sie hat sich in den letzten Tagen noch weiter erhöht.



Streikende polnische Arbeiterinnen und Arbeiter in Lodz

30 000 Bauern

demonstrieren in Bonn gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung und der EG — innerhalb von 6 Wochen die zweite Massendemonstration der Landbevölkerung. Sie sind nicht bereit, die ihnen heute schon angekündigten weiteren Einkommensenkungen hinzunehmen. — Ausführlicher Bericht und ein Interview mit dem Vorsitzenden der Freien Landvolkbewegung, Gerd Coldewey, auf S. 6.

Unternehmer beharren auf Reallohn-senkung

Urabstimmung jetzt!

Bauarbeiter stärken Metallern den Rücken

FRANKFURT. — Unversöhnlich stehen sich die Fronten in der Metallindustrie gegenüber. Die Unternehmer beharren stur auf einem Tarifausschluß erheblich unter der Preissteigerungsrate. Indessen wurde den Metallern durch die Bauarbeiter der Rücken gestärkt. Der 4-Prozentschluß in der Bauindustrie ist geplatzt. Dadurch hat sich die gewerkschaftliche Kampffront in der Lohnrunde '81 schlagartig massiv ausgeweitet.

Während die Warnstreiks in der Metallindustrie auch in der vergangenen Woche weitergingen, verschärfte sich zugleich die Kritik der Kollegen an der Haltung der IGM-Führung. Abbruch der Verhandlungen und Urabstimmung! Diese Forderung wird inzwischen auch von Funktionärskonferenzen der IG Metall immer öfter an die Gewerkschaftsführung gestellt.

So hat die Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Lübeck fast einstimmig in einer Resolution die Große Tarifkommission der IGM aufgefordert, sofort das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und die

Urabstimmung einzuleiten. Eine ähnliche Entschließung wurde am vergangenen Freitag auch von den Vertrauensleuten der IGM in Köln im Anschluß an eine Warnstreikdemonstration verabschiedet.

Im neuesten Extra-Blatt der IGM behauptet Hans Janßen, die Forderung nach Urabstimmung und Streik käme aus dem Unternehmerlager. Dies ist eine Verhöhnung Hunderttausender Metallarbeiter, die in den letzten Wochen genau diese Forderung erhoben haben (siehe auch Kommentar auf Seite 2).

Diese Woche

Neuer Vorstoß bei der Polizeibewaffnung	2
Strafanzeigen gegen IGM-Bevollmächtigten	3
IGM-Lübeck: Verhandlungen abbrechen	3
Hoesch-Arbeiter fordern Verstaatlichung	4
Betriebsratswahl im Hamburger Hafen	5
Gillette Westberlin: Klassenkämpferische Liste ..	5
30 000 Bauern protestierten in Bonn	6
Opposition im Bauernverband stärken	6
Ulrich Leicht verurteilt ..	7
Frauen kämpfen für Frieden und gerechten Lohn ..	9
Folter in der Türkei	11
Hausbesetzungen in Mannheim	12
Radiothek-Veranstaltung ..	12
Vor 110 Jahren Pariser Kommune	13

Kommentar der Woche

Der erste größere Warnstreik in der Metalltarifrunde fand am 5. Februar in Norddeutschland statt. Seither erlebten wir eine beispiellos breite Aktivität der Kollegen in den Betrieben. Mehr als eine Million Metaller haben inzwischen gestreikt. Parallel dazu kam es in der IG Bau-Steine-Erden zu einem Aufstand gegen die reaktionäre Führung, der zum Platzen des 4-Prozent-Schandabschlusses führte. Inzwischen laufen auch die Tarifverhandlungen in anderen wichtigen Branchen. Nie standen sich bisher in der Bundesrepublik die Fronten in einer Lohnrunde derartig unversöhnlich und konzentriert gegenüber.

Wir Kommunisten sind gefordert!

Es ist jetzt klar geworden, daß die Erklärungen der Spitzen der Unternehmerverbände von einer lohnpolitischen Wende, die in diesem Jahr durchgepeitscht werden soll, bitter ernst zu nehmen sind. Um jeden Preis soll die IG Metall als die größte und wichtigste Einzelgewerkschaft des DGB in die Knie gezwungen und gedemütigt werden. Sie soll zu einem Tarifaufschub noch weit unter der offiziellen Preissteigerungsrate erpreßt werden.

Dem Großkapital geht es jedoch nicht um ein rein wirtschaftliches Ziel. Es geht nicht allein um dieses oder jenes Lohnprozent mehr oder weniger. Hier geht es um prinzipielle Positionen: Um eine lohnpolitische Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Das ist der besondere Stellenwert dieser Lohnrunde. Von daher muß auch die von der IGM-Führung eingeschlagene Taktik der „neuen Beweglichkeit“ bewertet werden.

Sicherlich hatte diese Taktik positive Aspekte: Eine bisher nicht gekannte Breite der Mobilisierung in den Betrieben. Die so zum Vorschein gekommene enorme potentielle Kampfkraft der IG Metall ist den Unternehmern derart in die Glieder gefahren, daß sie ihre mit großem Propagandaaufwand verkündete „neue Lohnformel“ (Orientierung der Tarifaufschüsse am Produktivitätszuwachs von ca. 3 Prozent) fallen ließen wie eine heiße Kartoffel.

Aber: von ihrem entscheidenden Ziel werden die Monopolherren sich auch durch die größte Welle von Warnstreiks nicht abbringen lassen: Einstieg in einen drastischen Abbau des Lebensstandards, der von der Arbeiterklasse während der nun endgültig abgeschlossenen Periode des sogenannten „Wirtschaftswunders“ durchgesetzt werden konnte. Darin sieht das Kapital einen Weg, um aus dem Sumpf der immer mehr um sich greifenden Krise herauszukommen.

Deshalb hat Gesamtmetall jetzt den Schritt zur weiteren Eskalation getan: Die regionalen Tarifverhandlungen werden für ausgereizt erklärt; zentrale Verhandlungen werden verlangt. Damit ist die IG Metall jetzt endgültig vor die Alternative gestellt: „Stellt euch oder kapituliert!“

Die IGM-Führung will das zweite: Kapitulation. Ihr Argument: Es sei die Absicht der Unternehmer, der IG Metall den frontalen Kampf aufzuzwingen, um sie finanziell auszubluten und dadurch für die kommenden Jahre entscheidend zu schwächen. Ein äußerst gefährliches Argument!

Als ob nicht das Kapital naturgemäß der Gewerkschaftsbewegung in finanzieller Hinsicht ungleich überlegen wäre! In Wirklichkeit geht es der Kapitalistenklasse in aller erster Linie darum, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung jetzt exemplarisch in die Knie zu zwingen, um die Widerstandskraft und den Kampfwillen der Arbeitermassen moralisch zu brechen. Dieser Faktor wiegt ungleich viel schwerer als die finanziellen Belastungen eines Flächenstreiks.

Es ist unsere Pflicht als Kommunisten, diesen Zusammenhang deutlich zu machen. Es ist unsere Pflicht, durch massives Eingreifen in die Lohnbewegung dem Kapitulationskurs der Bonzen mit aller Kraft entgegenzuarbeiten. Die jetzt entstandene Situation bietet dazu außerordentlich günstige Möglichkeiten. Es gilt, mit voller Kraft im Betrieb zu mobilisieren. Und wir müssen in der Gewerkschaft mutig die Diskussion vorantreiben.

Der Ausweg des Kapitals aus der Krise liegt in der Perspektive nur in der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und heißt: Faschismus und Krieg. Angesichts dieser Strategie des Kapitals ist es verhängnisvoll, heute über den „Klassenkampf von oben“ zu jammern und den „sozialen Frieden“ retten zu wollen. Der Weg der Arbeiterklasse kann nur der des revolutionären Klassenkampfes sein!

Hanfried Brenner

Neuer Vorstoß bei der Polizeibewaffnung

Panzerfäuste für die Polizei?

HANNOVER. — Im Vorfeld der Sondersitzung der Innenministerkonferenz am 6. Mai, die sich mit der Polizeibewaffnung beschäftigen wird, verstärken die Kräfte der äußersten Reaktion ihre Bemühungen, eine kriegsmäßige Ausrüstung der

Polizei durchzusetzen. In der letzten Woche wurde bekannt, daß der CDU-Innenminister von Niedersachsen, Möcklinghoff, schon im Februar panzerbrechende- und Luftabwehrwaffen für die Polizei gefordert hat.

Deutlich ist inzwischen die sorgsam abgestimmte Regie hinter diesem Vorstoß der reaktionären Elemente zu erkennen. Die Fäden zieht — wie könnte es anders sein — Franz Josef Strauß. Unmittelbar nach der Großdemonstration in Brokdorf startete er eine wüste Kampagne gegen die Protestbewegung, die einerseits auf deren Kriminalisierung („Kern eines neuen Terrorismus“) und andererseits auf den weiteren Abbau des Demonstrationsrechts und den forcierten Ausbau der Polizei zur Bürgerkriegstruppe abzielte.

sich den Forderungen aus München und Hannover weiter verschließen würden.

Die weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit“ — so Möcklinghoff — werde einen „schweren Schock“ erleiden, wenn andere Bundesländer bei ihrer Meinung bleiben sollten, die gegenwärtige Aufrüstung der Polizei sei ausreichend. In diesem Fall wäre es fraglich, ob dann überhaupt noch Polizeikräfte aus den unionsregierten Ländern an Großeinsätzen in anderen Ländern teilnehmen könnten. In be-

schließen. Aus den dermaßen kriegsmäßig ausgerüsteten Polizeieinheiten soll dann eine spezielle Polizeitruppe gebildet werden, die „länderübergreifend“ einzusetzen wäre.

Diese ungeheuerlichen Pläne hat Möcklinghoff in einem offiziellen Fernschreiben niedergelegt, das schon am 25. Februar an alle Innenminister und den Innenausschuß des Bundesrats ging. Die Pläne zur Schaffung einer „länderübergreifenden“ Bürgerkriegsarmee standen auch als Punkt 17 auf der Tagesordnung der Innenministerkon-

Gries und andere Koalitionspolitiker in den letzten Wochen öffentlich ihre Ablehnung einer weiteren Bewaffnung der Polizei erklärt haben, so darf das für die demokratischen Kräfte in unserem Land kein Anlaß zur Sorglosigkeit sein. Die Strauß und Co. haben die Bereitschaft erkennen lassen, ihre weitreichenden Rüstungspläne mit allen Mitteln durchzusetzen. Einerseits schaffen sie vollendete Tatsachen, indem sie in ihrem eigenen Machtbereich unabhängig von den Beschlüssen der Innenministerkonferenz die Polizeibewaffnung nach ihren Vorstellungen vorantreiben. Auf der anderen Seite verschärfen sie auch dadurch den Druck auf die anderen Länder, daß diese faktisch die Zusammenarbeit für den Fall aufkündigen, daß diese bei der forcierten Polizeibewaffnung nicht mitziehen wollen.

Schließlich zielen die wahnwitzigen Rüstungspläne des Herrn Möcklinghoff sicher auch darauf ab, den Boden für einen „Kompromiß“ vorzubereiten. Soll heißen: Die Strauß-Leute könnten großzügig auf Panzerfäuste und Flak für die Polizei verzichten, wenn sich im Gegenzug die Innenminister der Koalitionsparteien für die Übernahme der Tandler-Pläne bereit erklären. Zudem wird es auf der Konferenz vom 6. Mai wohl auch neue Auseinandersetzungen über das oben erwähnte einheitliche Polizeigesetz geben, das unter anderem den gezielten Todesschuß und die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten vorsieht. Der entsprechende Musterentwurf ist in den meisten Bundesländern bislang nicht durchgeführt worden, was den Kräften der äußersten Reaktion schon immer ein Dorn im Auge war.

Es gilt also, gegenüber den Plänen für eine weitere Bewaffnung der Polizei äußerst wachsam zu sein und den Vorstoß der Strauß und Co. entschlossen zurückzuschlagen.

IGM gegen neue Polizeibewaffnung

Nachdem schon die Gewerkschaft der Polizei die vom bayrischen Innenminister Tandler geforderte Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen und neuen Giftwaffen zurückgewiesen hatte, wurden diese Pläne jetzt auch von der IG Metall scharf abgelehnt.

Der IGM-Vorsitzende Loderer schreibt in einem Kommentar der letzten Ausgabe von „metall“: „Die Antwort der Politiker darf nicht in einer Einschränkung des Demonstrationsrechts und in einer Aufrüstung der Polizei bestehen. Gemeinsam mit unseren Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei wehren wir uns entschieden gegen jede Militarisierung der Polizei, gegen die willkürliche Auslegung von Gummiparagrafen durch konservative Richter und gegen die Propagierung von Gummigeschossen durch reaktionäre Politiker.“



Die SPD-Länderregierungen haben zwar die von Tandler geforderten neuen Polizeiwaffen abgelehnt. Sie gehen in den letzten Wochen jedoch zunehmend mit brutaler Gewalt gegen Demonstranten und Hausbesetzer vor. Das Foto zeigt die Räumung eines besetzten Hauses in Hamburg-Eppendorf.

Strauß ließ seinen Innenminister Tandler erklären, die Polizei müsse künftig mit Gummigeschossen bewaffnet werden und auch den Einsatz von Giftgas gegen Demonstranten verstärken. Um zu zeigen, wie ernst es die Kräfte um Strauß mit der brutalen Niederschlagung jeglichen Widerstands meinen, wurden die Nürnberger Massenverhaftungen inszeniert. Während sich in der nun folgenden öffentlichen Diskussion Strauß und Tandler selbst weitgehend bedeckt hielten, übernahm ihr niedersächsischer Kumpan Möcklinghoff die Aufgabe, den Vorstoß der äußersten Reaktion weiter voranzutreiben.

Schon Mitte März griff der niedersächsische Innenminister die Forderungen Tanders auf: „Wir müssen ein Mittel in die Hand bekommen, das es ermöglicht, über den Schlagstock hinaus die Angreifer aus Distanz zu halten.“ Bemerkenswert war dabei, daß Möcklinghoff noch wesentlich deutlicher als Tandler auf Konfrontationskurs gegen die Innenminister der SPD/FDP ging, die inzwischen mehrheitlich die Beschaffung neuer Waffen für die Polizei zurückgewiesen hatten. Möcklinghoff drohte ihnen unverhohlen mit „weiterreichenden Konsequenzen“ für den Fall, daß sie

zug auf die Innenministerkonferenz am 6. Mai sagte Möcklinghoff, er sei offen für eine Diskussion darüber, welche „neuen Ausrüstungsmittel“ angeschafft werden müßten. Er sei jedoch nicht bereit, darüber zu diskutieren, ob die neuen Waffen überhaupt beschafft werden sollen.

Gleichzeitig verkündete der Innenminister ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm für die niedersächsische Polizei, das noch in diesem Jahr Wirklichkeit werden soll. Die technische Ausstattung werde „weiter den neuesten Erkenntnissen angepaßt“, insgesamt 40000 Neue Fahrzeuge sollen angeschafft, 1,7 Millionen Mark für den Ausbau der Einsatzkommandos ausgegeben werden. Darüber hinaus wird die niedersächsische Polizei allgemein mit Pistolen größeren Kalibers ausgerüstet.

In der vergangenen Woche enthüllte die „Frankfurter Rundschau“ dann weitere Rüstungspläne des Herrn Möcklinghoff, die alles andere weit in den Schatten stellen. Danach soll die Polizei künftig auch über panzerbrechende- und Luftabwehrwaffen verfügen, um die gegenwärtig bestehende „Waffenlücke“ zwischen der Bewaffnung der Polizei und der Ausrüstung der Bundeswehr zu

ferenz vom 12. März. Äußerst bedenklich muß dabei die Tatsache stimmen, daß die SPD/FDP-Innenminister es weder für nötig hielten, den Vorstoß von Möcklinghoff entschieden zurückzuweisen, noch daran dachten, die Öffentlichkeit zu alarmieren. Möcklinghoffs Vorstoß wurde vielmehr ohne Debatte an den Arbeitskreis II überwiesen, der sich mit Polizeifragen befaßt. Dieser Arbeitskreis soll dann bis zum 6. Mai neue Richtlinien für die Polizeibewaffnung ausarbeiten, die den jetzigen Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz ergänzen sollen.

Im Zuge der Vorbereitung der Konferenz vom 6. Mai wurden auch noch andere alarmierende Tatsachen bekannt. So erklärte der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel, daß sich gegenwärtig auch der wissenschaftliche Stab der Polizeiakademie Hiltrup mit der „Waffenlücke“ bei der Polizei beschäftigen und in den nächsten Wochen umfangreiche Expertise vorlegen werde. Aus einer Äußerung des Hamburger Innensensors Pawelczyk geht hervor, daß im Auftrag der Innenministerkonferenz schon längst Versuche mit den von Tandler geforderten Gummigeschossen angestellt wurden.

Wenn auch Pawelczyk,

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Staatliche Provokationen gegen Gewerkschaften häufen sich Strafanzeige gegen Lübecker IGM-Bevollmächtigten

Metallerdelegation ruft Staatsanwalt auf den Plan

LÜBECK. — Auf den Polizeieinsatz gegen eine Metallerdemonstration bei den Tarifverhandlungen in Timmendorfer Strand folgte nun auch noch eine Strafanzeige der Polizei gegen den 1. IGM-Bevollmächtigten von Lübeck, Herbert Harder. Dem Kollegen Harder wird „vorgeworfen“, er habe „eine nicht genehmigte Demonstration geleitet“.

Anfang März bei den Tarifverhandlungen im Seehotel Maritim in Timmendorfer Strand wollte eine Delegation von 50 Gewerkschaftern der IG Metall den Verhandlungsführern der Unternehmer die Forderungen und den Protest der Metallarbeiter zu der Tarifaufeinandersetzung überbringen. Vermutlich auf höchste Weisung aus der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung wurde aus diesem Anlaß eine unerhörte staatliche Provokation gegen die IG Metall inszeniert: Bereitschaftspolizei in Mannschaftswagen wurde in Marsch gesetzt. Auch eine Hundestaffel wurde gegen die Gewerkschafter aufgebaut. Die Metallarbeiter wurden durch Polizeigewalt an ihrer völlig legitimen Protestmaßnahme gehindert.

Trotz scharfer Proteste des Bezirks Nordmark der IG Metall treibt das Land Schleswig-Holstein jetzt diesen Akt der Kriminalisierung der Metallaktion auf die Spitze: Die Polizei in Bad Schwartau erstattete Strafanzeige gegen den 1. IGM-Bevollmächtigten von Lübeck, Herbert Harder.

Der Repräsentant Tausender Lübecker Metallarbeiter wird provokativ beschuldigt, er habe „eine nicht genehmigte Demonstration geleitet“ und gegen das Versammlungsgesetz verstoßen!

Man muß sich im klaren sein, daß diese Provokation mit der Landesregierung abgesprochen sein muß. Derartig „heikle“ Schritte laufen nie ohne Abstimmung mit den höheren Ebenen. Stoltenberg und der „Feldherr von Brokdorf“, Innenmi-

Die DGB-Bonzen beim Wort nehmen!

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter erklärte am 24. Mai 1978 anlässlich der Eröffnung des 11. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB folgenden:

„Durch Lohnverzicht die Wegrationalisierung des eigenen Arbeitsplatzes zu finanzieren und — volkswirtschaftlich gesehen — zugleich durch sinkende Massenkaufkraft und schumpfende Binnennachfrage zur Verschärfung der Krise beizutragen — das ist genau das falsche Rezept. Ich wiederhole: Lohnverzicht bringt keinem einzigen Arbeitslosen einen Arbeitsplatz und treibt uns nur tiefer in die Krise!“

Man kann diesen Worten Veters nur uneingeschränkt beipflichten! Würden sich die DGB-Bonzen daran halten, so könnte ihre Devise in der diesjährigen Lohnrunde nur lauten: Die aufgestellten Forderungen müssen ohne den geringsten Abstrich voll durchgesetzt werden. Alles andere treibt uns schließlich nur tiefer in die Krise.

Also: packen wir's an! Die Kollegen in den Betrieben sind bereit! Siehe eine Million Metallarbeiter, die bereits gestreikt und demonstriert haben.

Rücknahme der Strafanzeige!

Die Kollegen vom Sintermetallwerk haben Kollegen Harder folgendes Solidaritätsschreiben geschickt.

„Lieber Herbert, heute haben wir aus den „Lübecker Nachrichten“ erfahren, daß wegen der Kundgebung in Timmendorfer Strand im Rahmen der Tarifverhandlungen Strafanzeige gegen dich erstattet worden ist.

Wir sind über ein solches Vorgehen empört. Dies bedeutet einen schweren Eingriff in die zur Zeit laufenden Tarifaufeinandersetzungen. Bereits der Einsatz von Hundertschaften der Polizei gegen Metallarbeiter in Timmendorfer Strand war eine Provokation. Mit solchen Maßnahmen versucht man Metallarbeiter, die sich für ihre Forderungen einsetzen zu kriminalisieren.

Die Anzeige bedeutet in unseren Augen einen Angriff auf das Recht, für seine Forderungen zu demonstrieren. Wir fordern die sofortige Zurücknahme der Strafanzeige und verurteilen den Polizeieinsatz gegen demonstrierende Metallarbeiter.“

nister Barschel, haben hier direkt ihre Hände im Spiel.

Was hier staatlicherseits gegen die IG Metall und gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und auf gewerkschaftliche Betätigung in Gang gesetzt wurde, ist ein politischer Skandal!

Insbesondere von CDU- und

Tarifrunde im Steinkohlebergbau

Auch IGBE-Bonzen fordern nur 7 Prozent

BOCHUM. — Am Freitag vergangener Woche legte die Führung der IG Bergbau und Energie die Lohnforderung für den Steinkohlebergbau fest.

Auch die reaktionären IGBE-Bonzen haben mit 7 Prozent eine besonders niedrige Forderung beschlossen. Das Verspre-

Das Hohelied vom braven DGB-Führer

Folgende wohlwollende Beurteilung der Zielsetzung der DGB-Führer bei dieser Tarifrunde konnte man in der Unternehmerzeitschrift „Wirtschaftswoche“ (Nr. 13 vom 20.3.1981) lesen:

„Durch Realeinkommensverzicht helfen sie (die Gewerkschaften) mit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Bei einer zu erwartenden Inflationsrate von mindestens sechs Prozent und um rund ein Prozent höheren Sozialabgaben sind nicht einmal Abschlüsse von sieben Prozent ausreichend, um den Status quo zu erhalten.“

Als die „Wirtschaftswoche“ dieses offene Wort aussprach, hatten allerdings noch nicht eine Million Metallarbeiter mit Warnstreiks ihre Kampfbereitschaft demonstriert und häufig Urabstimmung und die volle Durchsetzung der IGM-Forderungen verlangt. Haben die Herren Unternehmer samt ihren Freunden in den Gewerkschaftsspitzen die Rechnung vielleicht ohne den Wirt gemacht?

CSU-Landes- und Kommunalregierungen wird seit längerem eine ganz gezielte Kampagne zur Kriminalisierung gewerkschaftlicher Aktionen betrieben. Man erinnere sich an das Verbot der Anti-NPD-Demonstration 1979 durch den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann. Man erinnere sich weiter an die Vorfälle im Zusammenhang mit der DGB-Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Augsburg. Oder an die Strafanzeigen gegen ÖTV-Funktionäre in Hannover.

Hat man jedoch im Falle Frankfurt und Augsburg noch darauf verwiesen, daß „Extremisten“ beteiligt seien und „gewaltsame Auseinandersetzungen“ zwischen Antifaschisten und der NPD drohen würden, so gibt es im Fall Timmendorfer Strand nicht den Hauch eines derartigen Vorwands.

Darin liegt gerade die Radikalisierung in der Kriminalisierungskampagne gegen die Gewerkschaften. Eine Delegation friedlicher Gewerkschafter ruft Bereitschaftspolizei, Hundestaffeln und schließlich auch noch den Staatsanwalt auf den Plan!

Wann und wo wird der nächste Schritt der planmäßigen Illegalisierung gewerkschaftlicher Aktivität getan? Vielleicht setzt Herr Tandler in Bayern demnächst einen neuen Markstein auf diesem Weg? Und was ein CDU- bzw. CSU-Innenminister zum erstenmal praktiziert hat, kann dann ein SPD-Minister gestrost nachmachen.

Es wird höchste Zeit, daß im DGB endlich Alarm ausgelöst wird.



In der vergangenen Woche solidarisierten sich in vielen Fällen die Kollegen aus anderen Branchen aktiv mit dem Kampf der Metallarbeiter gegen einen Reallohnabbau. Diese Bewegung gilt es weiter zu verstärken, denn die Unternehmerverbände versuchen jetzt, die IG Metall als erste Gewerkschaft in die Knie zu zwingen, um dadurch einen entscheidenden Durchbruch in der gesamten Lohnrunde für ihre „lohnpolitische Wende“ zu erzwingen. Das Foto zeigt eine Kundgebung der IG Metall in Essen, an der sich unter anderem auch Beschäftigte des Kaufhauses Wertheim beteiligten.

IG Metall in Lübeck forderte:

Verhandlungen abbrechen und Urabstimmung einleiten!

ARBEITERKORRESPONDENZ (Lübeck). — In der vergangenen Woche fand in Lübeck eine Vertrauensleutekonferenz der IG Metall statt, auf der mit überwältigender Mehrheit der Abbruch der Tarifverhandlungen und die sofortige Einleitung der Urabstimmung gefordert wurde.

Die Resolution der Lübecker IG-Metall-Funktionäre richtet sich an die Große Tarifkommission des Nordverbands, die am 3. April wieder zusammentreten

IG-Metall-Frauen demonstrierten

ARBEITERKORRESPONDENZ (Reutlingen). — Am Freitag demonstrierten in Reutlingen die Arbeiterinnen der Metallindustrie für die Lohnforderungen ihrer Gewerkschaft.

Es waren rund 600 Demonstranten, hauptsächlich Kolleginnen, die am Freitag zwei Stunden lang durch Reutlingen zogen und sehr kämpferisch für ihre Forderungen und gegen die Haltung der Metallkapitalisten in der Tarifrunde demonstrierten. Aufgerufen hatte zu der Aktion der Frauenausschuß der IG Metall.

Die Hauptparolen bei der Demonstration waren: Lohngruppe 2 muß weg! Gleiche Rechte für die Frauen! Schluß mit der Benachteiligung! 8 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 107 Mark voll durchsetzen!

will. Die Resolution fordert die Tarifkommission auf, sofort zusammenzutreten und das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und dann unverzüglich die Urabstimmung einzuleiten.

Eine entsprechende Unterschriftensammlung zur Bekräftigung dieser Forderung wurde zugleich von aktiven Gewerkschaftern in acht Lübecker Metallbetrieben begonnen.

In der Begründung der Resolution an die Große Tarifkom-

mission heißt es unter anderem, das Ziel der IGM in dieser Tarifrunde könne nur die volle Durchsetzung der IG-Metall-Forderungen ohne Abstriche sein. Nur etwa fünf von den 190 Teilnehmern der Funktionärskonferenz stimmten gegen diesen Antrag.

Diese Haltung der Lübecker IGM-Funktionäre ist ein Ausdruck der Stimmung, die unter den Metallarbeitern insgesamt in Lübeck herrscht. So hat es in letzter Zeit keine gewerkschaftliche Konferenz und keine Belegschaftsversammlung in Lübecker Metallbetrieben mehr gegeben, in denen nicht diese Forderungen ebenfalls gestellt worden wären.

Tarifabschluß der IG-Bau-Führung

Hatten sich Sperner und Loderer abgesprochen?

ARBEITERKORRESPONDENZ (Lübeck). — Am 14. März wurde von den anwesenden Mitgliedern der Ortsverbände Lübeck, Travemünde, Kücknitz, Reinfeld, Ahrens- bök, Bad Schwarten und Pansdorf der 4-Prozent-Lohnabschluß sowie die Änderung des 13. Monateinkommens abgelehnt.

Von ca. 150 Kollegen gab es nur drei Stimmen für den Abschluß und drei Enthaltungen. Alle anderen Kollegen stimmten für Ablehnung.

Dieses Ergebnis zeigt, daß die Basis der IG Bau-Steine-Erden es nicht länger hinnimmt, sich Jahr für Jahr an der Nase herumführen zu lassen. Scharf verurteilt wurde auch der Versuch, die Kampffront in der Tarifrunde aufzuspalten und die Gewerkschaftsbewegung aufzuweichen.

Es wurde darauf hingewiesen, daß es Absprachen zwischen der IG Bau und der IG Metall gegeben hat. Ich glaube, das macht deutlich, welche Schweinerei sich hier abgespielt hat!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014, geöffnet: Fr 17-18 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17-18 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692.

44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Lichtkurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi., Fr. 16-18 Uhr, Sa. 11-13 Uhr.

4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogała, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

Neue Protestaktionen bei Hoesch in Dortmund

„Stahlwerk jetzt! — keine Entlassungen!“

Stahlarbeiter marschierten mit Sarg in Aufsichtsratssitzung

DORTMUND. — Auf den Hoesch-Hüttenwerken kam es in der vergangenen Woche wieder zu Protestaktionen der Stahlwerker gegen die geplanten Entlassungen und die etappenweise Demontage der gesamten Hüttenwerke. Am Montag marschierten 200 Kollegen mit einem Sarg in die Aufsichtsratssitzung ein, um symbolisch den Vernichtungsplan des Konzernvorstands zu begraben. Und am Mittwoch traten auf dem Werk Phoenix rund 300 Mann auf der Grobblechstraße in einen 30minütigen Warnstreik.

Die spektakuläre „Sarg-Aktion“ von rund 200 Stahlarbeitern am Montag letzter Woche erregte in Dortmund erhebliches Aufsehen. In dem beim Werk Union gelegenen Verwaltungsgebäude war für Montagnachmittag die Aufsichtsratssitzung der Hoesch-Hüttenwerke angesetzt, auf der Hoesch-Vorstandsvorsitzender Rohwedder den neuen Katastrophenplan der Estel-Konzernspitze durchpauken wollte.

Aus diesem Anlaß versammelten sich ca. 200 Stahlarbeiter, hauptsächlich aus dem Werk Union, vor dem Portal des Verwaltungsgebäudes. Ihre Forderungen: „Stahlwerk jetzt! — Keine Entlassungen!“.

Auch Vertreter der Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben!“, sowie der „Frauengruppe Hörde“ waren mit Transparenten gekommen, um die Aktion der Hoescharbeiter zu unterstützen.

Die Stahlarbeiter hatten einen imitierten Sarg dabei, auf dem zu lesen war: „Hier rein gehört der neue Vorstandsplan“. RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon sprach zu den Kollegen und erläuterte noch einmal den neuen Vorstandsplan. Dann gab er bekannt, daß die Kollegen beschlossen haben, mit dem Sarg in die Aufsichtsratssitzung zu marschieren, um symbolisch auszudrücken, daß der neue Plan begraben werden müsse.

Und so geschah es dann auch: Vier Kollegen trugen den Sarg vorneweg und geschlossen marschierten alle Anwesenden in das feudal ausgestattete Verwaltungsgebäude ein und zogen zum Sitzungssaal im ersten Stock.

Dort wurde der Sarg vor die Aufsichtsräte hingestellt und Hartmut Siemon erklärte, daß insbesondere die „Arbeitnehmer-Vertreter“ im Aufsichtsrat von den Kollegen hiermit aufgerufen würden, das 42-Seiten-Papier mit dem neuen Vorstandsplan in diesen Sarg zu werfen.

Er bekräftigte noch einmal die Forderungen nach sofortigem Baubeginn für das neue Stahlwerk, daß es keinerlei Entlassungen geben dürfe und daß die Arbeitsplätze auf den Hüttenwerken erhalten werden müßten.



RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon spricht vor dem Eingang des Verwaltungsgebäudes.

Die „Arbeitnehmer-Vertreter“ in dem montan-mitbestimmten Aufsichtsrat hatten sich allerdings zum größten Teil verdrückt. Anwesend waren fast ausschließlich nur die Aufsichtsräte der „Kapitaleigner“. Vorstandsvorsitzender Rohwedder versuchte dann in einer demagogischen Ansprache an die demonstrierenden Arbeiter seinen Vernichtungsplan als „letzte Rettungsanker“ für die Hüttenwerke und die Stahlbasis zu verkaufen.

Mehrere Kollegen sagten dem Hoesch-Boß in teilweise drastischen Worten ihre Meinung und brachten ihre Empörung über die Entlassungspläne zum Ausdruck. Auf der Aufsichtsratssitzung, die mit einer Stunde Verspätung begann, wurde der neue Vorstandsplan dann mehrheitlich abgelehnt.

Zwei Tage später kam es im Werk Phoenix in Dortmund-Hörde zu einem Warnstreik von 300 Kollegen auf der Grobblechstraße. Schon vor einigen Wochen hatten die Kollegen dort einmal die Arbeit niedergelegt, als Gerüchte aufkamen, daß dieses Walzwerk mit seinen

insgesamt 1400 Beschäftigten schon in wenigen Jahren stillgelegt werden soll. Jetzt haben sich diese Gerüchte in bitterer Weise bestätigt: Nach dem neuen Vorstandsplan soll das Walzwerk bereits im kommenden Jahr stillgelegt werden!

Ebenfalls am Mittwoch fand abends eine Veranstaltung der Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben!“ statt. Mehr als 200 Besucher kamen zu der gelungenen Veranstaltung, auf der unter anderem auch der RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon sprach.

Rechtsanwalt Gert Flint als Vertreter der Bürgerinitiative rief die Anwesenden auf, in den kommenden Wochen verstärkt den Kampf um das neue Stahlwerk und den Erhalt der Stahlbasis zu unterstützen. Mit Sketchen stellten Laienspielgruppen in ebenso witziger wie anschaulicher Form dar, wie es in einer „Geisterstadt“ Dortmund in zehn Jahren aussehen würde, falls es nicht gelingt, die Pläne der Estel-Bosse bzw. der Deutschen Bank zu verhindern. Abgerundet wurde das Programm durch Kabarett-Einlagen und den Duisburger Liedermacher Frank Baier, der mit seinen alten und neuen Arbeiterliedern das Publikum in seinen Bann zu ziehen wußte.

Die Aktionen der letzten Woche bei und um Hoesch haben gezeigt, daß die Bewegung „Stahlwerk jetzt!“ keineswegs am Einschlafen ist. Auch auf den Belegschaftsversammlungen der Hoesch-Hüttenwerke wurde dies deutlich. So etwa an dem starken Beifall, den RGO-Betriebsrat Norbert Bömer erhielt, als er das Beispiel der polnischen Arbeiter anführte, und erklärte, daß auch die Hoesch-Belegschaft an dem machtvollen Kampf der polnischen Arbeiterklasse lernen kann, wie man Arbeiterforderungen gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner durchsetzen kann.



Etwa 200 Stahlarbeiter versammeln sich vor dem Eingang des Verwaltungsgebäudes. Auch die Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben“ ist mit einem Transparent dabei.



Dieser Sarg wurde wenig später vorneweggetragen, als die Stahlarbeiter in die Aufsichtsratssitzung einmarschierten. „Hier rein gehört der neue Vorstandsplan“ steht darauf. Hartmut Siemon: „Wir überbringen dem Aufsichtsrat diesen Sarg, weil wir wollen, daß der neue Vorstandsplan begraben wird.“

Hoesch-Arbeiter fordern Verstaatlichung der Hüttenwerke Belegschaftsversammlung verabschiedete einstimmig diese Forderung

DORTMUND. — Mehr als 5000 Stahlwerker forderten am Donnerstag vergangener Woche auf der Belegschaftsversammlung der Hoesch-Westfalenhütte in einer fast einstimmig angenommenen Resolution die Enteignung der Hoesch-Hüttenwerke.

Bei nur einer Gegenstimme sowie einer Enthaltung wurde die Resolution mit der Enteignungs-

forderung angenommen. Der Text der Resolution, die an den Bundestag und den Landtag von Nordrhein-Westfalen gerichtet ist, lautet folgendermaßen:

„In vielen Aktionen machen die Arbeiter, die Gewerkschaft IG Metall, sowie die Bürger und ihre Vertreter auf die Situation in dieser Stadt und im Land NRW aufmerksam. Vor über 30 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Nur aufgrund des Grundgesetzes und der Landesverfassung war das Gedeihen des demokratischen Staates möglich.“

In Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es: „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“

Da wir feststellen können, daß die herrschende Wirtschaftsforderung nicht mehr in der Lage ist, die Probleme der Zeit zu lösen und ständig diese Gesetze mehr und mehr unterläuft, fordern wir Sie auf, endlich dieses Gesetz anzuwenden.“

Daß die Forderung nach Enteignung der Hoesch-Hüttenwerke eine derartig geschlossene Zustimmung auf der Belegschaftsversammlung gefunden hat, zeigt erneut und besonders klar: Die Belegschaften bei Hoesch sind nicht bereit, den Vernichtungsplan von Estel und Deutscher Bank hinzunehmen und ihre Arbeitsplätze, ihre Existenz und die Zukunft ihrer Kinder den Profitinteressen einiger Großaktionäre und Finanzmagnaten zu opfern.

Den Hoesch-Belegschaften ist in den letzten Wochen eine Lektion über das kapitalistische Profitsystem erteilt worden. In der Verabschiedung der Resolution für die Enteignung von Hoesch drückt sich das Bewußtsein aus, daß radikale Maßnahmen notwendig sind, um das Recht auf Arbeit, auf eine gesicherte Existenz, für die Arbeiter und Angestellten durchzusetzen.

Dieses Bewußtsein muß jedoch umgemünzt werden in Aktionen im Betrieb, in konsequente Kampfmaßnahmen für die Forderung „Stahlwerk jetzt!“. Denn nur dadurch wird die Forderung nach Verstaatlichung von Hoesch zu einem politischen Hebel, mit dem das Vernichtungsprogramm der Konzernherren durchkreuzt und die Demontage der Hüttenwerke verhindert werden kann.

„Sonderopfer der Konzerne“

Für ein Sonderopfer der Konzerne



Die unverschämte Forderung des nordrhein-westfälischen Regierungschefs Rau nach einem Sonderopfer der Beschäftigten im öffentlichen Dienst war einer der Anlässe für die DGB-Kundgebung gegen die Rotstiftspolitik der SPD-Landesregierung am 17. März in Düsseldorf (siehe letzter RM). Inzwischen wurde uns berichtet, daß im Anschluß an die Protestkundgebung, die in der Philips-Halle stattfand, gegen den Willen der DGB-Führer eine spontane Demonstration durchgeführt wurde, an der sich ca. 3000 Gewerkschafter beteiligten. Die Kollegen marschierten mit kämpferischen Parolen zum Finanzministerium und hielten dort eine Kundgebung gegen die antisozialen Sparbeschlüsse der Rau, Posser und Co. ab. „Für ein Sonderopfer der Konzerne“ — mit dieser Parole gaben die Kollegen den SPD-Bonzen im Düsseldorfer Landtag genau die richtige Antwort auf ihre arbeiterfeindliche Politik.

Betriebsratswahl im Hamburger Hafen

ÖTV-Bonzen spalten, aber „Einigkeit“ wird siegen!

Hafenarbeiter fordern Einheitsliste mit RGO-Betriebsrat Weskamp

HAMBURG. — Im größten Betrieb des Hamburger Hafens, der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG), kandidiert der RGO-Betriebsrat Wolfgang Weskamp zusammen mit drei weiteren klassenkämpferischen Kollegen auf der Liste „Einigkeit“. Nicht für Einigkeit, sondern für Spaltung sind dagegen die ÖTV-Bonzen. Sie verhinderten eine von den Hafenarbeitern geforderte Einheitsliste, auf der auch Wolfgang Weskamp hätte kandidieren sollen.

Die RGO-Betriebsgruppe im Hamburger Hafen und die Kollegen der oppositionellen Betriebsratsliste „Alternative“ hatten bei der HHLA für eine wirkliche Einheitsliste, das heißt für demokratische Persönlichkeitswahl, gekämpft. So haben auf Initiative der RGO und der Kollegen von „Alternative“ die ÖTV-Vertrauensleute mit wenigen Ausnahmen eine Unterschriftensammlung durchgeführt für die Forderung nach einer Einheitsliste, die ausdrücklich auch Wolfgang Weskamp, den die Bonzen aus der ÖTV ausgeschlossen haben, einschließen sollte. In zwei Tagen wurden dafür 1600 Unterschriften gesammelt bei einer Belegschaft von 4000!

Die ÖTV-Bezirksleitung und der Vertrauensleute-Vorstand bei der HHLA aber lehnten die geforderte Einheitsliste ab. Begründung: Mit Wolfgang Weskamp gibt es keine gemeinsame Liste.

Über dieses Spaltertum ist die Masse der Vertrauensleute und sind fast alle Hafenarbeiter empört. Es ist ihnen klar, daß es die Bezirksleitung der ÖTV Abteilung Seehafen ist, die letztlich Schuld daran hat, daß es nicht zu der von den Kollegen gewünschten Persönlichkeitswahl gekommen ist.

Jetzt steht in der HHLA neben der klassenkämpferischen Liste „Einigkeit“ mit der Liste „Alternative“ noch eine zweite oppositionelle Liste zur Wahl. Die RGO hatte den Kollegen von „Alternative“ eine gemeinsame Kandidatur vorgeschlagen. Aber dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Schade! Denn ein großer Fortschritt wäre es, wenn es gelänge, die Mehrheit im Betriebsrat für die fortschrittliche Opposition zu erringen. Das ist zwar auch jetzt nicht ausgeschlossen, aber

natürlich durch die getrennte Kandidatur schwieriger geworden.

Die ÖTV-Bonzen jedenfalls scheinen eine enorme Furcht vor der Opposition zu haben. In einer ganzen Flugblatt-Serie hetzten sie gegen die beiden oppositionellen Listen was das Zeug hielt, wobei den Löwenanteil dieser Hetze die Liste „Einigkeit“ und speziell RGO-Betriebsrat Wolfgang Weskamp abbekamen. Wolfgang Weskamp wird nicht nur in scham-

auf der anderen Seite in ihren Programmen unmißverständlich freie, parteipolitisch unabhängige Gewerkschaften abschaffen und der Parteidiktatur der KPD unterwerfen wollen, können auf keine Rücksicht in der Auseinandersetzung hoffen.“

In diesen Hetzpamphleten wurde dann in geradezu hysterischem Tonfall immer wieder aufgerufen: „Keine Unterschrift auf die Liste des unorganisierten Herrn Weskamp“.



Mit einer ganzen Flugblattserie hetzten die ÖTV-Bonzen gegen die Liste „Einigkeit“. loser Verdrehung der Tatsachen als Spalter und Schuldiger an der Listenwahl hingestellt. Da die Bonzen nicht imstande sind, an Wolfgang von der Belegschaft anerkannten und geschätzten konsequenten Betriebsratsmitglied auch nur einen Funken zu kritisieren, kommen sie mit Kalibern der folgenden Art:

„Was wir aber verhindern wollen, ist, daß ein Unorganisierter, der Mitglied der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ist, mit Unterstützung der ÖTV in den Betriebsrat kommt. Denn Mitglieder solcher Organisationen, die angeblich die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, aber

Natürlich erhielt die Liste „Einigkeit“ trotzdem die nötigen Unterschriften. Man fragt sich: für wie dumm halten solche Bonzen eigentlich die Arbeiter? Die Kollegen haben doch schließlich gesehen: Der „unorganisierte Herr Weskamp“ ist mutig und konsequent für ihre Interessen eingetreten, auch wenn ihn die Bonzen aus der ÖTV ausgeschlossen haben und wenn sie — wie sie selbst sagen — „keine Rücksicht in der Auseinandersetzung“ nehmen. Die Hafenarbeiter haben gesehen, daß diese Bonzen es waren, die mit den Hafenbossen gemeinsame Sache gegen die Belegschaft gemacht haben. Das wird sich am Wahltag erweisen.

Gillette Westberlin

Klassenkämpferische Liste mit neun Kandidaten

WESTBERLIN. — Alle Versuche kämpferischer Kollegen bei Gillette, in den Betriebsrat zu kommen, waren bisher immer gescheitert. Teils an den Tricks der Bonzen; teilweise aber auch deshalb, weil es an einem organisierten und entschlossenen Vorgehen der oppositionellen Kollegen mangelte. In diesem Jahr scheint nun endlich der Durchbruch zu gelingen.

Im November vergangenen Jahres hat sich bei Gillette eine Betriebsgruppe mit kämpferischen Vertrauensleuten gebildet, in der auch RGO-Kollegen mitarbeiten. Von Anfang an haben die Kollegen Vorbereitungen für ihr Eingreifen in die Betriebsratswahl getroffen.

Auf der für die Betriebsratswahl entscheidenden Vertrauensleute-Sitzung konnten die fortschrittlichen Kollegen, obwohl knapp in der Minderheit, Persönlichkeitswahl durchsetzen. Die Kollegen machten der Clique der alteingesessenen Betriebsräte klar, daß sie diesmal mit ihren Tricks nicht durch-

kommen und, daß die oppositionellen Kollegen sich nicht ausbohren lassen werden.

Vorsichtshalber erstellten die oppositionellen Kollegen jedoch eine Absicherungsliste, auf der neun Vertrauensleute kandidieren. Innerhalb von zwei Tagen konnten verdeckt 150 Stützunterschriften gesammelt werden.

Am Tag des Abgabeschlusses zeigte es sich dann, daß die Geschäftsleitung eine Spalterliste initiiert hatte und dafür Unterschriften sammeln ließ.

Nun versuchte auch die alte Betriebsratsclique in panischer Hast noch schnell eine eigene

Liste aufzustellen. Dies wäre fast mißlungen. Eine erste von ihnen eingereichte Liste wurde vom Wahlvorstand für ungültig erklärt, weil die Liste noch während des Unterschriftensammelns geändert worden war. Erst im zweiten Anlauf kamen sie ganz knapp noch über die Hürden.

Es stehen nun drei Listen zur Wahl. Die Liste der kämpferischen Vertrauensleute erhielt bei der Auslosung Listennummer 3.

Durch das erfolgreiche Vorgehen der oppositionellen Kollegen ist es gelungen, schlagartig die resignative Stimmung unter den Kollegen („Gegen die alten Betriebsräte kann man sowieso nichts machen“) zu durchbrechen. Fast alle Kollegen sagen über die oppositionelle Betriebsgruppe jetzt: „Das haben sie gut gemacht. Endlich passiert mal was.“



RGO-Betriebsrat Wolfgang Weskamp trug mit dazu bei, daß die Kollegen im Herbst letzten Jahres die Einführung der „ständigen Nachtschicht“ durch Protestmaßnahmen vorerst verhindern konnten. Unser Foto zeigt eine Protestversammlung der Hafenarbeiter am Burchard-Kai. Links im Bild: Wolfgang Weskamp.

Erfolg der IG Druck vor Gericht

Schadensersatzklage im „Times“-Prozeß zurückgewiesen

Ungeheuerliche Beschuldigungen des TER-Druck-Anwaltes

OFFENBACH. — Am vergangenen Freitag wurde die Schadensersatzklage der TER-Druckerei gegen die IG Druck und Papier bzw. ihre drei Funktionäre Balder, Fritz und Wurstius, von der 4. Kammer des Arbeitsgerichts Offenbach zurückgewiesen. Dies ist ein Erfolg der gewerkschaftlichen Solidaritätskampagne, die seit Monaten gegen die arbeits- und strafrechtliche Verfolgung der genannten Funktionäre der IG Druck im Gange ist.

In der TER-Druckerei im Neu-Isenburger Stadtteil Zeppenheim bei Frankfurt wird eine reaktionäre türkische Tageszeitung hergestellt, eine Art „Bild“ für die bei uns lebenden Werktätigen aus der Türkei. Im April 1979 wollten die Verlagsherren der britischen Zeitung „Times“, deren Belegschaft damals gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung streikte und ausgesperrt war, in der TER-Druckerei eine Streikbruchausgabe der „Times“ drucken lassen.

Dies wurde in einem konsequenten Akt internationaler Arbeitersolidarität von der IG Druck verhindert. Die IG Druck rief die Drucker bei TER-Druck zum Streik auf und organisierte gleichzeitig eine zwei Tage währende Demonstration vor der Druckerei.

Daraufhin erstatteten die TER-Verlagsbosse und der bundesdeutsche Zeitungsverleger-Verband Strafanzeige gegen die obengenannten drei IG-Druck-Funktionäre und verklagte sie zugleich beim Arbeitsgericht auf 58200 DM „Schadensersatz“ wegen des entgangenen Geschäfts mit der verhinderten Streikbruchausgabe.

Strafanzeige war wegen Brandstiftung, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch und Nötigung gestellt worden. Diese ungeheuerlichen Vorwürfe waren

total aus der Luft gegriffen. Die Staatsanwaltschaft erhob zwar wegen der völligen Haltlosigkeit der meisten Beschuldigungen „nur“ Anklage wegen Hausfriedensbruch und Nötigung. Es ist jedoch bereits ein Skandal, daß gegen die Gewerkschafter überhaupt Anklage erhoben wurde. Der Prozeß vor dem Landgericht Darmstadt wegen dieser Anklage steht noch aus.

Zu der Arbeitsgerichtsverhandlung in Offenbach waren viele Kollegen aus den Betrieben gekommen, um ihre Solidarität mit der IG Druck und den Kollegen Hans Georg Fritz, Manfred Balder und Heinz-Werner Wurstius zu demonstrieren. Der Rechtsanwalt der IG Druck betonte in der Verhandlung völlig zu Recht: „Hier geht es um das Prinzip der Streikfreiheit“.

Daß die Klage abgewiesen wurde, ist ein wichtiger Erfolg nicht nur für die IG Druck sondern für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Ein Erfolg, der auf die Solidaritätskampagne zurückzuführen ist, die von der IG Druck in dieser Sache schon seit längerem betrieben und die von einer großen Zahl von Kollegen auch aus anderen DGB-Gewerkschaften unterstützt worden war.

Allerdings zeigt die Urteilsbegründung, daß eine prinzipielle Absage an die Kriminalisierung gewerkschaftlicher Betätigung mit dem Offenbacher

Richterspruch keineswegs gegeben ist. Ein wesentlicher Aspekt der Urteilsbegründung lag nämlich in dem Argument, es sei „nicht nachweisbar“, daß die Aktion der IG Druck für die Nicht-Herstellung der Streikbruchausgabe „ursächlich“ gewesen sei.

Daraus läßt sich folgern: falls eine solche „Ursächlichkeit“ nachweisbar ist, wäre eine Schadensersatzklage berechtigt.

Der Anwalt der TER-Druckerei wartete in der Verhandlung mit der ungeheuerlichen Beschuldigung auf, wenn der Streikbruchauftrag nicht zurückgezogen worden wäre, hätte es angesichts des Verhaltens der Streikposten Tote und Verletzte gegeben.

Daran zeigt sich klar, daß die TER-Druck-Bosse nach wie vor hemmungslos auf eine Kriminalisierung der IG-Druck-Funktionäre drängen. Diese Provokationen wurden mit Sicherheit auch im Hinblick auf den noch ausstehenden Strafprozeß gegen die drei IG-Druck-Funktionäre geäußert!

Auf jeden Fall ist es notwendig, daß die Solidarität mit den Kollegen und mit der IG Druck weiterhin verstärkt wird. Dieser Angriff auf das Streikrecht und auf das Recht, gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen durchzuführen, muß restlos zurückgeschlagen werden!



Durch ihre konsequente Solidaritätsaktion konnten die Kollegen der IG Druck und Papier verhindern, daß in der TER-Druckerei eine Streikbruch-Ausgabe der „Times“ gedruckt wurde. Diese Aktion soll jetzt kriminalisiert werden!



Bauerndemonstration von ca. 35 000 Bauern am 14.2. in München

„Wir müssen die Opposition im Bauernverband stärker organisieren“

Interview mit Gerd Coldewey vom „Freien Landvolk“

Angeht das weitere Sinken des Einkommens der bäuerlichen Landwirtschaft (der Bonner Agrarbericht geht für das laufende Wirtschaftsjahr wieder von einem Minus von zwölf Prozent aus), wird die Unruhe und Empörung unter den Bauern immer größer. An den bundesweiten Protestdemonstrationen am 14. Februar beteiligten sich über 150 000 Bauern und am vergangenen Freitag beteiligten sich wiederum über 30 000 zu einer Protestkundgebung in Bonn. Der „Rote Morgen“ sprach aus diesem Anlaß mit dem Verleger der Zeitung „Freies Landvolk“, Gerd Coldewey.

RM: In der Zeitung „Freies Landvolk“ fordert Ihr die Einleitung von wirksamen Kampfmaßnahmen, was ist darunter zu verstehen?

G. Coldewey: Nun, über die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft brauche ich nicht viele Worte verlieren, zwei Zahlen sprechen für sich. In den letzten fünf Jahren ist das durchschnittliche Einkommen aller Vollerwerbsbetriebe in der Bundesrepublik um real 36 Prozent zurückgegangen. Wenn man nun bedenkt, daß die Einkommen der Großbauern und Agrarkapitalisten darin auch enthalten sind, dann liegt die Masse der Bauern noch erheblich unter diesem Prozentsatz. Über 25 Prozent aller Vollerwerbsbauern erzielen noch nicht einmal ein jährliches Reineinkommen von 8000 DM pro Arbeitskraft. Agrarkapitalisten konnten dagegen bis über 80000 DM pro Arbeitskraft und Jahr erzielen.

So wundert es wohl keinen, daß die Unruhe unter den Bauern zugenommen hat und die Verbandsführung vom Deutschen Bauernverband kaum noch in der Lage ist, ausbrechende Kampfaktionen im Zaume zu halten. Im DBV haben die Großen in der Landwirtschaft das Sagen und sie sind nicht an ernsthaften Kampfaktionen interessiert, denn sie können ja auch bei diesen niedrigen Erzeugerpreisen noch erhebliche Gewinne erzielen. Dies ist möglich aufgrund der Rationalisierungen in diesen Großbetrieben, die menschliche Arbeitskraft ist hier um ein Vielfaches produktiver geworden.

Der DBV beschränkt sich immer noch auf Kundgebungen und leichte Demonstrationen. Diese Kampfvariante wird nun schon das dritte Jahr praktiziert, ohne daß eine wesentliche Steigerung der Kampfaktionen von seiten der Verbandsführung erfolgt wäre. Deutlicher kann es eigentlich nicht werden, daß die Verbandsführung an ernsthaften Kampf nicht interessiert ist und diese Kundgebung hauptsächlich den Zweck erfüllen, bei den Bauern den Dampf abzulassen. Jeder halbwegs normale

Mensch würde bei Nichterfüllung der Forderungen langsam die Kampfmaßnahmen verstärken, aber nicht der DBV.

Stattdessen reitet die Verbandsführung auf Forderungen herum, die der bäuerlichen Landwirtschaft nicht entscheidend helfen, den Großbauern und Agrarkapitalisten aber die Gewinne vermehren helfen. Höhere Erzeugerpreise zum Beispiel sind für die kleineren und mittleren Bauern noch längst nicht ausreichend zur Deckung eines gerechten Arbeitsentgeltes, während die Produktivität der Agrarfabriken für diese Kreise noch erheblich tiefere Erzeugerpreise rechtfertigen würden...

RM: Was fordert Ihr denn für die bäuerliche Landwirtschaft?

G. Coldewey: Zuerst waren wir auch etwas auf dem Holzweg und wollten höhere Erzeugerpreise, stellten dies in den Mittelpunkt unserer Forderungen. Jetzt befinden wir uns meiner Ansicht auf dem richtigen Weg und fordern unter anderem die direkte staatliche Förderung der Bauern, die kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften. Die bisherige Förderung der Großbauernschaft und Agrarkapitalisten dagegen soll unterbunden werden. Für den Steuerzahler bedeutet das sogar eine Entlastung, dies weisen wir in der kommenden Nummer vom „Freien Landvolk“ nach. 1977 wurden allein in der EG die Marktordnungen der Agrarerzeugnisse über 24 Milliarden DM ausgegeben, damit könnte jeder Bauer in der EG pauschal über 6000 DM bar auf die Hand bekommen. Rechnet man dann noch all die nationalen Maßnahmen zu, so haben Experten für 1978 ausgerechnet, dann könnte jeder Bauer 10000 DM auf die Hand bekommen und die Haushalte der einzelnen Länder könnten immer noch die Hälfte der Ausgaben sparen. Dieses Geld stecken sich heute die Großbauern und Agrarkapitalisten in die Tasche, eine noch größeren Batzen bekommt die Industrie, die der Landwirtschaft vor- und nachgelagert ist.

RM: Welche Aufgaben stellt sich das „Freie Landvolk“ für

die nächste Zeit?

G. Coldewey: Zunächst einmal möchte ich sagen, daß wir bei den Demonstrationen und Kundgebungen aktiv eingegriffen haben und ich möchte weiterhin allen danken, die uns dabei unterstützt haben. Es wurden etwa 50000 Extrablätter verteilt und annähernd 500 Zeitungen konnten verkauft werden. Die Resonanz darauf war sehr groß, wir konnten zahlreiche Bestellungen unserer Zeitung verzeichnen, viele forderten Probematerial an oder wollten Mitglied werden. Obwohl noch fast täglich Bestellungen eintreffen, sind es bis zum heutigen Tag über 70 neue Abonnenten, die durch unsere Aktion gewonnen werden konnten. Insgesamt sind es über 150 Menschen, die durch unser Extrablatt bewegt wurden und sich direkt an unseren Verlag gewandt haben.

Ich glaube, diese Zahl wird noch beträchtlich ansteigen und dies ist ein Ausdruck für die Unruhe, die unter den Bauern herrscht. Jetzt kommt die Zeit der Feldbestellung, danach kommen die Erntearbeiten. In dieser Zeit wird es meiner Ansicht nach zu großen Aktionen kommen, obwohl die Lage sehr explosiv ist. Wir müssen diese Zeit nutzen, um innerhalb des DBV die Opposition stärker zu organisieren, die dann im kommenden Winterhalbjahr wirksame Kampfaktionen einleitet. Ob es nun den Verbandsführern paßt oder nicht.

Es gibt eine Reihe von positiven Beispielen, in denen Bauern spontan die Sache der freien Landvolkbewegung in die Hand nahmen. Ein Bauer in Hessen bekam zum Beispiel unser Extrablatt und schrieb auf der Grundlage ein eigenes Flugblatt, das er vor der Bauernversammlung im Ort verteilte. Diese und die vielen anderen Verbindungen müssen in der nahen Zukunft ausgebaut werden. Dann wird die bäuerliche Landwirtschaft die kalte Enteignung durch das Kapital zurückschlagen können.

RM: Wir danken für das Gespräch und wünschen Euch für die Zukunft weiteren Erfolg.

Protest in Bonn

30 000 Bauern demonstrierten

Ihren Protest gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung und der EG brachten rund 30000 Bauern aus dem ganzen Bundesgebiet bei einer Kundgebung auf dem Bonner Münsterplatz am vergangenen Freitag zum Ausdruck. Aufgerufen zu der Kundgebung hatte der Deutsche Bauernverband.

Die Kundgebung war schon die zweite große öffentliche Protestaktion der Bauern in diesem Jahr. Bereits am 14. Februar hatten im ganzen Bundesgebiet etwa 100000 Bauern demonstriert. Das ist ein deutliches Zeichen für die große Kampfbereitschaft der Landbevölkerung. Die Bauern haben in den letzten vier Jahren Einkommensverluste von durchschnittlich 30 Prozent erlitten. Für dieses Jahr hat der Agrarbericht der Bundesregierung einen weiteren Einkommensrückgang um 12 Prozent vorausgesagt. Unter diesen Umständen bleiben immer mehr Betriebe der bäuerlichen Landwirtschaft auf der Strecke, weil das zum Überleben Notwendige nicht mehr erwirtschaftet werden kann.

Die Aktionen vom vergangenen Freitag und vom 14. Februar zeigen, daß die Bauern nicht bereit sind, die rapide Verschlechterung ihrer Lebenslage und die zunehmende Ruinierung der kleinen Betriebe kampflos hinzunehmen. Die Kundgebung in Bonn machte aber auch erneut deutlich, daß die Spitze des Bauernverbandes alles versucht, um einer Radikalisierung der werktätigen Bauern entgegenzuwirken. Präsident Heeremann forderte in seiner Rede an die Kundgebungsteilnehmer eine Anhebung der EG-Agrarpreise um 15,3 Prozent (in dieser Woche werden die EG-Landwirtschaftsminister über die Preise beraten) und nationale Stützungsmaßnahmen für die westdeutsche Landwirtschaft.

Zugleich versuchte er, die Bauern mit übler Demagogie gegen andere Bevölkerungsschichten aufzubringen, die angeblich im Gegensatz zu den Bauern bevorzugt behandelt würden. Zum Schluß der Kundgebung stimmte Heeremann sogar das Deutschlandlied an, um zu demonstrieren, daß die Bauern zum Bonner Staat stünden.

Unter den Kundgebungsteilnehmern herrschte insgesamt eine sehr kämpferische Stimmung. Mit großem Interesse reagierten die Demonstranten auf ein Flugblatt des „Freien Landvolks“, das bei der Kundgebung verteilt wurde. Bei den Diskussionen mit den Verteilern gab es viel Zustimmung zu den Forderungen des „Freien Landvolks“ (siehe auch Interview auf dieser Seite).

Bauerndemonstrationen gab es am vergangenen Freitag auch in Italien. 500000 gingen in Rom und in den Regionalhauptstädten auf die Straße, um für höhere Erzeugerpreise zu demonstrieren.



Rund 30 000 Bauern demonstrierten in Bonn gegen die EG-Politik.

EG-Gipfeltreffen

Hochseefischer demonstrieren in Maastricht

Keine Einigung über Fischereifragen

MAASTRICHT. — Mehrere hundert Beschäftigte der westdeutschen Hochseefischerei und der Fischindustrie demonstrierten während des EG-Gipfeltreffens gegen die Verschleppung einer Einigung im Fischereistreit. Anwesend waren auch Vertreter der Gewerkschaften IGM, ÖTV und NGG.

Seit der Einrichtung der 200-Meilen-Schutzzone der EG im Frühjahr 1978 tobt unter den Mitgliedsstaaten der Kampf um die Regelung der Fischereibeziehungen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Abkommen mit Drittländern. Bei dem sich seit Monaten immer mehr zuspitzenden Streit geht es vor allem um ein Abkommen mit der kanadischen Regierung über die Fangerlaubnis in den Gewässern vor Neufundland. An diesem Abkommen ist vor allem die westdeutsche Hochseefischerei interessiert.

Die kanadische Regierung hat die Fangerlaubnis auch schon erteilt. Im Gegenzug verlangt sie die Gewährung von Quoten für die Ausfuhr kanadischen Fisches in die EG. Dagegen wehrt sich vor allem die britische Regierung. Premierminister Thatcher erklärte, für ihr Land als große Fischereination handele es sich hier um eine „Frage vom Standpunkt der britischen Interessen“. Sie verlangt zum einen, daß billige kanadische Fischimporte nicht den britischen Markt überschwemmen dürfen und zum anderen eine Erhöhung der Preise bei den wichtigsten Fischarten um 20 Prozent. Wie in der Frage des Abkommens mit Kanada stößt die britische Regierung auch bei ihrer zweiten Forderung auf den

Widerstand der meisten anderen EG-Regierungen, die eine Preiserhöhung von nur etwa 10 Prozent wollen.

Der Fischereistreit ist nur ein Teil der wachsenden Widersprüche innerhalb der EG. Angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise bröckelt die vielbeschworene Gemeinsamkeit immer mehr ab und es tritt das zutage, was Bundeskanzler Schmidt jetzt in Maastricht als „nationalen Egoismus“ beklagte. Ob auf dem Stahlmarkt, auf dem Agrarmarkt, bei Textil oder Elektronik — jede Regierung unterläuft zunehmend mit allerlei Tricks die gemeinsamen Abkommen, um die Profite der Konzerne in ihrem Land zu retten. Schmidt erwähnte bei seiner Klage natürlich weder die Tatsache, daß die Bundesregierung ebenso verfährt, wie die Regierungen der anderen EG-Länder noch die Tatsache, daß gerade die westdeutschen Monopole besonders an der EG profitiert haben.

Ausgetragen wird der kapitalistische Konkurrenzkampf innerhalb der EG auf dem Rücken der Werktätigen. Das ist auch beim Fischereistreit wieder deutlich geworden. Die Fischsaison vor der kanadischen Küste geht zu Ende. Wenn keine Lösung gefunden wird — auch in Maastricht konnten sich die

Regierungschefs nicht einigen — sind die noch bestehenden 2000 Arbeitsplätze in der westdeutschen Hochseefischerei und weitere mindestens 10000 Arbeitsplätze in den Fischfabriken Norddeutschlands gefährdet.

Was hierzulande gerne verschwiegen wird: Schon vor dem Streit um das Abkommen mit Kanada ging die Arbeitsplatzvernichtung in der westdeutschen Hochseefischerei mit Riesenschritten voran. In den letzten Jahren wurde mehr als die Hälfte der Hochseeflotte stillgelegt oder abgewrackt. Die zum Unilever-Konzern (der zusammen mit der Oetker-Gruppe die Hochseefischerei maßgeblich kontrolliert) gehörende „Nordsee“ läßt heute schon aus Profitgründen über 60 Prozent der Rohware von ausländischen Reedern fangen.

Und diese Arbeitsplatzvernichtung wurde und wird auch noch aus Steuergeldern kräftig subventioniert. Allein im Frühjahr 1980 konnten die Konzerne für die Stilllegung von Fangschiffen zusätzlich 16 Millionen Mark kassieren, Gelder, deren Verwendung an keinerlei Auflagen gebunden war, die also an die Aktionäre ausgeschüttet oder in profitträchtigeren Bereichen investiert werden könnten.

Richter läßt Kunstfreiheit nicht gelten:

Ulrich Leicht in 1. Instanz verurteilt

Berufung eingelegt

Am 24.3. wurde Ulrich Leicht, Geschäftsführer der VOLKSFRONT, wegen seiner Verantwortlichkeit für das „Stier-Plakat“ des VOLKSFRONT-Wahlkampfes in erster Instanz zur Zahlung von 1000 DM verurteilt. Er soll Herrn Strauß beleidigt haben. Die zur Herstellung des Plakats benötigten Materialien sollen vernichtet, die noch brauchbaren Plakate eingezogen werden. Ulrich Leicht legte Berufung ein. Und so kam es zu diesem Urteil:

Zu Beginn des Prozesses erläuterte Ulrich Leicht das Plakat, das Strauß so sehr beleidigt hat, das Plakat, dessen politische Brisanz von bundesdeutschen Staatsanwälten als so bedeutend eingeschätzt wurde, daß sie es schon verfolgen ließen, bevor der „Beleidigte“ überhaupt Strafantrag gestellt hatte.

Die Anklageschrift behauptet, Strauß werde dadurch als Faschist, Reaktionär und Kriegstreiber hingestellt. Das Plakat, so wies Ulrich Leicht nach, tut dies nicht, ganz unabhängig davon, ob eine solche Beurteilung richtig wäre. „Stoppt Strauß“ — diese eindeutig hervorgehobene Losung war eine Wahlkampflosung, die im übrigen nicht allein von der VOLKSFRONT vertreten wurde. Die schon durch ihre geringere Größe davon abgehobene Losung „Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ ist eine allgemeine Losung der VOLKSFRONT, die nicht an Strauß gebunden ist. Sie bleibt die Hauptlosung der Organisation auch nach dem Wahlkampf und taucht als solche auch auf VOLKSFRONT-Veröffentlichungen auf.

Und die Karikatur des Stieres ist wohl eher schmeichelhaft, ist der Stier doch ein Symbol für Kraft und Potenz, wenn auch gepaart mit Unberechenbarkeit. Wenn man weiß, daß Strauß seine Gegner als „Ratten und Schweißfliegen“ bezeichnet hat, als „Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich“ sei usw., so ist die Darstellung des Plakates eine sehr harmlose Entgegnung darauf.

Ulrich Leicht wies darüber hinaus darauf hin, daß die Losung „Stoppt Strauß!“ aktuell bleibt — die Massenverhaftungen von Nürnberg, dieser offene Rechtsbruch, sind ein deutliches Beispiel dafür.

Nach diesen einleitenden Darstellungen machte der Verteidiger, Rechtsanwalt Ahues, dem Staatsanwalt das Angebot, das Verfahren einstellen zu lassen, da offensichtlich keine Beleidigungsabsicht vorliegt. Staatsanwalt Weichert — in Dortmund als politischer Anwalt bekannt, unter anderem aus vielen Prozessen gegen den „Roten Morgen“ — lehnte ab. Er hat wohl auch guten Grund, um seine weitere Karriere zu fürchten, wenn er diesen Prozeß nicht im Sinne der politischen Drahtzieher durchzieht. Denn das was jetzt bereits jedem im Saal klar: Zu dem ganzen Verfahren ist es überhaupt nur gekommen, weil politische Interessen dahinterstehen. Unter anderen Vorzeichen würde ein so gelagertes Verfahren von keinem Gericht zugelassen.

Nach der Ablehnung stellte Rechtsanwalt Ahues einen wichtigen Beweis an. Es geht dabei darum, daß das Plakat ein Kunstwerk ist, in Form einer Karikatur, geschützt nach den Bestimmungen über die Freiheit der Kunst — Grundgesetz, Artikel 5, Absatz 3. Ein wichtiger Gesichtspunkt, denn: „Ein

Kunstwerk ist anderen Schranken unterworfen als eine einfache Meinungsäußerung“. (Rechtsanwalt Ahues) Der „Rahmen des Erlaubten“ ist weiter gesteckt, er geht über die der „freien Meinungsäußerung“ durch die „Beeinträchtigung allgemeiner Grundrechte“ gesetzten Grenzen hinaus.

Der Beweis antrag beinhaltet die Ladung des Bremer Professors Waller als Sachverständiger zu zwei Punkten:

a) Es soll anhand von Plakaten der letzten hundert Jahre die Verwendung der Karikatur in der politischen Auseinandersetzung dargestellt werden
b) ein Vergleich mit anderen Karikaturen über Strauß, die im Verlauf seiner politischen Tätigkeit in der Bundesrepublik angefertigt und nicht verboten wurden, soll beweisen, daß es sich bei der Darstellung auf dem VOLKSFRONT-Plakat um eine „eher milde bzw. harmlose Karikatur des Dr. h.c. Strauß“ handelt.

Professor Waller hat an einer zu Beginn der 70er Jahre herausgegebenen „Strauß-Mappe“ mitgearbeitet.

Das Gericht lehnte den Antrag ab. Begründung: Man sei selbst „sachkundig genug, um die im Antrag der Verteidigung angeschnittene Frage beurteilen zu können“. Warum das Gericht so entschieden und was es mit seiner „Sachkenntnis“ auf sich hat, sollte sich später bei der Urteilsverkündung zeigen!

Die Plädoyers

Unbeeindruckt von den bisherigen Ausführungen las der Staatsanwalt sein vorgefertigtes Plädoyer ab. Für ihn hätte man gar nicht zu verhandeln brauchen; er ging auf keinen einzigen Gesichtspunkt ein, der neu eingebracht worden war, das Problem der Kunstfreiheit etwa berührte er gar nicht. Es ist schon ungeheuerlich, wie leicht es sich der staatliche Ankläger bei dem Versuch machen kann, einen Menschen bestrafen zu lassen. Und wie leicht solche Leute ihr Geld verdienen, nach dem Motto: den Seinen gibt's der Herr im Schlaf...

Für Herrn Weichert bleibt die Aussage des Plakates „geeignet, das Ehrgefühl des Herrn Strauß zu verletzen“. Besonders schlimm ist es nach seiner Ansicht, daß Strauß im Zusammenhang mit dem Begriff des Faschismus gebracht worden sei. So etwas, meinte er, dürfe man gar nicht machen, das sei immer eine Diffamierung. Daß Strauß selber ganz anders darüber denkt — er hat ja selbst seine Gegner als „Schüler Goebels“ verleumdet — interessiert ihn nicht, zu Äußerungen von Strauß stünde die Aussage des Plakats „nicht im Verhältnis“. Er forderte eine Geldstrafe von 4500 Mark.

Kann man Strauß beleidigen?

Rechtsanwalt Ahues wies in seinem Plädoyer unter anderem

eindeutig nach, daß der Stier „keine aus dem normal üblichen Kennzeichnungsrahmen herausfallende Karikatur“ ist. Er brachte Beispiele, wo Strauß von anderen etwa als Wolf (= „hinterlistig, gemein, heimtückisch“) oder auch direkt als Stier dargestellt wird.

Zur Frage der „Ehrverletzung“ führte er aus, daß hier erst einmal der Ehrbegriff zu klären sei. Wichtig ist nicht nur, was einer von sich selbst hält. Die gesellschaftliche Bewertung spielt eine entscheidende Rolle. Wie der Große Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) festgestellt hat, geht es bei der strafrechtlichen Verfolgung von Ehrverletzungen auch um den Schutz eines „guten äußeren Rufes“ — sofern dieser vorhanden ist.

„Was für einen Ruf, stellt sich die Frage, hat denn Herr Dr. h.c. Franz Josef Strauß?“ — das fragte RA Ahues. Und: „Ist da eigentlich noch — und wenn ja, was — etwas zu beleidigen?“

Im Gegensatz zu StA Weichert stellte er klar, daß es nicht immer unangebracht ist, Vergleiche zur Nazizeit zu ziehen.

„Gerade weil es 6 Millionen in den Gaskammern gegeben hat; gerade weil es die Kriegsverbrechen gegeben hat, und gerade weil es all die anderen Greuelthaten gegeben hat, ist es notwendig, eine höchste Sensibilität dafür zu entwickeln, daß sich etwas in Parallelität zu 1933 entwickeln könnte!“

Professor Walter Jens charakterisierte Strauß' Auftreten im September 1981 so: „Das ist der Stil von 1932. Er (Strauß) ist es, der sich der Sprache der Unmenschlichkeit bedient.“

Angesichts all dessen kann das Plakat wirklich nicht als Beleidigung gewertet werden.

Nochmals unterstrich der Verteidiger die Bedeutung des „Kunstvorbehalts“: „Ein engagierter Künstler wird die bestehenden Verhältnisse nicht nur beschreiben, sondern auch verändernd wirken. Dabei gerät er notwendigerweise in Konflikt zur Macht. Würde das unter Strafe gestellt, dann wäre das das Ende der Kunst, das Ende der Literatur... Ein Schöpfungsverbot für Künstler käme einem Denkverbot gleich, denn schließlich ist die Mitteilung der Zweck des Denkens überhaupt.“

Und er führte Beispiele an, wie Kunst unterdrückt worden ist, u.a. die Aussage Kaiser Wilhelms, für den der Naturalismus schlicht „keine Kunst“ oder „Rinnsteinkunst“ war — und deshalb verfolgt wurde.

Eine absurde Begründung

Eine derartig absurde Urteilsbegründung, wie sie der Richter lieferte, bekommt man selten zu hören.

Die „Grenze des Zulässigen“ sei „in einem Teilbereich knapp überschritten“ — und zwar nicht in der auch vom Gericht behaupteten angeblichen Gleichsetzung von Strauß mit Reaktion, Faschismus und Krieg — das sei noch zulässig! —, sondern in der Stierdarstellung — der Stier sähe Strauß von der Figur her sehr ähnlich!

Die Zuschauer spitzten die schon die Ohren, als der Richter sagte: „Wenn es sich um eine Ka-

rikatur handeln würde, dann...“, dann wäre das etwas anderes. Aber: „Das ist keine Karikatur“ — sondern „ein gezielter politischer Angriff“. Wodurch dieser Angriff erfolgte, wenn nicht durch eine Karikatur, weiß nun keiner; eine Farbfotografie ist es schließlich — bei aller Ähnlichkeit — auch nicht. Das zu ergründen, hielt das Gericht auch nicht mehr für

nötig, auf jeden Fall sei es keine Karikatur und deshalb keine Kunst und deshalb verboten. Der Richter als kleiner Kaiser Wilhelm?

Der Richter sah sich noch veranlaßt, zu betonen, er und auch die Schöffen seien mit Strauß gar nicht einverstanden. „Gerade deshalb“ aber fühle sich das Gericht berufen, über die „Einhaltung bestimmter

Formen“ zu wachen — ein politischer Kniefall vor Strauß.

Die Berufungsverhandlung bietet bei diesem Urteil gute Erfolgsaussichten. Mit ziemlicher Sicherheit wird es auch zur Hinzuziehung eines Sachverständigen kommen. Man kann gespannt sein, was sich Justitia dann einfallen läßt!

Hetzschriften und Waffen bei bundesweiter Aktion gefunden

Nazi-Propagandist als Polizeichef

Alle Faschisten auf freiem Fuß

BONN/RECKLINGHAUSEN. — Bei einer bundesweiten Hausdurchsuchungsaktion stellte die Polizei in etwa 450 Wohnungen faschistisches Propagandamaterial und Schusswaffen sicher. Festgenommen wurde keiner der Faschisten. Unter den Nazis befindet sich auch der Polizeichef von Recklinghausen, Ernst Albrecht Lohmüller.

Beantragt wurden die Maßnahmen von der Staatsanwaltschaft Stuttgart, bei der drei Verfahren gegen sogenannte Zwischenhändler des Hetzmaterials anhängig sind. Darunter auch das Ermittlungsverfahren gegen den NSDAP/AO-Führer Gary Rex Lauck (USA). Große Mengen Propagandamaterial wurden sichergestellt, Schallplatten, Kassetten, Flugblätter, Bücher („Es gab keine Gaskammern“, „Die Auschwitz-Lüge“ in verschiedenen Sprachen usw.). Außerdem mehrere Schusswaffen: sieben Gewehre vom Typ „98K“, sechs Pistolen und Munition bei Ulm, zwei Karabiner in NRW und ein Karabiner im Saarland.

Es ist bezeichnend, daß wiederum kein einziger Faschist festgenommen wurde. Es steht den Beteiligten an der Verbreitung kriegshetzerischer, rassistischer und volksverhetzender Propaganda in Westdeutschland, den Vorbereitern neuer faschistischer Gewalttaten also frei, sich einem Verfahren zu entziehen.

Sehr bezeichnend ist die Aufdeckung der Rolle, die der Recklinghäuser Kripo-Chef Lohmüller in diesem illustren Kreis spielte. Neben der Verteilung von Propagandamaterial hat er sich auch als Finanzier der Faschisten betätigt. Seine Sym-

pathie für die Neonazis ist übrigens keine neue Entdeckung. Und sein Sohn Ingo war einer der beiden Bundeswehroffiziere, die in Uniform an der Beerdigung des Hitler-Nachfolgers und Kriegsverbrechers Dönitz teilgenommen hatten. Die Recklinghäuser Polizei hat sich auch schon mit brutalen Einsätzen gegen Antifaschisten hervorgetan, so im Januar zum Schutz eines Treffens des „Deutschen Freundeskreises“. Lohmüller wurde inzwischen vorläufig vom Dienst suspendiert, „bis zur Klärung der Angelegenheit“, wie es hieß. Zu klären kann doch wohl nur das Ausmaß seiner verbrecherischen Tätigkeit sein. Lohmüller darf seinen Posten nie wieder antreten! Und er ist bekanntermaßen nur ein Beispiel für die faschistische Gesinnung westdeutscher Polizeioffiziere.



Über 1000 Frankfurter Antifaschisten demonstrierten am 21. März zum wiederholten Male für die Schließung des Nazi-Buchladens in Frankfurt-Bornheim, Zentrum für Terrorbanden wie die VSBD und Nazi-Ideologen wie den jetzt verurteilten Erwin Schönborn. Die Partei und die VOLKSFRONT beteiligten sich an der Demonstration, die mit einer Kundgebung in der Nähe des Buchladens abgeschlossen wurde.

32 Monate Haft für Schönborn

Der Kampf gegen den Nazi-Terrorismus in Frankfurt geht weiter

FRANKFURT. — Der Nazi-Propagandist Erwin Schönborn wurde am 26.3. wegen Beleidigung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, versuchter Nötigung, übler Nachrede und Volksverhetzung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt.

Schönborn, der mit dem Schlagwort der „Vergasungslüge“ die Greuel der Hitler-Faschisten zu leugnen versuchte und besonders bei Jugendlichen ein faschistisches Weltbild verankern wollte, ist einer der Chefideologen der Neonaziszene in Westdeutschland. In Frankfurt und Umgebung ist er seit Jahren damit beschäftigt, Nachwuchs für die faschistischen Mord- und Terrororganisationen wie die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“, zu der auch der Doppelmörder Frank Schubert gehörte, zu rekrutieren und ideologisch auszurichten. Dieser Mann, der immer seine „Gewaltlosigkeit“ herausstreicht, ist mitverantwortlich für die Bluttaten der braunen Verbrecher. Sein Wirken wurde ermöglicht durch das Wohlwollen der bundesdeutschen Behörden, die sein seit langem bekanntes Treiben gestatteten, ebenso wie sie dem Treiben der Mörder zusahen und weiter zusehen, ohne ernsthafte Schritte dagegen zu unternehmen.

Um eine Verurteilung Schön-

borns kamen sie nun nicht mehr herum. Für die Vielzahl der nachgewiesenen Straftaten ist das Urteil allerdings sehr milde. Noch vor Gericht war Schönborn ausgiebig Gelegenheit zu faschistischer Propaganda gegeben worden. Das Gericht entwürdigte sich beispielsweise so weit, für die unstrittige Tatsache der Judenvernichtung eine Sachverständigen zu bemühen, um dies vor Gericht zu „beweisen“. Schönborn konnte das zu einer eigenen Fragestunde

ausnutzen, ohne vom Gericht unterbrochen zu werden. Seine unverschämten und provokatorischen Fragen und Behauptungen, die eine erneute Beleidigung der Nazi-Opfer darstellten, wurden damit als Versuch der Wahrheitsfindung hingestellt.

Frankfurt ist weiter ein Zentrum der neofaschistischen Bewegung. Der Kampf dagegen muß mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden. Ihre Entschlossenheit dazu bekundeten Frankfurter Antifaschisten u.a. am 21.3. mit einer Demonstration für die sofortige Schließung des Nazi-Buchladens im Bornheim.

Haftentschädigung für Hoffmann?

MÜNCHEN. — Im Rahmen einer Befragung zu den Massenverhaftungen in Nürnberg erklärte F.J. Strauß, falls in diesem Zusammenhang die Frage einer Entschädigung unschuldiger Verhafteter aufgeworfen würde, müsse das auch für die Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ gelten, die nach dem Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest festgenommen wurden. Diese Terrori-

sten, in deren Reihen der Mörder Gundolf Köhler seine Ausbildung erhalten hat, waren von den bayrischen Behörden wieder laufen gelassen worden. Wider besseres Wissen bescheinigte man ihnen, „unschuldig“ an dem Massaker zu sein. Diesen Skandal benutzt Strauß jetzt dazu, die Nazi-Verbrecher mit den Nürnberger Jugendlichen gleichzusetzen!



Kampfbereite Polizisten haben die Demonstranten eingekesselt. Gleich beginnt die Knüppelei.

Auch in Mannheim:

Wohnraumvernichtung polizeilich geschützt

Volkskorrespondenz

Ein sehr starkes Polizeiaufgebot und Polizeiterror bestimmten am 13. März das Straßenbild der Mannheimer Innenstadt. Passanten, die an diesem Abend in der Innenstadt unterwegs waren, zeigten sich entsetzt über das Aufgebot der Polizei: drei Hundertschaften, ausgerüstet mit Helmen, Schutzschildern und Knüppeln, Beamte des Sonderinsatzkommandos, Reiterstaffeln, Hundestaffeln und andauernd Zivilfahrzeuge der Polizei, die die ganze Innenstadt kontrollierten.

Angesichts der verheerenden Wohnraumsituation in Mannheim und der Politik der Mannheimer Stadtverwaltung war eine Initiative „Hausbesetzung“ entschlossen, an diesem Abend ein leerstehendes Gebäude zu besetzen. Gemäß den Worten des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth, wird es in dem Land keine Hausbesetzungen geben, und die „Ordnungskräfte“ werden sie im Keim ersticken. Mit welchen Mitteln und welcher Brutalität das geschehen soll, sah man an diesem Abend. Zuvor wurde von seiten der Mannheimer Lokalpresse im Vorfeld gegen die geplanten Hausbesetzungen gehetzt, um die Besetzer von der Bevölkerung zu isolieren und in der Mannheimer bestehenden Wohnungsnot abzulenken. Stunden vor der Aktion war die Mannheimer Innenstadt im Belagerungszustand, die Häuser waren bereits von 50 kampfbereiten Polizisten besetzt. Nach einer Veranstaltung des Kabarets „Die 3 Tornos“ formierte sich der Demonstrationsszug und marschierte zu den Objekten. Während der Demonstration kam es zu einzelnen Provokationen der Polizei, die an der Kreuzung K3/J2 in einem Angriff der Polizei endete. Mit Suchscheinwerfern wurden die Demonstranten angeleuchtet, und als ein Pferd durchging, war dies der Anfang des blindwütigen Prügeleinsatzes der Polizei. Was ihr in den Weg kam, wurde mit Knüppeln aus dem Weg geräumt.

Auf Seiten der Demonstranten gab es viele Verletzte. Bei Hilfsaktionen wurden dann auch noch die Helfer zusammengeschlagen. Auch vor älteren, unbeteiligten Passanten wurde nicht haltgemacht. Nachdem die Polizei mit Knüppeln und Pferden die Demonstration zerschlagen hatten und die Demonstranten sich hektisch verstreut hatten, wurden Trupps losgeschickt und auf die durch die Stadt ziehenden Demonstranten gehetzt. Was den Polizisten ein Menschenleben wert war, zeigte sich darin, daß sie ohne Hemmungen in ihren

Autos auf die Demonstranten losfahren.

Bis in den Morgen ging die Hetzjagd, wobei viele Demonstranten Opfer des brutalen Polizeiterrors wurden. Am nächsten Tag formierte sich in der Stadt wiederum ein Demonstrationsszug unter dem Eindruck der Ereignisse des Vorabends. 500 Leute demonstrierten gegen den Polizeiterror und die Wohnungsnot. Hier kam es wiederum zu Provokationen von seiten ziviler Beamten, die sehr schnell Unterstützung von knüppelbereiten Uniformierten bekamen. Insbesondere galt der brutale Angriff Personen, die mit einem Photoapparat unterwegs waren, selbst auf Pressephotographen wurde blindwütig eingeschlagen. Nach einigen Festnahmen und der gewaltsamen Zerstreuung der Demonstration, formierten sich die Demonstranten einige Zeit später vor dem Polizeipräsidium Mannheim und forderten die sofortige Freilassung der Festgenommenen. Nach einer langen Zeit des Wartens wurden diese freigelassen, sehr stark gezeichnet durch die Polizeiknüppel.

Vielen Bürgern öffnete diese Polizeiaktion die Augen, wie die Bourgeoisie Probleme der Bevölkerung löst. Sie waren entsetzt, und die älteren Bürger erinnerten sich an die Zeiten des Hitler-Faschismus. Sie zeigten auch Verständnis für die Aktionen der Jugend.

Die Gründe für Hausbesetzungen sind die gleichen, wie in anderen Städten. In Mannheim suchen derzeit 10000 bis 12000 Menschen eine Wohnung, 7000 stehen in der Kartei für Sozialwohnungen. Davon suchen ca. 4000 ausländische Kollegen und Familien ein Dach über dem Kopf.

Doch was macht die Stadtverwaltung? — Einerseits brüstet sie sich mit den in den letzten Jahren errichteten Ghettos wie Herzogenried und Vogelstang, wo auf engstem Gebiet zu überhöhten Preisen Tausende von Menschen leben, oder mit Gebäuden wie dem zur Bundesgartenschau errichteten Collini-Center, wo die Hälfte der Wohnungen leerstehen, weil kein Arbeiter diese Preise bezahlen kann. Eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit ca. 60 qm ist nicht unter 600 DM ohne Nebenkosten zu bekommen.

Viele Kollegen, die in den Herzogenried oder die Vogelstang gezogen sind, klagen über die andauernden Mietsteigerungen, die von der „gemeinnützigen“ Baugesellschaft in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. In einem Zeitraum von acht Jahren erhöhte

sich der Preis für eine Sozialwohnung um 98 Prozent. Auf der anderen Seite wird von der Stadt ein Sanierungsprojekt geplant, das einerseits an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht und andererseits den Wohnungsbaugesellschaften den Weg zu neuen Profiten öffnet. Im Arbeiterstadtteil Neckarstadt wird in den kommenden Jahren ein Sanierungsprojekt durchgeführt, das zur Wohnraumvernichtung zugunsten von Straßenverbreiterung führt, und viele alte Mitbürger, die schon Jahrzehnte in den Wohnungen leben, vertreibt. Doch an eine sinnvolle Sanierung im Interesse der Bevölkerung ist nicht gedacht. Dazu subventioniert die Stadt Mannheim noch Projekte, wo Spekulant Häuser verfallen lassen, um dort für Geschäfte, Bürohochhäuser usw. Platz zu machen und damit das ehemalige Stadtbild zerstören.

Der Zorn der Jugendlichen entzündete sich an dem Abriss mehrerer älterer Häuser, wodurch 50 Wohnräume vernichtet und der Platz für ein neues Verwaltungsgebäude der Mannheimer Verkehrsbetriebe freigebracht wird.

In den Diskussionen um den Haushalt der Stadt Mannheim zeigte der SPD-Oberbürgermeister Varnhold sein Gesicht: In einer Zeitung, die von der Stadtverwaltung herausgegeben wird, schreibt er in einem Vorwort: „Zu meiner Freude kann ich nunmehr nach den Etatberatungen des Gemeinderats feststellen, daß dieser ein Bauprogramm für die Jahre 1981/82 in Gang gesetzt hat, das meinen Vorschlägen entspricht.“ Seine Vorschläge sind, in den nächsten Jahren 490 Wohnungen zu erstellen, die teilweise nach dem Bauherrenmodell finanziert werden. Angesichts der bestehenden Wohnungsnot in Mannheim ein glatter Hohn gegenüber den Werktätigen. Doch Diskussionen um einen Neubau des Rathauses und anderer ähnlicher Einrichtungen stehen im Vordergrund, und Finanzierungsmöglichkeiten sind vorhanden.

Kein Wunder, daß Jugendliche solche Aktionen unternehmen, wenn sie die Politik der Stadt sehen, den Polizeiterror erleben und mit Beklemmung die Ereignisse in Nürnberg und Freiburg sehen, mit deren Opfern sie sich solidarisieren.

- Schluß mit dem Polizeiterror!
- Keine Kriminalisierung von Hausbesetzern und Demonstranten!
- Für bessere Wohnungs- und Sanierungspolitik
- Gegen die Profitpolitik der Konzerne!

Verteidiger im Majdanek-Prozeß:
„Ich hätte genau so gehandelt!“

Freispruch für Strippel und Villain gefordert

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf

DÜSSELDORF. — Im Majdanek-Prozeß forderten gestern die beiden Verteidiger des Angeklagten Arnold Strippel Freispruch für ihren Mandanten. Strippel wird Beihilfe zur Ermordung von 41 sowjetischen Kriegsgefangenen 1942 im KZ Majdanek vorgeworfen. Strippel habe sich zur Tatzeit jedoch nicht im Lager, sondern in seiner Wohnung in Lublin aufgehalten. Die ihn belastenden Zeugenaussagen widersprächen sich und hätten somit keine Beweiskraft — so die Anwälte.

Zu einem Eklat kam es, als Rechtsanwalt Löbe eine Stelle der Anklageschrift, die sich auf Strippels bemerkenswerte KZ-Karriere, die menschliche Gefühle und Anstand ausschloß, bezog, konterte, indem er erklärte, mit Gefühlsduselei und Anstand brächte man es auch nicht zum Oberstaatsanwalt. Die beiden Staatsanwälte beantragten daraufhin, diesen Passus als Beleidigung eines Berufsstandes ins Protokoll aufzunehmen. Diese Empörung ist insofern bemerkenswert, da wegen der Verhöhnung der Opfer und der Ausfälle in den bisherigen Verteidigungsplädoyers bisher kein ähnlicher Antrag gestellt worden war. Das Gericht beriet in einer Kaffeepause und lehnte den Antrag selbstverständlich ab.

Abgesehen von seinem Mandanten verteidigte Rechtsanwalt Löbe auch gleich die Erschießung der Kriegsgefangenen. Sie seien nicht erschossen worden, weil sie Untermenschen waren, sondern um die vorhergegangene Flucht von 90 Mitgefangenen zu vertuschen. Also „keineswegs aus niedrigen Beweggründen“!

Rechtsanwalt Löbe schloß seinen Vortrag mit der Feststellung, Strippel sei schon mehrmals Opfer von Fehlurteilen geworden. Zeugen hätten wiederholt berichtet, man hätte mit Strippel „vernünftig reden können“, bei Strippel sei immer alles „glatt über die Bühne gegangen“.

Der Vortrag von Rechtsanwalt Pitz hob sich von allen vorherigen Verteidigerplädoyers als bisher sachlichster ab. Pitz nannte den Prozeß einen politischen Prozeß. Der Presse warf er vor, ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden zu sein. Er beklagte, daß die Pressebank lediglich zu Prozeßanfang besetzt gewesen sei und, daß oftmals im „Regenbogen-Stil“ berichtet wurde, wobei die Angeklagten leider „vorverurteilt“ worden seien und Nebensächlichkeiten die politische Brisanz des Prozesses überdeckt hätten. Keiner der Journalisten habe darüber geschrieben, wie es zu den hier verhandelten Verbrechen kommen konnte. Während hier die Angeklagten als Sündenböcke bzw. stellvertretend für über 1300 Mann der Lager-SS von Majdanek herhalten mußten, habe der „Spiegel“ über einen großen Prozeß gegen Bundesbürger mit geschlossenem rechtsradikalem Weltbild sowie steigender Bereitschaft zur Gewalt bei Rechtsextremisten berichtet. Der Prozeß sollte helfen, „den Anfängen zu wehren“. Im allgemeinen hätte die Presse jedoch „den linken Terror hochgespielt und den Terror von rechts verharmlost“. Der Prozeß, so Rechtsanwalt Pitz, hätte schon vor zehn

bis 15 Jahren stattfinden müssen. Die Verantwortung für den späten Termin hätten jedoch in erster Linie die westdeutschen Behörden, denen es an Interesse an den von den Staaten Osteuropas seit langem angebotenen Material mangelte. Pitz war auch der einzige, der für seinen Mandanten nicht den „Befehlsnotstand“ geltend machte. Dennoch — auch er forderte Freispruch.

kerschlagen“ nicht mehr unterscheiden lassen! Wenn man ihn heute frage, ob er anstelle seines Mandanten genauso gehandelt hätte, müsse er ehrlicherweise mit „ja“ antworten!

Obwohl man spätestens Ende '44 wußte, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, hätten die deutschen Soldaten dennoch weitergekämpft, „um die Heimat vor dem Bolschewismus zu retten“.



Zu Strippel ist noch zu sagen, daß er — der neben Hackmann die höchste Verantwortung im Lager selbst trug —, ebenso wie Hackmann in diesem Prozeß auch andere mit reinreißt. Beide haben hier Aussagen von Mitangeklagten in Zweifel gezogen, während unter den anderen allgemein gilt, daß keiner den anderen belasten darf. Das ist denen scheinbar, die haben am meisten Dreck am Stecken, und die versuchen nur, ihre Haut zu retten.

Im Laufe der heutigen Verhandlung plädierten die Anwälte des Angeklagten Villain auf Freispruch. Der Haupttäter hieß Adolf Hitler bzw. sei der SS-Staat gewesen. Demnach könne sich Villain nicht der Mitäterschaft, sondern höchstens der Beihilfe schuldig gemacht haben. Aber auch hier seien die Zeugenaussagen höchst zweifelhaft. Rechtsanwalt Hüssel malte ausführlich das Grauen des Krieges aus. Greuel habe sich an Greuel gereiht, Recht und Unrecht hätten sich in diesem „Völ-

Sein Rechtsanwaltskollege verglich die Massenmorde der SS mit der Legalisierung der Abtreibung in der heutigen Bundesrepublik. Er forderte die Richter auf, bei der Urteilsfindung im Falle Villain „Recht“ zu sprechen, auch gegen das geschriebene Recht der Verjährungsaufhebung in Bezug auf Mord und Beihilfe zum Mord. Sie sollten „Gerechtigkeit üben“, in der Überzeugung, daß die Aufhebung der Verjährung „zwar Gesetz, aber Unrecht“ darstelle. Für den Fall, daß das Gericht seinen Mandanten Villain dennoch bestrafen wolle, plädierte er für höchstens zwei Jahre Freiheitsentzug, der zur Bewährung ausgesetzt werden solle.

— Soweit zu den beiden Plädoyers. Wir machen in der nächsten Woche einen Bericht zu der Gesamtakt der Verteidiger, den wir euch dann schicken. Dieser Bericht geht übrigens auch an die „Neue“. Bis demnächst also!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr☐ für 1/2 Jahr☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellenhofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Will die IGM auf den Wegfall der Lohngruppe 2 verzichten?

Frauen kämpfen für Frieden und gerechten Lohn

Bericht von einem Mitglied der „Frauengruppe Kiel“

Wir hatten uns am 8. März Schwerpunkte gesetzt zu betrieblichen Forderungen — voran: „Die Lohngruppe 2 muß weg!“ — und die Forderung „Keine Atomwaffenlagerung in der BRD!“.

Zur Abschaffung der Lohngruppe 2 haben wir auf Unterschriftenlisten der IGM trotz strömenden Regens 68 Unterschriften gesammelt. Diese Unterschriften werden wir heute mit einem Kommentar an die IGM zurücksenden. Und das werden wir mit einer deutigen Kritik an dem Verhalten der Gewerkschaft gegenüber dieser Forderung verbinden: Wir haben nämlich den Eindruck gewonnen, daß es der IGM von vornherein mit ihrer Durchsetzung nicht ernst war. Mitglieder unserer Gruppe von AFG, Siemens, Hagnuk und anderen Betrieben berichteten, daß dort die Unterschriftenlisten beim Betriebsrat liegenblieben und nicht einmal an die Vertrauensleute weitergegeben wurden. Wir erwarten auf unseren Brief eine Antwort der IGM. In diesem Rahmen erscheinen uns auch die Warnstreiks hauptsächlich als Ablenkungsmanöver. In den Zeitungen ist immer häufiger zu lesen, daß die Abschaffung der Lohngruppe 2 in dieser Tarifrunde wohl nicht durchkommen wird. Die in der IGM organisierten Frauen unserer Gruppe werden auch schlecht oder überhaupt nicht informiert von ihren Gewerkschaftsgremien.

Wir beharren natürlich wei-

ter auf unserer Forderung. In unserer Gruppe sind etwas mehr als die Hälfte der Frauen berufstätig und gewerkschaftlich organisiert. Für die anderen war es ganz klar, daß sie die Forderung aus Solidarität unterstützen haben.

Die IGM hat am 8. März überhaupt keine Unterschriften gesammelt. Stattdessen haben

7. März, zu der 17 Frauengruppen aufgerufen hatten, wurde von der IGM boykottiert. Diese Demonstration, die in der Kieler Innenstadt begann und endete, war sehr gut und ansprechend. Trotz des sehr regnerischen Wetters nahmen etwa 350 Frauen und einige Männer daran teil.

Schlimm war auch, was sich am Abend des 7. März im Le-

selbst mit dem DGB nichts zu tun hat. Aber es ist doch ein Skandal, daß sich so etwas im Gewerkschaftshaus abspielen kann!

Übrigens wird sich unsere Frauengruppe in etwa einem Monat als eingetragener Verein konstituieren. (Unsere Gruppe ist die größte Frauengruppe in



die IGM-Frauen an diesem Tag eine Ausstellung zur Geschichte der Arbeiterbewegung gezeigt (die war allerdings sehr gut). Hildegard Detlefs hielt ein kurzes Referat zum 8. März, und weil ihnen dann nichts mehr einfel, wurde ein Dia-Vortrag zum 1. Mai gehalten. Eine Schande!

Auch die Demonstration am

gienhof, dem Restaurant im DGB-Gewerkschaftshaus, abspielte. Hier holte der Wirt um Mitternacht die Polizei, um das Fest beenden zu lassen, obwohl uns der Saal bis weit über Mitternacht hinaus zugesichert worden war. Auch dagegen haben wir beim DGB protestiert, auch wenn das Lokal an den Wirt verpachtet ist, der

Kiel.) Da wird ein Bericht über unsere gesamte bisherige Arbeit vorgelegt und unser überarbeitetes Programm verabschiedet. Wir wenden uns dann nochmal an die Presse — auch an den „Roten Morgen“ — und hoffen, daß ihr dann darüber wieder berichtet.

Wird gemacht! (Red.)

Über die Vorbereitungen des 8. März heißt es in einer Erklärung Kieler Frauengruppen:

Gemeinsam werden wir unsere Ohnmacht in Stärke verwandeln

Unter diesem Motto trafen wir uns, 40 Frauen aus 17 Kieler Frauengruppen (Frau staune), um erstmals hier in Kiel den Internationalen Frauentag am 8. März und die internationale Aktionswoche „Frauen für Frieden“ gemeinsam zu gestalten. Mit viel Elan, Spaß und Ideen sind wir an die Arbeit gegangen. Es ist für uns ein tolles Erlebnis, daß wir als Frauengruppen unsere Anliegen gemeinsam an die Öffentlichkeit bringen.

Leider durfte die 18. Kieler Gruppe, die DGB-Frauen, sich an unseren Aktivitäten nicht beteiligen. Da der DGB-Bundesvorstand gemeinsame Veranstaltungen zum 8. März mit (Zitat) „anderen gesellschaftlichen Gruppen“ untersagt hat. Uns wurde lediglich zugetragen, wir könnten ja unter der Schirm-Herr-Schaft des DGB den 8. März begehen (selbstverständlich ohne daß man(n) uns erwähnt hätte). Wir hoffen, daß wir trotzdem mit vielen DGB-Frauen zum Internationalen Frauentag demonstrieren.



Wie hier in Ildar-Oberstein stehen in den Metalltarifverhandlungen aller Tarifgebiete Frauen und Männer gemeinsam im Kampf für mehr Lohn und die Streichung der unteren Lohngruppen. Es besteht allerdings, wie der Bericht aus Kiel zeigt, die Gefahr, daß Gewerkschaftsbözen wieder auf die Durchsetzung der Forderung „Weg mit der Lohngruppe 2!“ verzichten wollen, um mit den Unternehmern einig zu werden — statt die Kolleginnen und Kollegen zum kompromißlosen Kampf zu mobilisieren, für den unter den Belegschaften die Stimmung und Bereitschaft durchaus vorhanden ist.

„Stahlwerk jetzt!“

Am Kampf gegen den geplanten Tod der Stahlstadt Dortmund, gegen die Entlassung von über 10000 Beschäftigten der Hoesch-Werke stehen die Frauen in den vordersten Reihen. Auch die spektakuläre Aktion bei der letzten Aufsichtsratsitzung in der Hauptverwaltung, als Kollegen mit einem schwarzen Sarg in den Sitzungssaal zogen und dem Vorstand bedeuteten, daß der von ihm vorgelegte Plan zur Vernichtung von 7000 Arbeitsplätzen schnellstens beerdigt gehört, wurde von Frauen unterstützt. Die Frauengruppe Hörde demonstrierte mit einem Transparent ihre Solidarität mit den kämpfenden Kollegen.



Hier ist die Emanzipation zur Realität geworden

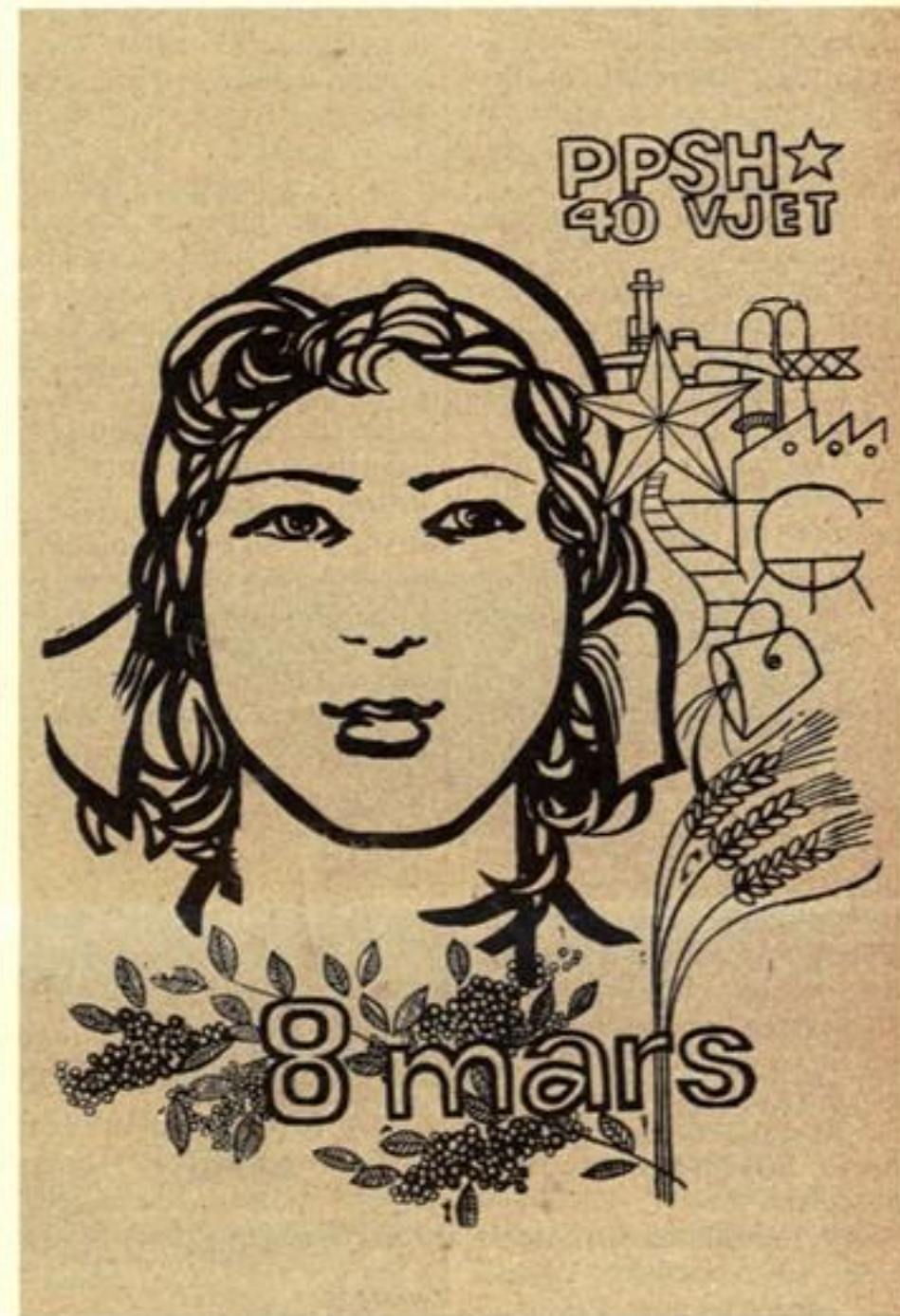
Der 8. März im sozialistischen Albanien

TIRANA. — (ata) Aus Anlaß des 8. März, des internationalen Frauentages, organisierte das Präsidium des Generalrats des albanischen Frauenverbandes ein erweitertes Treffen unter dem Thema: „Die Frauen — eine bedeutende Kraft im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben des Landes“.

Solche Versammlungen und andere politische und kulturell-künstlerische Aktivitäten, wie etwa Treffen mit Veteraninnen der Frauenorganisation, Besuche von Museen der Frauenorganisation usw. wurden in den verschiedenen Bezirken veranstaltet.

von einer begrenzten Anzahl von Frauen an der Produktionsfront sprechen, sondern von einer sehr großen Anzahl: Sie stellen 46 Prozent aller arbeitenden Menschen unseres Landes dar. Im sozialistischen Albanien arbeiten Tausende von Frauen in den wichtigsten und führenden Posten des sozialpolitischen, wirtschaftlichen, erzieherischen und kulturellen Lebens.

Alle Errungenschaften auf dem Weg der Emanzipation der albanischen Frau, ihre neue gesellschaftliche Stellung, die von der Verfassung abgesichert und in der Praxis verwirklicht wird, die Erneuerung und



Plakat zum 8. März von dem albanischen Künstler Robert Guci

In Diesem Jahr feierten die Frauen von Albanien den 8. März in der revolutionären Atmosphäre, die im ganzen Land aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der Partei der Arbeit und ihres bevorstehenden 8. Parteitag herrscht. Die Zeitungen veröffentlichen Kommentare und andere Artikel, die den Frauen aus Anlaß ihres Feiertages Grüße ausdrücken und die bedeutende Rolle herausstreichen, die diese in den wirtschaftlichen und politisch-sozialen Aktivitäten des Landes spielen.

„Der ganze revolutionäre Weg, den die albanischen Frauen in diesen 40 Jahren zurückgelegt haben“, unterstreicht die Zeitung „Zeri i Popullit“ unter anderem in ihrem Leitartikel, „sprich für eine radikale Veränderung, für eine grundlegende Revolution, die Schritt für Schritt verwirklicht wurde und unüberschaubare Kräfte im Dienste des Sozialismus freisetzte.“

Vor 40 Jahren reihte die Partei die Frauen in die Hauptstreitmacht der Revolution ein und behandelte sie als einen bedeutenden Faktor, der kraftvoll an der Revolution teilnehmen und auf allen Gebieten des Lebens zutage treten werde.“

„Heute“, fährt die Zeitung fort, „kann man bei uns nicht

Umgestaltung der geistigen Welt, der Ausbruch ihrer Energien und Fähigkeiten zeigen, was die Revolution, was der Sozialismus für die Frau zu tun imstande sind, und was die Frauen für den Sozialismus und die Revolution leisten können.“

In dem Leitartikel heißt es weiter: „Ihre andauernde und allumfassende Ausbildung gehört zu den wichtigsten Faktoren, die der Frau die heutige Entwicklung ermöglichen. Alle Mädchen zwischen sechs und vierzehn Jahren besuchen eine Schule. 52 Prozent der Mittelschüler und 47 Prozent der Universitätsstudenten sind Mädchen. Die Frauen stellen 42,4 Prozent aller Spezialisten mit höherer und mittlerer Ausbildung des Landes.“

Auf dem Weg der vollständigen Emanzipation der Frau haben die Partei und die Volksmacht mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet, daß ihre politische, wirtschaftliche und soziale Aktivität nicht ihre Rolle als Mutter beeinträchtigt. Die Frau als Mutter genießt den umfassenden Schutz des Gesetzes.“

„Noch leuchtendere Aussichten eröffnen sich den Frauen auf ihrem verlässlichen Weg unter der Führung der PAA als unnachgiebige Kämpferinnen für den Sozialismus“, schreibt „Zeri i Popullit“ abschließend.

Streikaktionen im ganzen Land

Dramatische Zuspitzung der Lage in Polen

Manöver des Warschauer Paktes verlängert

WARSCHAU. — Nach der Polizeiaktion von Bydgoszcz (Bromberg) hat sich die politische Krise in Polen rapide verschärft. Die Gewerkschaft „Solidarität“ führte am Freitag im ganzen Land einen vierstündigen Warnstreik durch und kündigte für diese Woche den Generalstreik an, falls die Verhandlungen mit der Re-

schaue Parteiführung die Widersprüche in der letzten Woche offen zutage treten. Schon unmittelbar vor der Polizeiaktion hatte der ZK-Sekretär Olszowski, ein Vertreter des Konfrontationskurses gegenüber der „Solidarität“, öffentlich „parteiliche und parteifeindliche Leute“ in der Führung angegriffen, ohne allerdings Namen zu nennen. Nach den Ereignissen von Bydgoszcz hatte Jaruzelski sofort wieder Kompromissbereitschaft signalisiert und erklärt, daß die für die Polizeiaktion Verantwortlichen, „wer immer sie sein mögen, bestraft werden müssen.“

Der mit der Leitung einer Untersuchungskommission beauftragte stellvertretende Generalstaatsanwalt Zyta jedoch erklärte wenig später, die Polizei habe sich bei der Räumung des besetzten Gebäudes korrekt verhalten. Sie habe die Besetzer nach dreimaliger Aufforderung aus dem Haus gedrängt und dabei lediglich in Türnähe etwas „kräftiger“ geschoben. „Doch dies ist nicht auf drastische Weise oder sagen wir auf unzulässige Weise geschehen.“

Die Empörung über diesen Terrorakt war so groß, daß „Solidarität“-Chef Walesa Mühe hatte, größere Kampfaktionen der Arbeiter abzuwenden. Er erklärte in Bydgoszcz: „Nicht alle Autoritäten sind Schweine... Die Regierung Jaruzelski ist Polens letzte Chance, um einer Katastrophe zu entgehen... Jaruzelski kann man trauen.“ Nicht weniger dramatische Töne schlug die Regierung selbst an. In einer über das Fernsehen am vorletzten Wochenende verbreiteten Erklärung hieß es: „Heute müssen wir alle, gleichgültig welcher Ansicht wir sind, zusammen sagen: Wir überqueren die letzte Grenze. Jeder folgende Schritt in Richtung auf Anarchie und Gesetzlosigkeit könnte der letzte sein. Wir haben noch 36 Stunden, um darüber nachzudenken und Schlüsse zu ziehen. Das Schicksal unseres Landes wird diesmal wirklich von diesen Schlußfolgerungen abhängen.“

Widersprüche in der polnischen Führung

Der Vorfall von Bydgoszcz erhält seine besondere Brisanz vor allem aus zwei Faktoren. Zum einen ist hier zum ersten Mal seit den großen Streikämpfen des letzten Sommers in massiver Form Gewalt gegen Werktätige und Funktionäre der „Solidarität“ angewandt worden. Zum anderen steht seit dem sowjetischen Parteitag das eindeutige Ultimatum Breschnews an die polnischen Führer im Raum, „den Lauf der Ereignisse umzukehren“. Regierungschef Jaruzelski aber hatte den Kurs der Verhandlungen und der Kompromisse gegenüber der „Solidarität“ fortgesetzt.

Tatsächlich sind in der War-

gierung scheitern sollten. Mit ausdrücklicher Berufung auf die Lage in Polen sind unterdessen die vom Sowjetmarschall Kulikow befehligten Militärmanöver des Warschauer Paktes verlängert worden. Die polnische Nachrichtenagentur PAP meldete Übungen unter anderem auch aus dem Bezirk Warschau.

Wie der RM bereits berichtete, hatten in der Nacht zum 20. März etwa 200 Polizisten in der Stadt Bydgoszcz die Besetzung des Gebäudes der Bezirksregierung durch demonstrierende Bauern gewaltsam beendet. Bei den Bauern hatten sich auch Funktionäre der Gewerkschaft „Solidarität“ befunden. Im Zusammenhang mit der Räumung waren 27 Besetzer teilweise schwer verletzt und zwei Gewerkschaftsfunktionäre — darunter Jan Rulewski von der Führung des Landesausschusses der „Solidarität“ — gezielt zusammengeschlagen worden.

Schließlich konnte sich aber Walesa doch noch mit einem Drei-Phasen-Plan durchsetzen. Dieser Plan sah die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung vor. Für den Fall, daß sie ergebnislos blieben, sollte am vergangenen Freitag ein vierstündiger Warnstreik und

schlagende Linie wurden auch innerhalb der „Solidarität“ offenkundig. Der Landesausschuß, das nationale Führungsgremium, tagte am vergangenen Dienstag in einer turbulenten Marathonsitzung. Dabei geriet Walesa mit seinem Kurs der Abwendung von größeren Streikaktionen und der Fortsetzung der Verhandlungen mit der Regierung in die Minderheit. Nur durch die Drohung mit dem Rücktritt konnte er verhindern, daß die Ausrufung des Generalstreiks beschlossen wurde, was vor allem von den KOR-Leuten gefordert worden war. Diese Dissidentengruppe stellt neben dem katholischen Klerus die meisten „Berater“ der Gewerkschaft und übt somit neben der Kirche auch den entscheidenden politischen Einfluß auf die „Solidarität“ aus.

Krise der revisionistischen Partei

Das ist ein deutliches Symptom für die tiefe Krise, in der auch die polnische Partei selbst steckt. Ein außerordentlicher Parteitag, der eigentlich für diese Wochen angekündigt war, mußte wegen dieser Krise auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Den Warschauer Führern laufen nicht nur die Mitglieder in Scharen weg. Es haben sich an der Basis auch außerhalb der normalen Parteistrukturen überbetriebliche Kommissionen gebildet (parallel zum Organisationsaufbau der „Solidarität“), die sogar schon einen Kongreß auf nationaler Ebene in Thorn vorbereitet hatten. Dieser Kongreß konnte von der Parteiführung jedoch noch verhindert werden. Ausschlag-



Manöver „Sojus 81“ — sowjetische Panzer landen an der polnischen Ostseeküste.

Diese Linie schlug sich dann auch in einer Stellungnahme nieder, die das Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nach einer Sondersitzung abgab. Die Hausbesetzung von Bydgoszcz sei eine „klare Rechtsverletzung“ gewesen, die im „Widerspruch zu den grundlegenden Normen des gesellschaftlichen Lebens“ stünde. Der Polizeieinsatz wurde in der Politbüro-Erklärung ausdrücklich gerechtfertigt. Parallel dazu schlug auch die Armeezeitung harte Töne an und machte „antisozialistische Elemente“ wie die Dissidentengruppe KOR für die Verschärfung der Lage verantwortlich. Diese Elemente müßten „entschlossen bekämpft“ werden. In der der Regierung nahestehenden Zeitung „Zycie Warszawy“ war dagegen in Bezug auf den Polizeieinsatz von Bydgoszcz zu lesen: „Wer schuldig ist, sollte bestraft werden.“

Walesa droht mit Rücktritt

Widersprüche über die einzu-

gebend für die Verschiebung des Parteitags dürfte nicht zuletzt auch eine andere Bewegung an der Basis gewesen sein: Überall wird jetzt die geheime Wahl der Delegierten in den Grundorganisationen verlangt, eine Wahl, der sich auch die führenden Funktionäre stellen sollen. Bislang sind die Delegierten für Parteitage auf „Vorschlag“ der Kaderabteilung beim Zentralkomitee aufgestellt worden.

In vielen Bezirken haben die Mitglieder in Erwartung des Parteitags schon eigenmächtig Delegierte gewählt. Welche Ausmaße eine solche Bewegung annehmen kann, wurde den Warschauer Führern in der vergangenen Woche beim Parteitag der Demokratischen Partei vor Augen geführt. Dabei handelt es sich um eine Partei, deren Mitglieder sich vor allem aus privaten Handwerkern und anderen kleinen Gewerbetreibenden zusammensetzt, die aber natürlich unter der Kontrolle der PVAP stand. Beim Parteitag wurden von den insgesamt 120 Mitgliedern des alten Zentralkomitees ganze drei wiedergewählt.



Streik in einer Textilfabrik in Lodz

„Droht uns Hunger?“

So ist die Lage im gegenwärtigen Polen von einem zunehmenden Machtverfall der revisionistischen Parteiführung gekennzeichnet, die nicht einmal mehr die Autorität hat, die eigenen Mitglieder von der Beteiligung an den Streikaktionen abzuhalten. Zudem hat sich auch die wirtschaftliche Krise in einer Weise zugespitzt, daß selbst die Regierungszeitung „Zycie Warszawy“ auf ihrer Titelseite die Frage stellte „Droht uns Hunger?“ Nach der Rationierung von Fleisch und Zucker werden jetzt auch andere Lebensmittel zunehmend knapper. In den Städten werden Läden geschlossen, weil die Regale inzwischen völlig leer sind. Jetzt ist auch das Mehl so knapp geworden, daß selbst die Rationierung von Brot erwogen wird. In Gdansk war es schon am vergangenen Dienstag so weit, daß ausnahmslos alle Lebensmittel rationiert werden mußten. Unter diesen Umständen sind tatsächlich für den Frühsommer Hungerperioden nicht mehr auszuschließen.

Und immer noch ist Polen — heute mehr denn je — von einem militärischen Einmarsch der sowjetischen Sozialimperialisten bedroht. Noch steht das oben erwähnte Ultimatum Breschnews, das deutlich macht, daß Moskau von seinen polnischen Vasallen ein hartes und entschlossenes Vorgehen sowohl

gegen die Arbeiterbewegung wie auch gegen die prowestlichen Elemente erwartet, die gegenwärtig die Lage für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Die Verlängerung des Manövers „Sojus 81“ ist ein eindeutiger Hinweis darauf, daß Moskau seine Drohungen ernst meint.

Die Führer der anderen Supermacht gehen unterdessen daran, die Situation noch weiter zu verschärfen. Am Wochenende drohte Reagan wieder einmal mit markigen Worten der Sowjetunion „ernste Konsequenzen“ für den Fall eines militärischen Eingreifens an. Mitglieder seiner Regierung verbreiteten ihre neuesten „Erkenntnisse“ darüber, daß die polnische Regierung den Einsatz von Gewalt vorbereite und ein „Blutbad möglich“ sei. Den amerikanischen Imperialisten würde ein sowjetisches Eingreifen in Polen durchaus in ihre Pläne passen. Mit einer Moskauer Intervention im Rücken könnten sie die von ihren europäischen „Partnern“, vor allem von der Bundesregierung, betriebene Ostpolitik vollständig liquidieren und ihre Hegemonie im westlichen Lager entscheidend verstärken.

Vor diesem Hintergrund sind am Samstag die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der „Solidarität“ wieder aufgenommen und dann auf Montag vertagt worden. Über ein Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Niemand kann heute mehr bestreiten, daß in der Türkei politische Gefangene gefoltert werden. Die faschistische Junta und ihre Propagandisten im Ausland beziehen deshalb inzwischen eine zweite Verteidigungslinie. Die Folter selbst bestreiten sie nicht; sie behaupten jedoch, es handele sich dabei nur um Übergriffe einzelner Beamter. Demgegenüber steht die Tat-

sache, daß seit dem Putsch schon mindestens 30 Gefangene ihr Leben unter der Folter verloren haben. Wie systematisch die Gefangenen von den Schergen des Regimes gequält werden, zeigen auch die folgenden Berichte aus einzelnen Städten in der Türkei, die wir der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Tatsachen aus der Türkei“ entnommen haben.



Gefangene im Gefängnis von Ankara. Einer der Gefangenen wurde durch Schüsse von der Polizei verletzt.

Folter in der Türkei

Folter in Ankara

Nachdem nicht mehr verheimlicht werden konnte, daß der junge Revolutionär Hasan Özmen zu Tode gefoltert wurde, wurden die Polizisten Enver Göktürk, Serdar Korcan und Niyazi Koc vom 1. Kommissariat verhaftet und angeklagt. Die Polizisten erklärten vor Gericht, daß sie Folterungen lediglich auf Befehl aus dem Polizeipräsidium vorgenommen hätten.

Der jugendliche Zeyne Abidin Ceylan wurde ebenfalls zu Tode gefoltert. Dieses wurde anfangs zwar geleugnet, ja der Polizeipräsident Ceyhan hatte anfangs gar behauptet, so eine Person sei gar nicht verhaftet worden, jedoch waren später die Verantwortlichen gezwungen gewesen einen Polizisten namens Davut Haskiris in Ankara zu verhaften.

Der jugendliche Ercan Koca war in Ankara verhaftet worden, als er aus Protest gegen die Hinrichtung Erdal Erens Plakate klebte. Am 15. 12. 1980 starb Ercan Koca im Militärgefängnis in Ankara in Folge einer Gehirnblutung.

Der Vater Ercan Kocas behauptete, sein Sohn sei in Folge von Foltereinwirkung gestorben und erstattete Anzeige. In seiner Anzeige schreibt Ercan Koca: „1.) Mein Sohn Ercan Koca wurde am 13. 12. 1980 wegen des Anbringens von Transparenten von Polizei- und Armee-Einheiten in der Nähe der 1. Straße aufgegriffen. Nachdem er zu den Polizeiwachen in Demetevler und Yenimahalle gebracht worden ist, ist er unseres Wissens nach zur Kommandantur der Panzerfahrzeuge in Etimeut gebracht worden.“

2.) Durch die Schläge, die mein Sohn während seiner Verhaftung und auch nachher bekommen hat, wurde er ohnmächtig. Er wurde ins Luftwaffenkrankenhaus und später ins Krankenhaus in Gülhane eingeliefert, wo er am 15. 12. verstorben ist.“

Im Protokoll, das aus Anlaß seines Todes angefertigt wurde, ist festgehalten, daß die Kleidung Ercan Kocas mit Dreck und Blut beschmiert gewesen sei.

Wegen seiner Anzeige ist auch nun Ercan Koca verhaftet worden. Denn sollte es wirklich zu einem Verfahren kommen, bei dem nur etwas oberflächlich hinterfragt würde, so würde bewiesen werden, daß Ercan Koca in irgendeiner der Kasernen zu Tode gefoltert worden ist.

Da nun Ercan Koca im Gefängnis sitzt und somit als Kläger nicht „abkömmlich“ ist, wird das Verfahren nicht eröffnet. Wenn Ercan Koca freigelassen wird, dann wird bis dahin auch die Leiche Ercan Kocas vermordet und damit auch das letzte Beweisstück unbrauchbar geworden sein. So einfach ist die Rechnung der Junta.

Heute werden in Ankara weitere Hunderte von Menschen durch Polizei und Militär gefoltert. Die Namen einiger Polizisten, die an Folterungen teilneh-

men und die von Gefolterten selbst ausfindig gemacht wurden lauten: Kemal Yazicioglu, Celal Sandal, Hakkı Sözen, İhsan Parlar, Alper Yas, Halil İbrahim Öz, Hauptkommissar Dürüst Oktay, sowie die Polizisten Yalcin, Tunacay und İlhan, deren Nachnamen nicht festgestellt werden konnten.

Folter in Istanbul

Ekmek Eksi wurde am Abend des 12. September 1980 in seiner Wohnung verhaftet. Er wird am 15. 12. im Koma in das Krankenhaus Haydarpasa eingeliefert. Bei der Einlieferung waren seine Rippen gebrochen, seine Lunge, sowie seine Leber zerquetscht. Der Staatsanwalt von Istanbul-Üsküdar leitete wegen des ungeklärten Todes von Ekmek Eksi ein Ermittlungsverfahren ein, das immer noch läuft.

Daß der am 28. 9. 1980 im Krankenhaus Haydarpasa verstorbene Ali İnan zu Tode gefoltert worden ist, konnte einwandfrei nachgewiesen werden. Mittlerweile ist ein Verfahren eingeleitet worden. Im Autopsiebericht wird folgendes festgehalten:

„Autopsiebericht 1334/2053 der Gerichtsmedizinischen Fakultät der Universitätsklinik Cerrahpasa/Universität Istanbul wurde am 3. 11. 1980 auf Wunsch der Staatsanwaltschaft Üsküdar aufgenommen. Bei der Autopsie waren anwesend: der stellvertretende Staatsanwalt von Istanbul Orhan Sayman, Dr. Özdemir Kulusayin, Dr. Erol Özkartal, sowie Dr. Hatice Argöksel.“

Frische Ekchymosen (scharf begrenzte Blutergüsse) an Armen, im Gesicht, unter den Füßen, am Hals. Bei der Öffnung des Schädels: unter der Haut links und rechts frontal Ekchymosen von 5x6 und 3x4 cm. Links temporal frische Ekchymosenerfelder von 6x5 cm, links parietal Felder von 8x7 und 9x8 cm Größe. Die Schädeldecke wurde geöffnet. Rechte Seite und Stirnhöhle verbreitertes Blutgerinnsel, das subdurale Gehirnblutung zeigt. Die rechte Gehirnhälfte war nach links verschoben. Auf linker Gehirnhälfte verbreiterte Ödeme und links temporal im hinteren Teil eine 3x4 cm große subdurale Blutung.“

Im weiteren geht der Autopsiebericht auf verschiedene, an anderen Körperstellen befindlichen Verletzungen ein und endet mit der Feststellung:

„Ali İnan, geb. am 17. 4. 1963, Sohn von Bekir und Nuriye (weitere Personalien s.o.) ist am 28. 9. 80 in der Universitätsklinik von Haydarpasa verstorben. Es wurde uns mitgeteilt, daß er am 1. und 2. Revier der Sicherheitskräfte geschlagen worden sei. Der Autopsiebericht (...) und der Bericht der chemischen Abteilung ergeben folgendes Bild:

1.) Der Tod der Person trat durch eine subdurale (Hirnhaut) Gehirnblutung ein, die auf eine Kopfverletzung durch einen scharfen Gegenstand zurückzuführen ist.

2.) (...)

3.) An verschiedenen Stellen des Körpers befanden sich traumatische Ekchymosen. (...)“

Dieser Autopsiebericht wurde von vereidigten Gerichtsmedizinern abgefaßt und an seiner Richtigkeit gibt es ebenso keinen Zweifel, wie an der Tatsache, daß Ali İnan zu Tode gefoltert wurde.

Folter in Adana

In der vorherigen Ausgabe von TadT hatten wir darüber berichtet, daß der Arbeiter Cafer Dag-



Führende Kollegen der Revolutionären Metallarbeiter-Gewerkschaft wurden gefoltert.

dogan von der Paktas-Fabrik in Adana zu Tode gefoltert worden ist. Der Leichnam von Cafer Dagdogan war von seinen Mördern auf dem Friedhof Adana Akkapi heimlich vergraben worden.

Cafers Grabnummer lautet 318. Am selben Tag, an dem Cafer heimlich begraben wurde, wurden drei weitere Personen dort begraben, von denen die Kriegsrechtskommandantur behauptet, sie wüßte nicht, wer diese drei Personen sind. Die Grabnummern dieser drei Personen lauten 316, 317 und 319, das heißt die Gräber befinden sich in unmittelbarer Nähe von Cafers Grab. In der gleichen Zeit wurde von Mitarbeitern der Kriegsrechtskommandantur in Adana eine weitere Person, namens Mehmet Dag, am gleichen Ort begraben. Insgesamt wurden in nur zehn Tagen sechs Personen an genannter Stelle vergraben, die Personalien von vier sind nicht feststellbar.

In jenen Tagen, in denen Cafer Dagdogan ermordet wurde, veröffentlichte die Kriegsrechtskommandantur von Adana eine Erklärung, der zu Folge bei den letzten Operationen in Adana und Umgebung insgesamt 214 Menschen verhaftet worden seien. Auch Cafer Dagdogan befand sich unter diesen Verhafteten. Während seiner Inhaftierung ist Cafer Dagdogan zu Tode gefoltert worden. Die Personen, die in den genannten Gräbern gefunden wurden, deren Personalien aber nicht festgestellt werden können, befanden sich mit Sicherheit ebenfalls unter den Verhafteten.

Wie schon gesagt können seit dem Militärputsch Personen ohne einen Haftbefehl bis zu 90 Tagen in Gewahrsam genommen werden. Noch nicht einmal Verwandte haben in dieser Zeit die Möglichkeit ihre Angehörigen ausfindig zu machen, geschweige denn zu besuchen. Jene Gefangenen, die während ihrer Inhaftierung gefoltert werden, so lange gefoltert werden, bis sie sterben, werden in dieser

Zeit heimlich vergraben. Und werden die Ermordeten zufällig doch gefunden, ist eine Identifizierung kaum noch möglich. Eine Klage hat kaum Aussicht auf Erfolg.

Folter in Corum

Die Folterungen in Corum werden vorgenommen durch die Sicherheitskräfte im Polizeipräsidium und bei der regionalen Armeekommandantur. Ein jugendlicher namens Haydar Cemiyet und der Lehrer Aslan

Ünkop wurden 20 Tage lang gefoltert. Noch immer befinden sie sich in Haft.

Die Folterungen in Dersim (Tunceli) werden von Armeefizieren persönlich vorgenommen. Die Folterer stammen aus den Reihen der Luftwaffenbrigade, die nach dem Militärputsch von Kayseri nach Dersim verlegt wurde. Die Namen einiger Folterer und ihre Verbrechen:

1.) Hauptmann Aziz Akil: Jener Offizier, der schon zuvor in Tarsus den Befehl gab auf die Bevölkerung zu schießen. Dieser Offizier war auch am Massaker von Corum beteiligt und leitet nun die Folterzentrale in der Landwirtschaftlichen Fachoberschule in Dersim.

2.) Hauptmann Yilmaz Aldanmaz: Auch dieser Offizier ist an den Vorfällen in Tarsus und Corum beteiligt gewesen. Er ist einer jener Offiziere, die den jugendlichen Süleyman Ölmez erwürgt haben. Siehe hierzu auch vorherige Ausgabe von TadT.

Die Namen von anderen Offizieren, die sich ebenfalls an den Folterungen in Dersim beteiligen lauten: Oberleutnant Yilmaz Genç, Hauptmann Akif Sogancioglu, Turan Kavak, Unterleutnant Necati Bayburt, Leutnant Ahmet Tokat.



Erscheint monatlich. Einzelpreis 1 Mark, Jahresabonnement 20 Mark. Zu beziehen durch C. Boztepe, Hackländerstr. 2, 5000 Köln 30.

Meldungen

1. Mai verboten

ANKARA. — Der Nationale Sicherheitsrat des türkischen Militärregimes hat jetzt die Feiertage zum 1. Mai und zum „Tag der Verfassung“ am 27. Mai abgeschafft.

Der 1. Mai wurde bisher offiziell als „Frühlingsanfang“ gefeiert. Auch vor dem Putsch waren die Demonstrationen der Werktätigen zum Kampftag der Arbeiterklasse in vielen Städten verboten worden. Die Demonstrationen wurden aber trotzdem durchgeführt. Die Aufhebung des Maifeiertags begründete die faschistische Junta jetzt damit, er sei von „Kommunisten mißbraucht“ worden.

Am 27. Mai wurde in der Türkei bislang der „Tag der Verfassung“ begangen. Das bezieht sich auf die Verfassung, die 1960 verabschiedet wurde und in der unter anderem das Streikrecht und das Koalitionsrecht verankert ist, Rechte also, die von der Junta nach ihrem Putsch liquidiert worden sind.

Strafanzeige gegen Wallmann

OFFENBACH. — Im Zusammenhang mit der großen Demonstration gegen die türkische Junta in Frankfurt haben die SPD-Bundestagsabgeordneten Coppik (Offenbach) und Thüsing (Paderborn) Strafanzeige gegen den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann gestellt. Sie werfen ihm Verleumdung, Beleidigung und üble Nachrede vor. Wallmann hatte die Demonstration verboten und das unter anderem mit der Behauptung begründet, sie würde von den gleichen Kräften getragen, die einen Bombenanschlag gegen das Frankfurter Amerikahaus verübt haben.

Voigt — Kurier der Junta

BONN. — Eine neue Ungeheuerlichkeit im Zusammenhang mit der Reise einer Bundestagsdelegation in die Türkei ist jetzt ans Tageslicht gekommen. Ausgerechnet der ehemalige Jusos-Chef Karsten Voigt, der sich zum linken Flügel der SPD rechnet, ist als Verbindungsmann zwischen der faschistischen Junta und westdeutschen Sicherheitsbehörden tätig gewesen.

Wie Voigt im außenpolitischen Ausschuß der SPD-Fraktion selbst bestätigte, hat er von der Junta eine Liste mit 200 Organisationen entgegengenommen, die nach Ansicht der türkischen Faschisten von Interesse für die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik sein mußten. Voigt weigerte sich zwar, Angaben über die in dieser Liste aufgeführten Organisationen zu machen. Es dürfte jedoch klar

sein, daß es sich dabei um die revolutionären und demokratischen Gruppierungen handelt, deren Mitglieder in der Türkei gegenwärtig verfolgt werden.

Wenn die Junta eine solche Liste den Geheimdiensten und Polizeibehörden in der Bundesrepublik überreichen läßt, dann kann das nur einen Grund haben: Sie erwartet vom westdeutschen Staatsapparat, daß er die in unserem Land lebenden Mitglieder dieser Organisationen bespitzelt, verfolgt und der Junta ausliefert.

Und dafür hat der SPD-„Linke“ Voigt den Briefträger gemacht.

Großrazzia in der Türkei

ANKARA. — Nach Mitteilung der faschistischen Junta ist in der vergangenen Woche im Gebiet von Erzincan eine Razzia durchgeführt worden. Dabei sind 278 „Linksextremisten“ verhaftet worden. Diese Angabe macht deutlich, welchen Umfang die Terror- und Verhaftungsmaßnahmen der Junta nach wie vor haben. Die türkischen Behörden gestanden auch ein, daß bei der Razzia ein Demokrat erschossen wurde.

Junta: 45 000 politische Gefangene

ANKARA. — Das sogenannte Verfassungsgericht hat kürzlich Angaben über die seit dem Militärputsch erfolgten Unterdrückungsmaßnahmen veröffentlicht. Danach sind seit dem 12. September 1980 16 Todesurteile gefällt worden, von denen bislang vier vollstreckt wurden. Die Zahl der seit dem Putsch Verhafteten gibt das „Verfassungsgericht“ mit 45 000 an. Schon allein diese Zahl, die von den Organen der Junta selbst genannt wird, ist erschreckend. Tatsächlich aber sind inzwischen weit mehr als 100 000 Demokraten von den faschistischen Militärs eingekerkert worden.

IG BSE gegen Terror der Junta

FRANKFURT. — Der „Grundstein“, das Organ der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, veröffentlicht in seiner März-Ausgabe einen Artikel, in dem die faschistische Junta in Ankara scharf angegriffen wird. Darin heißt es unter anderem: „Im weltweiten Kampf gegen Verletzungen der Menschenrechte ist ein neuer Schwerpunkt entstanden: Die Türkei. Zunehmend gelangen nun Einzelfälle über die Verhältnisse in den dortigen Gefängnissen nach Mitteleuropa. Aus allen diesen Berichten geht eindeutig hervor, daß die Militärregierung in Ankara einen erbarmungslosen Kampf gegen jene Mitbürger führt, die sich als Oppositionelle verdächtig gemacht haben.“



„Wir wollen keinen Todfunk!“

600 Besucher bei „Radiothek“-Veranstaltung

MOERS. — Bei der Veranstaltung „Radiothek und kein Ende“ am 27.3. war der für 350 Menschen vorgesehene Glück-Auf-Saal hoffnungslos überfüllt. An die 600 Menschen verfolgten im Laufe des Abends die Veranstaltung, auf der die Forderungen unterstrichen wurden: „Sofortige Wiedereinstellung von Uli Lux!“ und „Wir wollen die Radiothek und keinen Todfunk!“. Es ist schon eine großartige Sache, daß diese Protestbewegung immer noch anhält und sehr weite Kreise zieht, obwohl die Radiothek nun schon seit vier Monaten „tot“ ist.

40 Jugendheime, Jugendeinrichtungen und Persönlichkeiten trugen diese Veranstaltung. Verantwortlich zeichnete das Jugendzentrum Südring in Moers, wo Klaus Kühl arbeitet, den die Stadt als engagierten Vertreter der Jugendinteressen nicht mehr dulden will. Der Arbeitskreis JZ Südring eröffnete auch die Veranstaltung. Klaus Kühl verlas den Protestbrief der Radiothek-Initiative an den Stellvertreter des WDR — Intendanten von Sell, Bösel. Bösel war zwar auch eingeladen, kniff aber unter dem Vorwand, hier handle es sich um eine innere Angelegenheit des WDR, die keinen etwas angehe. Da waren die Jugendlichen aber ganz anderer Meinung!

Solidaritätserklärungen kamen vom Kreisjugendwerk Wesel, Moers, Kapellen und von Klaus Steak, der eine handsignierte Postkarte gezeichnet hatte, die jetzt für einen „guten Zweck“ versteigert werden soll. Zu den Mitwirkenden an der Veranstaltung zählten:

Frank Baier. Er verließ einen

Text zur Solidarität mit Uli Lux, den er auch noch vertonen will. Außerdem trug er zwei zensierte Lieder vor, darunter das „Radiothek-Lied“, das bei der Abschlußsendung der Radiothek nicht gebracht werden durfte.

Keine Sprecherlaubnis hatten die WDR-Jugendredakteure Joachim Sonderhoff und Wolfgang Schmidt erhalten. Uli Lux selbst trat mit Rücksicht auf einen Arbeitsgerichtstermin am 30.3. verständlicherweise nicht auf.

Die Jugendredakteurin Lora Schattauer hatte zwar eine Sprecherlaubnis erhalten, allerdings mit der ausdrücklichen Auflage, „keine Interna“ zu erzählen. Ihre Rede kam sehr gut an. Sie unterstrich besonders, daß jetzt zwar die Radiothek kaputtgemacht worden sei, und daß man die Piratensender verstehen könne, daß man aber keine Position beim WDR selbst aufgeben dürfe. Lora Schattauer war auch im Zusammenhang mit der letzten Radiothek-Sendung abgemahnt worden.

Ein Vertreter der RRFU,

Diedenhofen, griff in scharfer Form die undemokratischen Zustände im WDR allgemein an, wo sieben Leute alles entscheiden. „Schreibtischtäter“ nannte er sie.

„Der wahre Anton“, eine Kabarettgruppe des Schauspielhauses Köln, brachte Teile seines Programms „Abs(h)nie- rung“. Das war einer der besten Auftritte des Abends.

Außerdem: Werner Worschech, Walter Krebs, ein Vertreter des Kommunikations- und Kulturzentrums „Pappschachtel“ aus Gelsenkirchen, Eck — und natürlich „Die 3 Tornados“, die ihre Stücke spielten, die zum Rausschmiß von Uli Lux beigetragen hatten.

Ein Vertreter des Sprecherrates des „KOMM“ aus Nürnberg berichtete über den Polizeiterror in Nürnberg.

Am Rande der Veranstaltung fand ein Treffen der Vertreter aller anwesenden Jugendzentren statt, in dem aus Anlaß des Radiothek-Verbots und der Rotstift-Politik an den Jugendzentren eine engere Zusammenarbeit beschlossen wurde.

Am Tage vor der Veranstaltung waren einige Jugendliche dahintergekommen, daß die Polizei 400 Mann für die Veranstaltung einsatzbereit gestellt hatte. Zusammen mit Vertretern der „NRZ“ gingen sie daraufhin zur Polizei und beschwerten sich darüber. Sie sehen in diesen Maßnahmen zu Recht eine gezielte Provokation. Mit einem Plakat machten sie die Bevölkerung darauf aufmerksam und betonten, daß sie eine friedliche Veranstaltung wollten. Daraufhin unterließ die Polizei weitere Provokationen — außer verstärkten Verkehrskontrollen auf allen Zufahrtsstraßen.

Auf der Veranstaltung gab Klaus Kühl noch bekannt, daß er die Stelle als Heimleiter endgültig nicht bekommen soll. Als Klaus ins Rathaus ging, um die Entscheidung entgegenzunehmen, war dieses ringsherum abgesperrt; als er sich erkundigte, wo es denn dort langginge, hielt man ihn wohl versehentlich für einen Polizisten — jedenfalls landete er in der Polizeieinsatzzentrale. So erfuhr er, daß das Rathaus quasi zu einer Polizeifestung gemacht worden war. Was müssen die Leute doch für eine Angst haben! — Die Entscheidung wurde mit großer Empörung aufgenommen.

Eine weitere Veranstaltung gegen die Kündigung von Uli Lux und gegen die Streichungen beim Jugendprogramm des WDR findet am Freitag, den 3. April, in der Stadthalle Köln-Mülheim statt. Voraussichtlicher Beginn ist um 19.00 Uhr. Es treten unter anderem auf: Frank Baier, Walter Mossmann, Wolfgang Nideckens' BAP und „Die 3 Tornados“.

Solidarität mit dem Volk von El Salvador!

Demonstration in Hamburg

HAMBURG. — Am 26.3. demonstrierten in Hamburg, ausgehend von der Moorweide, etwa 500 Menschen ihre Solidarität mit dem um seine Freiheit kämpfenden Volk von El Salvador, gegen den von der Junta und den USA organisierten Völkermord.

Eine Teilnehmerin berichtet:

Aufgerufen hatte das El-Salvador-Komitee Hamburg. Leider war die Vorbereitung ziemlich schlecht, viele Interessierte wußten nichts von der Demonstration — das erklärt wohl die niedrige Teilnehmerzahl.

Über Lautsprecher wurde mehrmals ein erschütternder Bericht verlesen, der auch auf Flugblättern verbreitet wurde.

(Siehe Kasten.) In der Innenstadt legten sich Demonstranten während der Aufzählung der Ermordeten auf die Straße, was in Verbindung mit dem Text bei den Passanten einen ziemlich Eindruck hinterließ.

Auf Transparenten wurde gefordert: „Amis raus aus El Salvador!“, „BRD raus aus der NATO!“. Zwei Transparente bezogen sich auf die Lagerung von zigtausend Sack Kaffee, den die Großgrundbesitzer hier in Hamburg im Freihafen eingelagert haben, um ihn vor dem Zugriff des Volkes von El Salvador zu schützen. „Was kostet uns der Blutkaffee von El Salvador?“. In seiner Rede forderte der Vertreter des Komitees, den Kaffee an das Volk von El Salvador zurückzugeben.

„Die Soldaten sind auf den Hof gekommen und haben allen Kindern Bonbons geschenkt. Sie haben gelacht und Witze gemacht. Dann haben sie plötzlich den Vater an die Hauswand gestellt und erschossen. Die Mutter haben sie aufgehängt und mit Vaters Machete den Bauch aufgeschlitzt. Da ist das neue Baby rausgefallen. Dann haben sie meinen Bruder Ramón den Kopf abgehakt. Beatrice, seine sechsjährige Schwester, hat schnell das Bonbon wieder aus dem Mund genommen und wollte es wieder zurückgeben. Da haben sie ihr die Hand mit dem Bonbon abgehakt. Dann haben alle geschossen. Mehr weiß ich nicht, nur daß Antonio mich gefunden hat, und unter ihnen herausgezogen hat.“

Josef, 8 Jahre.

(zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.80)

Weitere Hausbesetzungen

SAARBRÜCKEN. — „Wir machen aus der Schillerschule ein ‚Schillertheater‘!“. Das verkünden die Besetzer dieser Schule in einem Flugblatt. Zu der Besetzung kam es, weil verschiedene Theatergruppen, denen das Gebäude — es steht lange leer — zur Nutzung versprochen worden war, die Hinhaltepolitik der SPD-Fraktion nicht mehr hinnehmen wollten. Nach der Zusage wollten die Herren plötzlich wieder Bedenkzeit haben — das Haus verkauften — dann wieder nicht verkaufen usw.

gieren, gerade auch ältere Leute haben viel Verständnis für unsere Aktion gezeigt, und wir bekommen Unterstützung von allen Seiten, darüber kann die Stadt nicht einfach so hinweggehen!“

Hausbesetzungen sind für die Bewohner „ein legitimes Mittel, um gegen das Spekulantentum vorzugehen“ — deshalb üben sie Solidarität mit verfolgten Hausbesetzern in anderen Städten. So riefen die Besetzer am 13.3. auch zu einer Solidaritätsdemonstration mit den Verhafteten in Nürnberg



KIEL. — Nach dem Sophienhof wurde bereits Anfang März ein weiteres Gebäude besetzt, ein sehr schönes Haus mit tadelloser Bausubstanz (erbaut um die Jahrhundertwende) in der Herzog-Friedrich-Straße (siehe Foto). „Wir haben dieses Haus nicht besetzt, um darin zu wohnen, bis es abgerissen wird, sondern um den Abriß des Hauses zu verhindern!“. Das erklärten die Besetzer in einem Gespräch mit der „Kieler Rundschau“. Sie suchen auch das Gespräch mit der Stadt. Inzwischen haben sie bei ihren Renovierungsarbeiten schon viel zustande gebracht. Zur Reaktion der Bevölkerung einer der Bewohner: „Es gibt einem schon ein gutes Gefühl, wenn man sieht, wie die Leute auf unsere Hausbesetzung rea-

auf, an der sich dann etwa 600 vorwiegend junge Menschen beteiligten. Die Demonstration führte durch die Innenstadt und auch an dem besetzten Haus vorbei. Ein Genosse aus Kiel berichtet: „Begeistert wurden die Hausbesetzer, die die Fäuste ballten und lachend auf den Balkonen standen oder aus den Fenstern lehnten, begrüßt. Auf dem letzten Teil der Demo gingen plötzlich provokativ ca. 100 behelmte Polizisten mit Schlagstöcken mit. Doch niemand ließ sich provozieren. Eine kurze Abschlussschreie — symbolisch vor dem Kieler Gefängnis abgehalten — beendete diese kämpferische Solidaritätsaktion.“ Die Partei verteilte dabei ein Flugblatt, das sehr gut ankam.



Sonntag, 5. April
13.40 Uhr, ZDF

Paolo Freire — das ABC und die Politik. Bericht von Hans R. Strobel über die Alphabetisierungskampagne in Nicaragua.

Sonntag, 5. April
20.15 Uhr, NDR III

Rolf Hochhuth oder Die Herausforderung aus Eschwege. Porträt des Schriftstellers, der mit seinem Theaterstück „Juristen“ die Kampagne auslöste, die schließlich zum Sturz von Filbinger führte.

Montag, 6. April
21.45 Uhr, WDR III

Rom, offene Stadt. Mit diesem 1945 gedrehten Film hat der Regisseur Roberto Rossellini eines der ersten und bedeutendsten Werke des italienischen Neorealismus geschaffen, einer Kunstrichtung, die auf den Ideen der antifaschistischen Widerstandsbewegung fußte und sich um eine realistische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse bemühte. „Rom, offene Stadt“ erzählt die Geschichte von antifaschistischen Kämpfern aus verschiedenen politischen Bereichen in den letzten Tagen der Nazi-Herrschaft über Italien. Mit Anna Magnani, Aldo Fabrizi und Marcello Pagliero. Weitere Rossellini-Filme zeigt WDR III in den kommenden Wochen.

Montag, 6. April
21.20 Uhr, ZDF

Aus dieser Straße geh' ich nicht raus. Dokumentarfilm über die Auswirkungen der Sanierung auf die Bewohner der Wiesbadener Nerostraße.

Dienstag, 7. April
22.05 Uhr, ZDF

Zandys Braut. Spielfilm von Jan Troell. Mit Liv Ullmann und Gene Hackman.

Mittwoch, 8. April
22.55 Uhr, ZDF

Der Menschenfeind. Moliers Komödie wird in einer Inszenierung von Rudolf Noelte aus dem Hamburger Schauspielhaus gezeigt.

Mittwoch, 8. April
19.50 Uhr, Südwest III

Cassidy, der Rebell. Film von John Ford und Jack Cardiff nach der Autobiographie des demokratischen irischen Schriftstellers Sean O'Casey.

Donnerstag, 9. April
22.20 Uhr, ZDF

Kindheit in Amacueca. Fernsehfilm über das Leben einer mexikanischen Arbeiterfamilie.

Freitag, 10. April
21.45 Uhr, ARD

Der 8. März. Luc Jochimsen und Lucas-Maria Böhmer berichten über den Internationalen Frauentag in der DDR.

Freitag, 10. April
20.15 Uhr, WDR III

Das furchtbare Glück des Manfred Weil. Gespräche mit einem Überlebenden. Der Kölner Jude Manfred Weil berichtet über seine Flucht vor den Faschisten.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Lediglich 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Vor 110 Jahren wurde die erste proletarische Diktatur errichtet

„Die Pariser Kommune mag fallen, aber die soziale Revolution wird triumphieren“

„Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen müssen... Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“

So stand es in dem Manifest, mit dem am 18. März 1871 die Arbeiter der französischen Hauptstadt ihre Machtübernahme proklamierten. Vorausgegangen war dieser historischen Tat die schmachvolle Niederlage des Kaiserreichs im deutsch-französischen Krieg. Als preußische Truppen auf Paris vorrückten und die Hauptstadt einschlossen, unternahmen die herrschenden Klassen einen letzten Versuch, ihre Macht gegen den äußeren Feind zu behaupten.

Eine hauptsächlich aus Vertretern der Bourgeoisie gebildete „Regierung der nationalen Verteidigung“ wurde eingesetzt und als ihr militärisches Instrument die Pariser Nationalgarde geschaffen. Das waren 300 000 Menschen, zumeist Handwerker und Arbeiter, in Waffen. „Aber Paris in Waffen“, so schrieb wenige Jahre später Karl Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“, „das war die (proletarische Revolution in Waffen... In diesem Zwiespalt zwischen nationaler Pflicht und Klasseninteressen zauderte die Regierung der nationalen Verteidigung

keinen Augenblick — sie verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verrats.“

Sie kapitulierte und ließ sich von den preußischen Siegern die Friedensbedingungen diktieren. Die Nationalgarde jedoch weigerte sich, die Waffen zu strecken. Und der Siegeszug der preußischen Junker, die alle Truppen des Kaiserreichs vernichtend geschlagen hatten, kam vor dem bewaffneten proletarischen Paris zum Stehen.

sich allein die Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen kann. Worin besteht das Neue, das für alle künftigen Kämpfe des Proletariats Richtungsweisende dieser Staatsform?

Marx und Engels schrieben 1872 in ihrer letzten gemeinsam verfaßten Vorrede zum „Kommunistischen Manifest“: „Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen

ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugstellung für Abgeordnete gibt es hier nicht. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken,



Frauen verteidigen die Barrikade auf der Place Blanche

Die Arbeiter haben sich zu „Herren ihrer eigenen Geschicke“ gemacht. Und sie schafften sich mit dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Rat der Kommune die notwendige politische Form, in der

Zwecke in Bewegung setzen kann.“ Und schon ein Jahr zuvor, als die Kommune noch gegen ihre Feinde kämpfte, hatte Marx in einem Brief an Kugelmann in Hinblick auf die revolutionären Ereignisse in Paris festgestellt, daß die Vorbedingungen einer jeden wirklichen Volksrevolution darin bestünde, „nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschine aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen.“

Genau das hat die Kommune getan. Das erste von ihr verabschiedete und durchgesetzte Dekret betraf die Auflösung des stehenden Heeres, der Hauptstütze der alten Klassen, und ihre Ersetzung durch das bewaffnete Volk selbst. Ebenso wie das Heer wurden auch der alte bürokratische Apparat und das Parlament zerschlagen, wurden alle mit diesem Apparat verbundenen Privilegien beseitigt. Der Rat der Kommune setzte sich aus den in den Bezirken gewählten Stadträten zusammen. Sie waren ihren Wählern unmittelbar verantwortlich und konnten jederzeit wieder abgesetzt werden, wenn ihre Tätigkeit den Interessen der Massen nicht mehr entsprach. Die Mehrzahl der Abgeordneten bestand entweder aus Arbeitern selbst oder Angehörigen anderer Volksschichten, die sich das Vertrauen der Arbeiterklasse erworben hatten. Die Kommune war keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zur gleichen Zeit.

Über diesen Gesichtspunkt schrieb Lenin: „Den korrupten und verfaulenden Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst

auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns denken, soll die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht ein leeres Gerede sein, soll das Streben nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aufrichtig und ernst gemeint und nicht eine „Wahl“-Parole sein, um Arbeiterstimmen zu fangen...“

Ebenso wie die Abgeordneten wurden beispielsweise auch die Richter der Wahl durch das Volk unterworfen; auch sie waren den Massen verantwortlich und konnten von ihnen abgesetzt werden, wenn sie ihren Auftrag nicht erfüllten. Und wer immer ein öffentliches Amt im Rahmen der Kommune ausübte, wurde dafür mit einem Gehalt bezahlt, das einem Arbeiterlohn entsprach. So hatte also die Kommune den alten Staatsapparat, der das Machtinstrument der früher herrschenden Klassen gewesen war, zerschlagen; und sie hatte — wie Lenin sagte — „die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt.“

Mit der Bildung der Kommune hatte die Arbeiterklasse zum ersten Mal in der Geschichte den praktischen Beweis geführt, daß sie ihre eigene Staatsmacht aufbauen und in Gang setzen kann. Zum ersten Mal in der Geschichte war die Diktatur des Proletariats Wirklichkeit geworden. Und alle späteren siegreichen Revolutionen der Arbeiterklasse bauten auf dem auf, was die Pariser Kommunarden mit ihrem Blut erkämpft hatten — vom Sowjetstaat, den Lenin einen „Staat vom Typus der Pariser Kommune“ nannte bis zur Sozialistischen Volksrepublik Albanien, dem einzigen Staat in der heutigen Welt, in dem die großen revolutionären Prinzipien der Kommune Geltung haben.

72 Tage lang haben die Pari-



Proklamation der Kommune auf dem Platz vor dem Pariser Rathaus am 28. März 1871

ser Kommunarden die Arbeitermacht behauptet. Dann gelang es der Konterrevolution, diese Macht zu zerbrechen und ihr blutiges Banner in Paris aufzuheben. Warum ist die Kommune gescheitert? Lenin sagte in bezug auf den jungen Sowjetstaat: „Die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten ist immer noch notwendig. Für die Kommune war es besonders notwendig —, und einer der Gründe ihrer Niederlage besteht darin, daß sie es nicht entschlossen genug getan hat.“

Die Kommune verwirklichte in den wenigen Monaten ihres Bestehens zwar eine umfassende proletarische Demokratie; sie unterließ es jedoch weitgehend, gleichzeitig auch die konsequente Unterdrückung der bürgerlichen Konterrevolution in Angriff zu nehmen. So konnten sich die schon geschlagenen und zersplitterten Truppen der Reaktion unbehelligt nach Versailles zurückziehen, wo sie unter dem Schutz der preußischen Besatzer den Angriff auf Paris vorbereiteten. Anstatt die Bank von Frankreich mit ihren Milliarden zu enteignen und das Geld für den Aufbau und die Verteidigung der Kommune zu verwenden, ließ man sie wie ein Heiligtum unangetastet in den Händen der Bourgeoisie. Anstatt die Kapitalisten, deren Besitz einzig und allein durch die Arbeit des Volkes geschaffen wurde, entschädigungslos zu enteignen, zahlte man den wenigen geflohenen Volksausplünderern, deren Besitz in Arbeitergenossenschaften überführt wurde, noch Entschädigungen. Und auch die Presse der Reaktion, ein wichtiges Mittel der Subversion, wurde im Paris der Kommune nicht unterdrückt.

In diesen Tatsachen drückt sich eine Unklarheit über die Aufgaben der proletarischen Diktatur aus. Entscheidend dafür waren vor allem das Vorherrschen der verschiedenen Strömungen des kleinbürgerlichen Sozialismus und das Fehlen einer revolutionären proletarischen Partei.

Am 22. Mai 1871 fielen die Truppen der Konterrevolution in Paris ein. Die Bedingungen für die Verteidigung der Kommune waren ungünstig. Der Lebensmittelvorrat wurde immer knapper, es fehlte an Waffen und Munition. Die zahlenmäßige Übermacht des Feindes war erdrückend. Trotzdem verteidigten die Pariser Arbeiter

mit größtem Heldentum ihre Kommune. An allen strategisch wichtigen Punkten wurden Barrikaden errichtet. Die Pariser Arbeiterfrauen kämpften Seite an Seite mit den Männern auf den Barrikaden für die gemeinsame Freiheit. Die Kinder versorgten ihre kämpfenden Eltern mit Lebensmitteln und Munition. Alte Männer und Frauen pflegten die Verwundeten. Doch die Übermacht der Feinde war zu groß. Die Kommunarden mußten mehr und mehr zurückweichen. Bei jeder genommenen Barrikade richteten die Soldaten der Konterrevolution furchtbare Blutbäder an. Nach dreitägigem Artilleriebeschuss und verzweifelter Widerstand der Kommunarden fiel am 28. Mai um elf Uhr die letzte Barrikade.

Die Rache der alten Mächte war schrecklich. In Paris wütete der weiße Terror. 30 000 Kämpfer des revolutionären Paris fielen ihm zum Opfer. Weitere Zehntausende, unter ihnen viele Frauen und Kinder, wurden in die französischen Kolonien deportiert. So wollte die Bourgeoisie, die vor der proletarischen Revolution gezittert hatte, jeden Keim einer neuen Revolution im Blut ersticken.

Die Ideen der Pariser Kommune aber lebten in der französischen Arbeiterklasse und im gesamten Weltproletariat weiter und sie wurden ein halbes Jahrhundert später in Rußland Wirklichkeit. Ein Jahr nach dem Sieg der Bourgeoisie über das Pariser Proletariat hatte Karl Marx geschrieben: „Die Pariser Kommune mag fallen, aber die soziale Revolution, die sie eingeleitet hat, wird triumphieren. Ihre Geburtsstätte ist überall.“

Literaturhinweis

Die Klassiker des Marxismus haben die Erfahrungen der Pariser Kommune wiederholt eingehend analysiert und daraus wichtige Lehren für die proletarische Revolution abgeleitet. Wir empfehlen unseren Lesern vor allem die beiden folgenden Werke zum Studium:
Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich
W.I. Lenin: Staat und Revolution
Beide Werke können in Einzelausgaben beim Verlag Roter Morgen bezogen werden. Sie kosten 4,80 bzw. 2,15 Mark.



Nach der Niederlage der Terror der Konterrevolution — Ermordung von Kommunarden im Jardin du Luxembourg

Eugène Pottier

WEHR DICH, PARIS!

(Für Urbain, Mitglied der Commune)

So hör doch, wie sie dich verriegeln!
Paris, die Sache ist kein Spaß!
Siehst du den Rauch dort auf den Hügeln?
Dort kocht der Preuße seinen Fraß.
Es ist ja Frankreich, das sie fraßen.
Seht, was das Kaiserreich gewann!
Verrammle deine Ausfallstraßen!
Wehr dich, Paris! Paris, tritt an!

Das Land zerbrach an allen Fronten,
Von innren Räubern ausgezinst.
Es haben Frankreichs Kraft und Konten
Spitzbuben schamlos umgemünzt.
Doch wirst zu neuem Kampf dich regen,
Und nie, wie dieser Hampelmann,*
Nie übergibst du deinen Degen.
Wehr dich, Paris! Paris tritt an!

Und kommen sie — wir sind entschieden.
Sie sollen heiß empfangen sein.
Die Frau verstehn es, Pech zu sieden.
Die Jugend nimmt den Pflasterstein.
Paris, mein altes Lieb, nun lade
Mit Sturmgeleit den freien Mann!
Sei wie Granit, sei Barrikade!
Wehr dich, Paris! Paris, tritt an!

Paris, vergiß nicht auszubrühen
Das Ungeziefer, wo's auch sei!
Die Huren und die Dynastien,
Die Luden und die Kaiserei.
Die Saat des Neuen Frankreichs bräunt sich.
Denk an den Sturm, der Flammen billes,
An den Vulkan von dreiundneunzig!**
Wehr dich, Paris! — Tritt an, Paris!

* Gemeint ist Kaiser Napoleon III., der am 2. September 1870 vor der preussischen Armee kapituliert hatte.

** Im Jahr 1793 setzte sich der radikale Flügel in der bürgerlichen französischen Revolution durch.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 14 3 Nisan 1981

Yıl: 15

1 DM

Benzin fiatlarındaki vergi zamları yürürlüğe girdi

Vergi zammı: Devletin yeni bir soygunu

Kilometre götürüsü yükseltsin!
Yüzde 8 ücret zammı!

Zam üstüne zam: Burjuva devleti, 1 Nisan'dan itibaren halkın, özellikle çalışan insanların sırtından yeni vurgunlar vurmaya başladı. Bir litre benzinin fiyatına 8 Pfennig, alkollü içkilerde şişe başına ortalama 1 DM zam geldi. Vergi zammının etkilerini biraz da olsa hafifleten önlemler, örneğin kilometre götürüsünün yükseltilmesi (araba ile işe gidip gelmede km başına ödenen vergi miktarı) gibi, şimdiye kadar reddedildi. Gelen zamlar yetmiyormuş gibi, emekçilerden, içinde bulunduğumuz toplu sözleşmelerde ücretlerin düşürülmesinin onaylanması talep edilmektedir.

Halkın günlük ihtiyaçlarında kullandığı mallardan tutun da, otobüs ve tren ücretlerine kadar, her şeye durmadan zam gelmektedir. Ve son günlerde benzin fiatlarına devlet tarafından yapılan vergi zammıyla beraber, burjuva devleti soygun karakterini açık bir biçimde sergilemektedir. Petrol fiatlarındaki vergilerin yükseltilmesini "eğitici bir araç" olarak gösteren hükümet, bu şekilde benzin fiatlarının yükselmesiyle beraber şehir içi kamu taşımacılığında, trenlerde vs. ücret tarifelerine peşi sıra zam geldi ve bu yıl içinde daha yeni zamların geleceği açıklandı. Bütün bu gerçeklere karşın hükümet, ağızdan açığa emekçileri yanıltmaya çalışmaktadır.

1 Nisan'dan itibaren yürürlüğe giren benzin vergilerindeki artışla beraber, son altı ay içinde benzin fiatlarında beş defa yükselme oldu. Emekçilerin satın-

ma gücünün sürekli düşmesine karşın, petrol tükelleri müthiş kârlar elde etmektedirler. Ve tükellerin vurduğu bu vurgunlar, soygunda aktif bir biçimde yer alan burjuva devleti tarafından güvenceye alınmaktadır.

1,47 DM olan bir litre benzin (süper benzinde) için devletin vergi payı 68 Pfennig civarındadır. Benzin fiatlarındaki bu kaba vergi payı, emekçilerin, dolaylı vergiler vasıtasıyla devlet tarafından ne kadar acımasız bir biçimde soyulduğunu göstermektedir. Bundan ötürü, KPD eylem programında bütün dolaylı vergilerin kaldırılmasını talep etmektedir. KPD, acil önlem olarak, en azından benzin fiatlarına gelen vergi zammının etkilerini hafifletmek için, kilometre götürüsünün genel olarak yükseltilmesini talep etmektedir. Bu talep sendikalar tarafından da savunulmaktadır. Bu

gün bu talebi gerçekleştirmek için, kararlı bir biçimde mücadele etmek zorundayız.

Ardı arkası kesilmeyen fiat artışlarının yanı sıra kapitalistler, emekçilerin ücretlerini yağmalamak istemektedirler ve bunun için büyük bir çaba içindedirler. Bu şartlarda işçiler ve onların sendikaları, yüzde 8 ücret zammından en ufak bir taviz dahi vermemelidirler. İşçi sınıfımız, kapitalistlerin "ücret politikasında dönüş" dedikleri; gerçek ücretlerin düşürülmesi çabalarını boşa çıkartacak güce sahiptir. Yeterki, bu güç harekete geçirilsin. Son haftalardaki uyarı grevleriyle kendini beliren bu güç, devletin soygun politikasına karşı da harekete geçirilmelidir.

("Staatliche Preistreiber am Werk" RM/Nr. 14, S. 1)

Polonya çapında grev hareketleri:

İşçi sınıfı gerçek gücünü gösteriyor

Varşova Paktı tatbikatı uzatıldı

VARŞOVA. — Polonya işçileri, geçen hafta Cuma günü bütün ülke çapında dört saat süreyle işi bırakma eylemlerine gittiler. Örneği görülmemiş bir kararlılıkla sürdürülen bu eylemler, Polonya işçi sınıfının gerçek gücünü yeniden ortaya koyuyordu.

Hükümetle yapılan görüşmelerin olumlu sonuçlar vermemesi üzerine, "Dayanışma" sendikası uyarı grevlerine çağrı yapmıştı. Hükümetle yapılan görüşmelerde sözkonusu olan, özellikle polisin geçenlerde Bromberg şehrinde köylülerin ve işçilerin üzerine bir baskın düzenlemesi ve bu baskında "Dayanışma" sendikasının bir kaç görevlisinin ağır şekilde yaralanıp hastaneye kaldırılması idi. "Dayanışma" sendikası, bu görüşmelerde diğer şeylerin yanı sıra, polis baskınında sorumlu olan kişilerin cezalandırılmasını talep etmekte ve gelecekte bu tür hareketlerin meydana gelmemesi için garanti istemektedir.

Polonya'da durumların gerinleşmesi üzerine, Sovyet maraşı denetimindeki Varşova Paktı "Sojus 81" tatbikatı uzatıldı. Sovyetle Birliği, Doğu Almanya, Çekoslovakya ve Polonya'dan askeri birliklerin katıldığı bu tatbikatlar; diğer şehirlerin yanı sıra Varşova'nın hemen yakınında da yapılmaktadır. Bu durum Moskova'nın Polonya'ya ne derece ciddi bir biçimde tehdit ettiğini açıkça göstermektedir. Sosyal emperyalistlerin Polonya'yı işgal etme tehlikeleri güncelliğini korumaktadır. Ve bu tehlikeler son günlerde daha da artmış durumdadır. ("Die Arbeiterklasse zeigt ihre Kraft" RM/Nr. 14, S. 1)



Lodz şehrinde greve giden Polonyalı kadın ve erkek işçiler



30 000 köylü Bonn'da Federal Hükümet'in ve AET'nin tarım programını protesto etti.

Bu miting, son altı hafta içinde köylülerin ikinci büyük kitle eylemiydi. Son dört yıl içinde genel olarak yüzde 30 gelir kaybına uğrayan köylüler, bu yıl içinde yeniden yüzde 12'lik bir gelir kaybına uğrayacaklar. Emekçi köylüler, yaşam koşullarının kötüleşmesine karşı mücadele etmektedirler. (Geniş haber iç sayfa)

İşverenler ücretlerin düşürülmesinde diretiyor
Derhal grev oylamasına gidilmelidir!

İnşaat işçileri metal emekçilerini güçlendirdi

FRANKFURT. — Metal sanayiindeki cepheler uzlaşmaz karşı karşıya duruyor. Kapitalistler, inatçı bir şekilde fiat artışlarının çok altında bir toplu sözleşme imzalatmak için ayak diretıyorlar. Bu arada inşaat işçilerinin protestoları sonucu, IG Bau yönetimi, yüzde 4 ücret zammı ile imzaladığı toplu sözleşme anlaşmasını reddetti. Bu durum metal emekçilerini güçlendirdi ve işçilerin mücadele cephesini genişletti.

Gecen hafta içinde de metal sanayiinde uyarı grevleri devam etti. Bu grevler devam ettiği sırada, IGM yönetimin tavrına karşı metal emekçilerinin eleştirileri de yoğunlaştı. Görüşmelere son verilmeli ve grev için genel oylamaya gidilmelidir! Bu talep şimdi IG Metall görevlileri konferanslarında da IGM yönetiminin talep edilmektedir.

İşyeri sendika temsilcileri, Lübeck'teki konferansta görüşmelere derhal son verilmesi ve süresiz grev için genel oylamaya gidilmesini bir açıklamayı oybirliğiyle kabul ettiler. Ve bu açıklamaya IGM üst toplu sözleşme komisyonuna iletili. Buna yakın bir karar da Köln'deki uyarı grevleri sırasında iki fabrikada alındı.

Hans Janssen, IGM dergisi "Metall" in son özel sayısında, grev genel oylaması ve süresiz grev talebinin işveren çevrelerinden geldiğini iddia etmektedir. Sendika ağasının bu iddiası, son haftalarda bu talebi yükselten yüzbinlerce metal işçisiyle ve diğer emekçilerle alay etmekten başka bir şey değildir.

("Urabstimmung Jetzt" RM/Nr. 14, S. 1)



"Dortmund darf nicht sterben" Komitesi, işyerlerinin tahrip edilmesine karşı ve yeni çelik işletmesinin derhal yapılması için Hoesch işçilerinin verdiği mücadeleyi desteklemek amacıyla 25 Mart'ta 200 kişinin katıldığı bir gece düzenledi. Yukarıdaki resimde gecede gösterilen tiyatrodan bir bölüm görüyorsunuz.

Hoesch'de yeni protesto eylemleri "Çelik işletmesi yapılsın!— İşten atılmalara hayır!" 5000 işçi Hoesch'in devletleştirilmesini talep etti

DORTMUND. — Geçtiğimiz hafta Dortmund'daki Hoesch demir-çelik işletmesinde, Hoesch patronlarının işten atma planlarına ve fabrikanın çeşitli bölümlerinin peşi sıra kapatılmasına karşı yeniden protesto eylemleri yapıldı.

200 Hoesch işçisi, geçen hafta Pazartesi günü Hoesch patronlarının işyerlerini tahrip etme planlarını mezara gömmeyi simgeleyen bir tabutla idare meclisi toplantısının yapıldığı salona yürüdüler. Önce Hoesch idare binası önünde toplanan işçiler, "işten atılmalara hayır!", "çelik işletmesi derhal yapılsın" gibi sloganlar atarak, toplu işten atma planlarını protesto ettiler. "Hörde Kadınlar Grubu" ve "Dortmund darf nicht sterben" (Dortmund ölmemeli) komitesi, işçilerin bu eylemini desteklediler. İşçiler, sembolik tabutla idare meclisinin toplantı salonuna geldikten sonra, Hoesch RGO işçi temsilcisi bir konuşma yaptı. RGO işçi temsilcisi Hartmut Siemon, özellikle idare meclisinde yer alan "işçi temsilcilerinin" tutumlarını teşhir ederek, çelik işletmesinin yapımına

derhal başlanmasını, işyerlerinin tahrip edilmesine son verilmesini ve işten atma planlarının geri alınmasını vurguladı.

Bu eylemden iki gün sonra, Çarşamba günü Hoesch fabrikasının Phonix bölümünde 300 işçi yarım saat uyarı grevine gitti. Fabrikanın bu bölümünde bu uyarı grevinden birkaç hafta önce işçiler işi bıkarma eylemine gitmişti. Bu bölümde 1400 işçi çalışmakta ve patronların planlarına göre birkaç yıl içinde kapatılmak istenmektedir.

Çarşamba günü yapılan bu eylemden sonra, Perşembe günü işyeri toplantısı yapıldı. Toplantıya katılan 5000'den fazla işçi, Hoesch'in devletleştirilmesini oybirliğiyle talep etti. RGO işçi temsilcisi Hartmut Siemon'un toplantıdan aldığı konuşma işçiler tarafından alkışla karşılandı.

Sendikalara karşı devletin saldırıları yoğunlaştı

Lübeck IGM başkanı hakkında dava açılması istendi

LÜBECK. — Timmendorfer Strand'da toplu sözleşme görüşmeleri yapıldığı sırada işveren tarafına işçilerin taleplerini bildirmeye giden IGM delagasyonu polisin saldırısına uğramıştı. Bu saldırıdan sonra, şimdi de Lübeck IGM sendikası 1. Başkanı Herbert Harder hakkında dava açılması için polis ihbar etti. Herbert Harder arkadaş, izinsiz bir "yürüyüşü yönetmek" ile suçlanıyor.

Mart ayı başında IGM üyesi 50 sendikacıdan oluşan bir delagasyon, Timmendorfer Strand köyünde Seehotel Martin'deki toplu sözleşme görüşmeleri sırasında, toplu sözleşmelerdeki çatışmalar ile ilgili olarak işveren temsilcilerine metal işçilerinin taleplerini ve protestolarını iletmek istemişti. Bu eylem bahane edilerek, IG Metall üyesi işçilere karşı bu türden işitilme-miş bir devlet provakasyonunun sahneye konulması emri, büyük bir olasılıkla Schleswig-Holstein Eyaleti'ni yöneten CDU Eyalet Hükümeti tarafından verilmiş olabilir. İşçiler karşı köpeklerle devreye sokulan onlarca polis, işçilerin, bütünüyle haklı olan taleplerini iletmelerini engellemiştir.

Kuzey Almanya bölgesi IGM, Bu olayı sert bir şekilde protesto etmişti. Buna rağmen, Schleswig-Holstein Eyaleti'ni yöneten sendikal eylemlerin yasadışı gösterme çabasıdır. Bada Schwartz polisi, Lübeck IGM 1. Başkanı Herbert Harder hakkında dava açılması için savcılığa başvurdu. Lübeck'te binlerce metal işçisini temsil eden Harder, "izinsiz bir yürüyüşü yönettiği" ve toplantı yasasına aykırı hareket ettiği gerekçesiyle; böyle provakatif bir gerekçeyle suçlanmaktadır.

IG Metall sendikasına, düşünce özgürlüğüne ve sendikal faaliyetlere karşı devlet tarafından başlatılan bu saldırılar, politik bir saldırıdan başka bir şey değildir. Özellikle CSU ve CDU Eyalet Hükümetleri ve yerel yönetimleri tarafından uzun zamandan beri sendikal eylemlerin yasadışı gösterilmesi doğrultusunda bilinçli bir şekilde adı bir kampanya sürdürülmektedir.

Burada, Frankfurt Belediye Başkanı Wallmann'ın 1979 yılında NPD'ye karşı düzenlenen bir yürüyüşü yasaklamasını, buna bağlı olarak NPD parti kongresine karşı DGB'nin yine Augsburg'da düzenlediği yürüyüşün yasaklanmasını veya Hannover'de ÖTV sendika görevlisi hakkında dava açılmasını hatırlatmakta yarar vardır.

Frankfurt ve Augsburg yürüyüşlerinin yasaklanmasına gerekçe olarak, yürüyüşlere "aşırı uçların" da katılacağı gerekçe gösterilerek, anti-faşistler ile NPD faşistleri arasında "şiddet olaylarının" çıkacağı iddia edilmiştir. Ama, Timmendorfer Strand'daki eylem böyle bir bahane göstermelerine olanak yoktur. Şimdi artık bu tip gerekçelere gerek duymamakta ve sendikal eylemleri yasadışı göstererek, bunlara karşı doğrudan şiddetle başvurmakta. Sendikacıardan oluşan bir delegeye karşı önce polis köpeklerle saldırıya geçmekte ve sonra da sav-

cılığa başvurulması hakkında dava açılmaktadır.

Sendikal faaliyetlerin planlı bir biçimde illegalleştirilmesi yönünde gelecek adım nerede ve ne zaman atılacak? Acaba, Bav-yera Eyaleti İçişleri Bakanı Tandler, bu yolda bir işaret verecek mi? CSU'nun İçişleri Bakanı veya CDU'dan bir İçişleri Bakanı ilk olarak neyi prati-

ğe uygulayacaksa, aynı şeyi bir SPD İçişleri Bakanı da rahatlıkla tekrarlamıştır.

DGB, sendikal faaliyetlere karşı yönelen bu saldırılara karşı, işçileri mücadeleye çağır-malı ve bunun için önlemler al-malıdır.

("Strafanzeige gegen Lübecker IGM-Bevollmächtigten" RM/Nr. 14, S. 4)

"İhbarın derhal geri alınmasını talep ediyoruz"

Lübeck'te Sintermetall fabrikasında çalışan emekçiler, sendikal faaliyetlere karşı yönelen devlet terörünü anında protesto ederek, bu cinsten saldırıların her sendikacı için birer alarm işareti olarak bilinmek zorunda olduğunu belirttiler. İşçiler, Herbert Harder arkadaşına aşağıda yayınladığımız dayanışma mesajını gönderdiler.

"Sevgili meslektaşımız Herbert!

Bu gün 'Lübecker Nachrichten' gazetesinde toplu sözleşme görüşmeleri çerçevesinde Timmendorfer Stran'daki miting yüzünden sana karşı ihbarda bulunduğuunu öğrendik.

Böyle bir hareketi nefretle karşılıyoruz. Bu, şu sıralarda devam etmekte olan toplu sözleşme çatışmalarına sert bir biçimde el atma anlamına gelmektedir. Daha önceden Timmendorfer Strand'da metal işçilerine karşı yüzlerce polisin hareketi geçirilmesi bir provakasyon idi. Böylelikle, taleplerini işten mücadele metal işçilerin kırım, baskı ve tehditlerle karşıladıkları. Bu eylem, bizim gözümüzde talepleri için yürüyen işçilere yapılmış bir saldırıdır. Bizler ihbarın derhal geri alınmasını talep etmekte ve metal işçilerin yürüyüşüne karşı polisin hareketi geçirilmesini protesto ediyoruz."

("Wir fordern sofortige Zurücknahme der Strafanzeige" RM/Nr. 14, S. 4)

Freudenberg/Weinheim

Muhalefet Listesinde dokuz arkadaş yer alıyor

Listede biri Türkiyeli üç yabancı arkadaş yer alıyor

WEINHEIM. — Freudenberg, Weinheim'da 10 000 işçi çalıştıran deri sanayiinde en büyük fabrikalardan biridir. Bu fabrikada işçi temsilciliği seçimlerinde "Deri Sendikası"nın resmi listesi yanında ilk olarak bir diğer liste yer alacak. "Deri Sendikası" üyesi dokuz arkadaş, sınıf mücadelecisi bir programla "Frischer Wind" adlı muhalefet listesinde adaylığını koymaktadırlar.

"Frischer Wind" listesi için girişimde bulunanlar, Deri Sendikası (Gewerkschaft Leder) içinde muhalefet eden arkadaşlarca oluşturulan "aktif sendikacılar" grubu tarafından yapılmıştır. "Aktif Sendikacılar", özünde Freudenberg firmasında gerçek ve demokratik bir kişilik seçimi

(çoğunluk seçimi) için faaliyet göstermişlerdir. Böyle bir seçimin yapılması için fabrikada 224 kişi toplamışlardır. Ama, Deri Sendikası şube Başkanı Karl Scheider eşine pek az rastlanmış bir notla bu imzaları geri gönderdi: "Deri Sendikası başkanının zorlamasıyla hareket edemez, ister 500 işçi, isterse de 1000 işçi imzalamış olsun, bu hiç bir şeyi değiştiremez."

Deri Sendikası'nın aldığı anti-demokratik bir karara göre, sendika listesinde sadece işçi temsilcileri ve en azından üç yıl işyeri sendika temsilciliği yapmış olan kişiler sendika listesinde yer alabilir. Ama, muhalefet sendika ağalarının aldığı bu kararın cesaretle karşı çıktığı ve onların sınıf mücadelecisi arkadaşlara yol verme çabalarını boşa çıkarttı. KPD işletme hücreleri, sendika ağalarının bu çabalarını boşa çıkartılmasında katkıda bulundu. KPD, daha Aralık ayında Freudenberg fabrikasında çalışan emekçiler için çıkardığı "Der Rote Freudenberg" gazetesinde, işçilerin çıkarlarını savunan mücadeleciler arkadaşların işçi temsilciliğine seçilebilmesi için çağrı yaptı.

Bu gün yapılmış acil olan, mümkün olduğu kadarıyla işletmedeki bütün ilerici ve muhalefet güçlerin en geniş birliği sağlanmaktadır. Sadece kararlari bir mücadeleyle, işçilerin ve memurların çıkarları doğrultusunda

da işçi temsilciliğinde seçim vasıtasıyla bir değişiklik yapmak mümkündür."

Muhalefet listelerini oluşturan arkadaşlar, kısa bir süre içinde kendi listeleri için gerekli olan imzaları toplayabildiler. Fabrikada yapılan bir toplantıda, muhalefetin tutarlı programının ve çıkardığı listenin işçilerin büyük kesimi tarafından sempatiyle karşılandığı görülmüyordu. Aynı şekilde yabancı işçi arkadaşlarda böyle bir girişim çok olumlu karşıladılar. Muhalefetin çıkardığı listede; (Frischer Wind) biri Türkiyeli, ikisi İspanyol, üç yabancı işçi arkadaş yer almaktadır.

Muhalefet listesinde adaylığını gösteren arkadaşlar, fabrikada emekçilerin çıkarlarını savunan bir işçi temsilciliğinin en önemli görevleri olarak şunları görmekte: Üretimin bir bölümünün "ücretlerin düşük olduğu ülkelere" nakledilmesi ve rasyonalizasyon sonucu işyeri alanları tahrip edilmekte, akort artırılmakta ve iş temposu hızlandırılmaktadır. İşçi temsilciliği buna karşı mücadele etmelidir.

Aday arkadaşlar temel taleplerini şöyle sıralamaktadırlar:

İşyerlerinin tahrip edilmesine son. İşyerlerimizi tavizsiz bir biçimde savunalım! Bir tek işçinin işten atılması dahi onaylanmamalıdır!

Akord için artırılmasına son verilmelidir! Dinlenme tenefüsleri artırılmalıdır!

İşyerlerinin değiştirilmesinde ücret kaybı olmamalı — İşyeri değiştirilen arkadaşlar, aynı ücreti alabilecek bir yere verilmelidir!

("Neun Arbeiter auf der oppositionelle Liste" RM/Nr. 13, S. 5)

Hoechst AG/Frankfurt

Muhalefet Listesi yedi işçi temsilcisi kazandı

FRANKFURT. — Frankfurt Hoechst AG boya firmasında IG Chemie sendika ağısı işçi temsilcileri Başkanı Rolf Brand ve kligine karşı oluşturulan muhalefet listesi, işçi temsilciliği seçimlerinde yedi işçi temsilcisi kazandı

Hoechst AG firmasında muhalefetteki arkadaşlar ilk olarak kişilik seçimlerinin yapılması (çoğunluk seçimleri) için mücadele ettiler. Kişilik seçimlerinin yapılması için fabrikada 1400 imza topladılar. Ama, Brand ve tayfa bundan yana değildiler ve kişilik seçimlerinin yapılmasını hayata geçirdiler. Bu durum karşısında IG Chemie içinde muhalefet eden arkadaşlar ve sendikadan atılanlarla beraber muhalefet listesi oluşturdular. "Kollegen für einen durch-schaubaren Betriebsrat" (Emekçilerin görülebilir bir işçi temsilciliğinden yana) adı verilen listede 21 arkadaş adaylığını koymuştu.

İşçi temsilciliği seçimleri, işçi ve memur kesiminde ayrı olarak yapıldı. Ayrıca DAG (Alman Memurlar Sendikası) memur kesiminde bir liste çıkarmıştı.

Sendika ağaları ve patronların muhalefet adaylarına karşı giriştikleri çeşitli kışkırtmalara rağmen, muhalefet listesi büyük bir başarı kazandı. Bu liste, işçi kesiminde oyların yüzde 16,9'unu (toplam 1538 oy) alarak dört işçi temsilcisi ve memur kesiminde ise oyların yüzde 14,5'ni (toplam 1120 oy) alarak üç memur temsilcisi kazandı. Bu sonuçla IG Chemie, işçi temsilciliğinde çoğunluğu kaybetmiş oluyor. Ama, sendika ağısı Brand, DAG memur temsilcilerinden işçi temsilcileri başkanı seçilebilir. Çünkü DAG (DAG, DGB'nin üyesi olmayan bölücü bir memur sendikasıdır) ile Brand arasında iyi ilişkiler vardır.

("Sieben Sitze für die Oppositionelle Liste"-gekürzt- RM/Nr. 13, S. 5)



İşçi temsilcileri; rahat koltuğunda oturan, bundan çok memnun, işçilerin ve memurların hiç bir sorunuyla ilgilenmeyen, çok, oldukça çok işçi temsilcileri vardır! BU DEĞİŞMEK ZORUNDADIR!

HABERLER

Cunta 1 Mayıs ve 27 Mayıs'ı kaldırdı

ANKARA. — Faşist cuntanın başını çeken ve beş generalden oluşan "Milli Güvenlik Konseyi", 1 Mayıs ve "Hürriyet ve Anayasa Bayramı"nı kaldırdı.

Emekçileri yanıltmak ve onları mücadeleden uzak tutmak için işçi sınıfının mücadelesine günü olan 1 Mayıs, şimdiye kadar resmen Bahar Bayramı olarak kutlanmıştı. Cunta öncesi yıllarda da Türkiye'de emekçilerin 1 Mayıs'ta düzenledikleri yürüyüşler çoğu kez yasaklanmıştı. Özellikle geçen yılın 1 Mayıs'ında hemen hemen ülkenin her yerinde yürüyüşler ve mitingler

yasaklanmıştı. Ama, işçiler ve emekçiler bu yasakları dinlemediler, onlarca şehirde düzenledikleri illegal yürüyüşlerle yasak zincirini kırdılar. Faşist Cunta, 1 Mayıs'ı yasaklamasına gerekçe olarak, onun "komünistler tarafından kötüye kullanıldığını" göstermektedir.

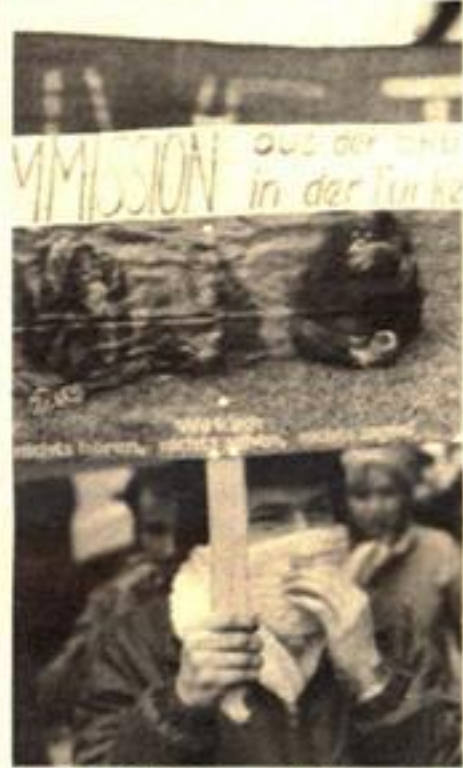
27 Mayıs şimdiye kadar Türkiye'de "Anayasa ve Hürriyet Bayramı" olarak kutlanıyordu. 27 Mayıs 1960 yılında onaylanan anayasayla, bu gün cunta tarafından kaldırılan grev ve sendika hakkının yanı sıra, kısıtlı da olsa, bazı demokratik haklar getirilmişti.

Cuntanın kuryesi-SPD milletvekili Voigt

BONN. — Bundan birkaç hafta önce, sözde işkence iddialarını araştırmak için Türkiye'ye giden Federal Parlamento Delegasyonunun yeni bir sahtekarlığı gün ışığına çıktı. SPD Gençlik Kolları "Jusa"nın eski başkanı olan ve şimdi SPD'nin sol kanat kesimi içinde görülen KLAUS VOİGT, gezi sırasında faşist cunta ile Batı Almanya Emniyet makamları arasında elcilik görevi yapmış.

SPD farksiyonunun dış politika komisyonunda Voigt'in kendisinin de onayladığı gibi; Türk faşistlerinin görüşlerine göre, Federal Almanya'daki emniyet makamlarının işine yarayabilecek 200 örgütün ismi yazılı bir listeyi beraberinde getirmeyi kabul etmiş. Gerçi, Voigt, bu listede yer alan örgütler hakkında açıklama yapmaktan kaçınıyordu. Ama, burada söz konusu olan ülkemizde Türkiye'deki işkenceleri, idamlar ve faşist terörü protesto eden devrimci ve demokrat örgütlerdir ki, bu örgütlerin Türkiye'deki üyeleri ve taraftarları bugün cunta tarafından işkence altına alınmakta ve katledilmektedirler.

Eğer, cunta böyle bir listeyi Batı Almanya'daki istihbarat



Resimdeki yazı: "Almanya'dan Türkiye'ye giden komisyon.", "Gerçek söylüyoruz; birşey işitmedik, birşey görmedik ve birşey söylemedik" teşkilatlarına ve polis makamlarına gönderiyorsa, bunun sadece tek bir amacı vardır: Faşist cunta, Batı Alman burjuva devlet aygıtından Türkiyelili devrimci ve demokrat örgütlerin üyelerinin tespitini, takip edilmesini ve cuntaya havale etmesini beklemektedir.

30 000 köylü yürüdü

BONN. — Geçen hafta Cuma günü Bonn'da yapılan mitinge toplam 30 000 köylü katıldı. Batı Almanya'nın bütün bölgelerinden gelen köylüler, gerçekleştirdikleri bu güçlü eylemde Federal Hükümet'in ve AET'in tarım politikasını protesto ettiler. Bu mitinge Alman Köylü Birliği tarafından çağrı yapılmıştı. Cuma günü yapılan bu miting, bu yıl içinde yapılan ikinci büyük köylü eylemi idi. Geçen Ocak ayının 14'ünde yapılan yürüşlere ve mitinglere bütün Batı Almanya'da yaklaşık 100 bin köylü katılmıştı. Bu eylemler, köylülüğün mücadele gücünü açıkça ortaya koyan işaretlerdir. Zengin köylüler dışaltarsak, emekçi köylüler son dört yıl içinde yüzde 40 civarında gelir kaybına uğradılar. Federal Hükümet'in tarım raporu, bu yıl içinde köylülerin gelirlerinde yüzde 12 civarında gerileme öngörmektedir. Gelirlerinin sürekli düşmesi sonucu emekçi köylüler, elindeki küçük toprakları satmak zorunda kalmaktadır.

Geçen hafta Cuma günü ve

14 Ocak'ta gerçekleşen eylemler, köylülerin hayat koşullarının daha da kötüleşmesine mücadele etmediklerini ve bu koşullara karşı mücadele vermeye kararlı olduklarını göstermektedirler. Ve Bonn mitingi, Alman Köylü Birliği başında yer alan gerici emekçi köylülerin gelişen mücadelesini engellemek istediklerini ve onun radikalleşmesine karşı çıktıklarını göstermektedir.

Köylü Birliği Başkanı Heermann'ın demagojisine ve yanıltıcı konuşmalarına rağmen, mitingde genel olarak mücadeleciler bir bildiri, köylüler tarafından ilgiyle karşılandı. Bildiride yer alan talepler emekçi köylüler tarafından oldukça olumlu karşılanıyordu.

Geçen hafta Cuma günü İtalya'da da köylüler yürüdü. Roma ve diğer bir çok şehirde 500 000 köylü sokaklara döküldü. Yürüyüşlerde tarım ürünleri taban fiyatlarının artırılması talep edildi.

Polisin yeni silahlarla donatılması çabaları arttı

Polis için uçaksavar ve zırh delici silahlar mı?

HANNOVER. — Ülkemizdeki en gerici güçler, polisin silahlanmasıyla ilgili olarak 6 Mayıs'ta yapılacak olan İçişleri Bakanları olağanüstü konferansının ön aşamasında polisin savaş usulü silahlanması için çabalarını yoğunlaştırdılar. Geçen hafta çıkan haberlere göre, CDU Niedersachsen Eyaleti İçişleri Bakanı Möcklinghoff daha Şubat ayında polis için uçaksavarlar ve zırh delici silahlar talep etmiş.

En gerici güçlerin temsilcisi olan Strauss ve tayfası, Brokdorf'ta atom enerjisine karşı yapılan büyük yürüyüşten sonra protesto eylemlerine karşı vahşi bir kampanya başlattılar. Bu kampanya ile, bir yünden emekçilerin haklı eylemleri yasadışı ("terörizmin yeni bir çekirdeği") olarak lanse edilmekte; diğer yünden ise, yürüyüş hakkı giderek kısıtlanmak istenmekte ve polisin iç savaş birlikleri şeklinde silahlanması hedeflenmektedir. Baviera Eyaleti'nin İçişleri Bakanı ve Strauss'un borozanı Tandler, gelecekte yürüyüşlere karşı lastik kurşunların kullanılacağını ve gazlı silahlarda kullanılan zehir miktarının artırılacağını açıklamaktadır. Nürnberg'deki kitle tutulması, Strauss ve tayfasının hedeflerini en açık bir biçimde göstermektedir. Strauss ve Tandler'in açıklamalarından sonra, şimdi de, Niedersachsen Eyaleti İçişleri Bakanı CDU'lu Möcklinghoff en gerici güçlerin talepleri doğrultusunda çabalarını yoğunlaştırmaya başladı.

Niedersachsen İçişleri Bakanı, Tandler'in açıklamalarını kendisine rehber alarak Mart ayı ortalarında şöyle açıklıyordu: "Elimize jobun dışında öyle bir araç almak zorundayız ki, bu araç, saldırganları uzak tutmayı sağlayabilsin." Tabii ki, "saldırganlar" olarak tanımladıkları,

haklı talepleri için yürüyememektedir. Möcklinghoff, açıklamalarında polise yeni silahların sağlanmasına karşı çıkan SPD ve FDP İçişleri Bakanlarına Tandler'den daha açık bir biçimde çatarak, onlardan Münih'ten ve Hannover'den gelen talepleri kabul etmeye devam etmelerini istiyordu.

Möcklinghoff, polisin bugünkü silahlanması yeterlidir diyen diğer eyaletler görüşlerini değiştirmeye, "iç güvenlik" alanında gelecekteki ortak çalışmalar "ağır bir şok" geçirecektir diyordu. O, böyle bir durumda CDU ve CSU'nun yönettiği Eyaletler'den büyük bir hareket esnasında diğer Eyaletlere polis güçlerinin gönderilip gönderilmeyeceği sorunu yaratabilir diyor. 6 Mayıs İçişleri Bakanları konferansı ile ilgili olarak da, polise sağlanacak olan "yeni silahlanma araçlarının" çeşidi üzerine tartışmaya açık olduğunu, ama yeni silahların sağlanması gerekli mi, değil mi şeklindeki bir tartışmadan asla yana olmadığını belirtiyordu. İçişleri Bakanı, bu açıklamalarıyla beraber Niedersachsen polisi için bu yıl gerçekleşmesi gereken yeni silahlanma planlarını açıklıyordu. O, polisin teknik teçhizatının "giderek en yeni araçlarla değiştirileceğini" belirtiyordu. Toplam 40 000 yeni araç sağlanacak ve polis "Hareket Ko-

mandosu" (Einsatzkommando) için 1,7 Milyon DM harcancak. Ayrıca Niedersachsen polisi büyük çaplı tabancalarla donatılacak.

"Frankfurter Rundschau" gazetesi geçen hafta Niedersachsen Eyaleti İçişleri Bakanı Möcklinghoff'un yeni silahlanma planlarını ortaya çıkardı. Ve bu

Möcklinghoff bu planlarını 25 Şubat'ta resmi olarak bütün İçişleri bakanlarına ve Federal Meclis'in İçişleri Komisyonuna göndermişti. Eyaletler arası bir iç savaş ordusunun oluşturulması planları, 12 Mart günü yapılan İçişleri Bakanları Konferansında gündemin 17. maddesini teşkil ediyordu. SPD ve FDP İç-



Bundan birkaç yıl önce polis makinalı tüfeklerle (resim) donatılmıştı. Simdi ise, zırh delici silahlar ve uçaksavarlar ile donatılmak isteniyor.

planlar, yukarıda belirttiklerimizi gölgede bırakacak derecede, bunlara göre, varolan silahlara ek olarak polise gelecekte uçaksavarlar ve zırh delici silahlar sağlanacak. Ve böyle bir silahlanma ile, Federal Ordu ile polis arasındaki silahlanma açığı giderilmiş olacak. Bu türden savaş usulü silahlanmış polis güçlerinden ileride "Eyaletlerüstü" polis birlikleri oluşturulacak ve bunlar bir Eyaletten diğer bir eyalet gönderilip, oradaki kitle eylemlerini bastırabilecek.

İşleri Bakanları, Möcklinghoff'un bu planlarını ne tutarlı bir şekilde reddettiler, ne de bu konuda kamuoyuna doğru bir bilgi verdiler.

Devrimciler ve demokratların görevi, Strauss ve tayfasının polisi yeni silahlarla donatılması çabalarına karşı kararlı bir şekilde mücadele vermeli ve gericiğin yeni saldırılarını geri püskürtmelidir.

("Neuer Vorstoss beir der Polizeibewaffnung" — gekürzt — RM/Nr. 14, S. 2)

Halk Cephesi sekreteri

Ulrich Leicht'e para cezası verildi

Ulrich mahkeme kararına itiraz etti

DORTMUND. — 24 Mart günü Halk Cephesi'nin parlamento seçimlerinde astığı "boğa-afişi"nin sorumlusu olduğundan ötürü Dortmund'daki mahkemede Halk Cephesi sekreteri Ulrich Leicht'e 1000 DM para cezası verildi. Mahkemenin kararına göre, boğa-afişinde Strauss'a hakaret edilmiş; haysiyet ve şerefi zedelenmiş. Yine bu karara göre, afişin yapımında kullanılan bütün malzemelerin tahrip edilmesi ve henüz kullanılabilir durumda olan afişlere el konulması gerekir. Ulrich, mahkemenin kararına itiraz etti.

Halk Cephesi sekreteri, mahkemenin başlangıcında "boğa-afişi"nin taşıdığı anlamı açıkladı ve henüz "hakaret edilen kişi" dava açmadan, Federal Almanya savcılarının afiş hakkında tahkikatı başladığını belirtti. Afişte Strauss'un faşist, gerici ve savaş kışkırtıcısı olarak gösterildiği şeklindeki iddiaları yanıtlayan Ulrich, afişte Strauss'un gerici, faşist ve savaş kışkırtıcısı olup olmadığı konusunda bir yargılamaya gidilmediğini açıkladı.

Afişin üst tarafında yer alan "Strauss'u durdurun!" sloganı, gerek seçimlerde, gerekse de seçimlerden sonra sadece Halk Cephesi tarafından atılan bir slogan değildir. Bu slogan, diğer anti-faşist ve demokrat örgütler tarafından da atılmaktadır. "Faşizme, gericiliğe ve savaşa karşı", sloganı; mahkeme tarafından özel olarak Strauss'a karşı kullanıldığını ve bununla

Strauss'un faşist gösterildiğini iddia etmektedir. Bu terim, seçimlerden sonra da Halk Cephesi'nin açıklamalarında ve yayınlarında sürekli olarak yer almaktadır. Bu Halk Cephesi'nin genel bir çözümüdür ve Strauss'a bağlı değildir.

Ulrich, var olan yasaların çiğnenerek Nürnberg'te kitle tutuklamalarına girdiği örneğini göstererek, "Stoppt Strauss" sloganının bugün de güncel olduğunu belirtti.

Halk Cephesi sekreterinin kısaca belirttiğimiz bu açıklamalarından sonra, avukatı söz aldı ve afişte hakaret amacının güdüldüğünün ortada olduğunu, bundan dolayı davanın kaldırılmasını talep etti. Savcı Wiechert ise, avukatın bu talebini reddetti — bu savcı Dortmund'da politik bir savcı olarak bilinmektedir ve diğer davaların yanı sıra "Roter Morgen" ile ilgili birçok davaları yürütmüş-

tür —. Belki savcı bu talebi reddetmekle haklı olabilir. Çünkü, o elinde bulundurduğu mevkisini kaybetmemek ve daha da yükselebilmek için, davayı ipleri elinde bulunduran politikacıların çıkarlarına göre sonuçlandırmak gerekir.

Avukat, bu talebin reddedilmesinden sonra, afişin karikatür dalında bir sanat eseri olduğunu ve anayasada yer alan "sanat özgürlüğü" maddeleri tarafından güvenceye alındığını belirtti. Ayrıca, bilirdiği olarak Profesör Waller'in "boğa afiş"inin karikatür dalında bir sanat eseri olduğuna dair delillerini gösterdi.

Ama, savcı bu delillerin hiç birini dikkate almak istemiyordu. Savcıya göre, afişin sanatla ilgili olup olmadığı hakkında konuşmaya gerek yoktu. Hele sanat özgürlüğü konusuna hiç değinmek istemiyordu. Bay savcının savunduğu, "Strauss'un şeref ve haysiyet duygusunun zedelenmesi" idi ve o, bu iddiasını sürekli olarak tekrarlıyordu. Burjuva mahkemeleri aldıkları bu kararlarla, Faşizme, Gericiliğe ve Savaşa karşı Halk Cephesi'nin mücadelesini engellemeyecekler.

(„Ulrich Leicht in 1. Instanz verurteilt" — gekürzt — RM/Nr. 14, S. 7)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellingshofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.